

P R O T O K O L L

über die 28. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 20. Oktober 1988, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatsitzungssaal

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

BÜRGERMEISTER:

Heinrich Schwarz

VIZEBÜRGERMEISTER:

Leopold Wippersberger

Karl Holub

STADTRÄTE:

Ingrid Ehrenhuber

Rudolf Pimsl

Erich Sablik

Ing. Othmar Schloßgangl

Rudolf Steinmaßl

Johann Zöchling

GEMEINDERÄTE:

Hermann Bachner

Josef Brandstötter

Roman Eichhübl

Franz Enöckl

Walter Hahn

Karl Hochrath

Mag. Gerhard Klausberger

Herbert Lang

Günther Mayrhofer

Rudolf Pickl

Ing. Karl Pragerstorfer

Erna Probst

Franz Rohrauer

Gertrude Schreiberhuber

Wilhelm Spöck

Franz Steinparzer

Franz Straßer

Hubert Sturmberger

Leopold Tatzreiter

Otto Tremel

Alfred Wallner

Christine Wieser

Wolfgang Wieser

Mag. Helmut Zagler

VOM AMT:

Magistratsdirektor OSR.

Dr. Franz Knapp

Magistratsdirektor-Stellvertreter

OSR. Mag. Johann Rabl

SR. Dr. Peter Gottlieb-Zimmermann

MR. Dr. Kurt Schmidl

OAR. Walter Kerbl

PROTOKOLLFÜHRER:

OAR. Walter Radmoser

Gerda Gugenberger

Tagesordnung

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Beschlüsse des Stadtsenates:

K-2584/84	Schloßmuseum - Phase 1; unterstes Geschoß des Speichergebäudes des Schloß Lamberg; Elektroinstallation.
K-2584/84	Schloßmuseum - Phase 1; unterstes Geschoß des Speichergebäudes des Schloß Lamberg; Verfließungsarbeiten.
GHJ2-6959/87	Erweiterung der Landesmusikschule Steyr; Adaptierung von Räumlichkeiten in der Hauptschule Promenade 16.
Ha-7627/86	Studentenheime der Wirtschaftshilfe der Studenten Oberösterreichs in Wien; Eineisungsrecht - Vertragsverlängerung; 2. Subventionsrate.
Ha-5783/87	Kongregation der Bermherzigen Schwestern; Kanalanschlußgebühr für das Objekt Steyr, Annaberg 2.
GHJ2-5257/88	Hauptschule Promenade 16; Zaunerneuerung.
Ha-5712/88	Kleingärtnerverein Eysnfeld; Eröffnung der Gartenanlage Mayrpeter; Gewährung eines Zuschusses.
Wi-6869/85	Postzeugverwaltung, Postreklame Wien; Auflage von Farbbildpostkarten mit Motiven von Steyr; Ergänzung des StS-Beschlusses vom 7. 11. 1985.
VerkR-4486/88	Aufstellung von Parkscheinautomaten; Durchführung von Vorbereitungsmaßnahmen.
ÖAG-500/88	Ankauf von Winterdienstgeräten für den UNIMOG U 1200 (Schneepflug und Streugerät).
Städt. Wi -Hof	
Bau5-2180/86	Adaptierung Rathaus, 3. Obergeschoß; Vergabe von Arbeiten.
GHJ2-5360/88	Schule Promenade 16; Flachdachinstandsetzung.

Verhandlungsgegenstände

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

- 1) VH-6367/83 "Professor Anton Neumann-Medaille"; Verleihung 1988.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

- 2) Ge-4362/88 Gießerei St. Leon-Rot GesmbH - Gußwerk II Betriebs-GesmbH, Gewerbeförderung.
- 3) GemI-1617/76 Ankündigungsabgabeordnung der Stadt Steyr; Änderung.
- 4) GemXIII-2844/88 Kanalanschlußgebührenordnung; Novellierung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF PIMSL:

- 5) Präs-728/88 Nachträglicher Einbau von Katalysatoren - Gemeindezuschuß; Antrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion.
- 6) Bau6-1782/76 Mülldeponie der Stadt Steyr; Tarifordnung - Änderung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLIK:

- 7) Bau3-1163/88 Gehsteigverbreiterung und Niveaugestaltung um den Leopoldi-Brunnen am Stadtplatz; Vergabe von Zusatzarbeiten; Ergänzung des GR-Beschlusses vom 8. 9. 1988.
- 8) Bau3-1163/88 Granitsteinpflasterung in der Enge Gasse; Ergänzung des GR-Beschlusses vom 8. 9. 1988.
- 9) Bau5-2180/86 Ausbau der Infangstraße - Zufahrt Sportzentrum Glaser; Vergabe
Bau3-3399/88 der Straßenbauarbeiten.
- 10) Bau5-5515/88 Städt. Wirtschaftshof; Schaffung von überdachten Lager- und Abstellflächen - Errichtung eines Flugdaches.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

- 11) Bau2-6435/87 Flächenwidmungsplanänderung Nr. 47 - Schachner Leopold.
- 12) Bau6-5381/87 Kanalisation Münchenholz - Errichtung Pumpwerk Forelle; Ergänzung des GR-Beschlusses vom 8. 9. 1988.
- 13) Ha-3136/74 Abwasserbeseitigungsanlage der Stadt Steyr - Bauabschnitt 06; Darlehen des Wasserwirtschaftsfonds.
- 14) Bau6-5667/88 Verbesserung und Neubau von Kanälen im Bereich der Enge Gasse.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

- 15) ÖAG-946/88 Gas- und Wasserwerk; Jahresbedarf an Sphärogußrohren und Formstücken; Ergänzung zum GR-Beschluß vom 3. 3. 1988.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

- 16) ÖAG-2670/88 Ansuchen der Fa. Berger - Elektroinstallation um Ankauf einer Teilfläche aus den Schützenhofergründen.
- 17) ÖAG-4543/87 Ansuchen der Fa. Lesiak - Autohaus um Ankauf einer Teilfläche aus den Schützenhofer-Gründen.
- 18) Bau2-5535/88 Übernahme des Grundstückes 323/2, KG. Steyr, in das öffentliche Gut.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich darf die heutige Sitzung des Gemeinderates eröffnen. Ich darf feststellen, daß sie ordnungsgemäß, den Statuten entsprechend, einberufen wurde. Ich darf feststellen, daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Entschuldigt für die heutige Sitzung haben sich Herr Gemeinderat Ing. Spanring, Herr Gemeinderat Manetsgruber und Herr Gemeinderat Vorhauer. Ich bitte Herrn Gemeinderat Bachner und Herrn Gemeinderat Straßer um Übernahme der Protokollprüfung für die heutige Sitzung und sehe, daß beide damit einverstanden sind.

Zum Punkt allfällige Anfragen kann ich mitteilen, daß solche nicht vorliegen. Zu den Mitteilungen des Bürgermeisters darf ich einige kurze Mitteilungen vorbringen.

Zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage darf ich berichten, daß der diesbezügliche Bericht des Arbeitsamtes, der sich auf September bezieht, folgendes aussagt: Der allgemeine Aufwärtstrend in Wirtschaft und Arbeitsmarkt des Amtsbezirkes hält nicht nur weiter an, sondern hat sich sogar noch verstärkt. In praktisch allen Sparten wird die Situation positiv beurteilt. Auch kurz- bis mittelfristige Prognosen laufen in diese Richtung. Die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen hat für die Jahreszeit unerwartet stark abgenommen und beträgt zu Monatsende 2.136 (1.092 Männer, 1.044 Frauen). Relativ gesehen ist dies ein Rückgang um 7,7 Prozent. Da im September üblicherweise saisonale Faktoren weder in positiver noch in negativer Richtung eine Rolle spielen, ist die Verbesserung eindeutig konjunktureller Natur. Dementsprechend fällt auch die Analyse in beruflicher Sicht aus: fast 40 Prozent eines Vorgemerktenrückganges entfallen auf Metallberufe.

Trotz aller Euphorie über rückläufige Arbeitslosenzahlen darf nicht vergessen werden, daß dieser Abbau von einem gegen Ende des Jahres gebildeten, sehr hohen Niveau erfolgt, so daß sich im Jahresvergleich noch immer ein Plus von 2,5 Prozent ergibt. Ende September waren im Amtsbezirk 492 offene Stellen gemeldet. Das sind um 100 freie Arbeitsplätze oder 25,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Diese jahreszeitlich völlig unübliche Situation ist auf einen überraschenden Personalbedarf in der Industrie zurückzuführen und dürfte ein weiteres Absinken des Vorgemerktenstandes mit sich bringen.

Die Lage auf dem Lehrstellenmarkt hat sich etwas entschärft. Der Rückgang der Lehrstellensuchenden ist in erster Linie auf die Lehrlingseinstellung in den Großbetrieben zurückzuführen. Bemerkenswert ist der Umstand, daß es gelungen ist, mehrere Mädchen auch in nicht traditionellen Lehrberufen wie Tischler, Kfz-Elektriker und Werkstoffprüfer unterzubringen. Schwer zu besetzen sind wegen eines Mangels an männlichen Vorgemerkten vor allem Lehrstellen im Baubereich, weil 27 Ausbildungsplätzen nur 8 Vorgemerkte gegenüberstehen. Es ist überdies eine Entwicklung in diesem Bereich, die seit Jahren beobachtet wird.

Meine Damen und Herren, ich möchte auch einige Sätze zur Errichtung einer geschützten Werkstätte in Steyr anbringen. Da einerseits schon jahrelang der Bedarf nach Errichtung einer geschützten Werkstätte in Steyr besteht und andererseits das Projekt FAZAT auf der ehemaligen Hack-Liegenschaft im Wehrgraben die Integration einer derartigen Einrichtung vorsieht, haben die Mitglieder des Stadtsenates und des gemeinderätlichen Wohlfahrtsausschusses die Einladung zum Besuch der geschützten Werkstätte in Linz angenommen. Die am 4. 10. 1988 erfolgte Besichtigung war sehr instruktiv und hat im Beisein von Landesrat Ing. Reichl stattgefunden. Die Teilnehmer konnten sich von den vielfältigen Beschäftigungsmöglichkeiten überzeugen, die für geistig und körperlich behinderte Menschen geschaffen werden können. In Steyr wäre voraussichtlich die Überstellung einiger Personen aus der Lebenshilfe zusätzlich möglich. Zunächst ist beabsichtigt, den Umfang der Nachfrage nach einer geschützten Werkstätte im Wege der Arbeitsmarktverwaltung und des Sozialamtes des Magistrates konkret zu erheben. Mit den näheren organisatorischen Fragen wird sich das Proponentenkomitee bzw. der Verein, welche zur Verwirklichung des FAZAT in Gründung stehen, befassen. Ich glaube, es herrscht bei allen im Gemeinderat vertretenen politischen Parteien darüber Einverständnis, daß es große Anstrengungen recht-

fertigt, um behinderten Menschen durch Schaffung geeigneter Arbeitsmöglichkeiten mehr Lebenssinn zu verschaffen.

Ich glaube, daß es hier keine unterschiedlichen Auffassungen gibt, daß gerade eine geschützte Werkstätte für unsere Region eine Ergänzung der vorhandenen Einrichtungen in dieser Richtung wäre.

Meine Damen und Herren, ich möchte auch, weil es in der Öffentlichkeit hier breite Diskussionen gegeben hat, eine kurze Darstellung über den Insolvenzfall Kraml vortragen.

Die Stadt hat Ende 1985 an Herrn Ewald Kraml ein Gewerbegrundstück an der Ennser Straße verkauft, welches durch Zukauf einer weiteren Grundfläche noch vergrößert wurde. Die Verpflichtungen aus den Kaufverträgen wurden bisher ordnungsgemäß erfüllt. Die nächste und letzte Ratenzahlung von S 728.000,- wäre im Februar 1989 fällig. Weiters besteht derzeit kein Rückstand an öffentlichen Abgaben, die vom Grundstück zu entrichten sind. Herr Ewald Kraml hat in diesem Zusammenhang eine Betriebsgesellschaft, die Kraml GesmbH, gegründet und den Betrieb seines Erzeugergeschäftes für Bekleidungen in kürzester Zeit ordnungsgemäß aufgenommen. Weiters hat er seine Verpflichtungen zur Schaffung von mindestens 100 Arbeitsplätzen bis 1. Jänner 1988 einwandfrei erfüllt bzw. sogar übertroffen. Es wurden ihm daher auch die vom Gemeinderat beschlossenen Förderungsmittel für die Betriebsansiedlung in Höhe von S 1,2 Mill. ausbezahlt bzw. mit den Kaufpreistraten verrechnet. Derzeit bestehen auch keine Abgabenrückstände aus dem Betrieb.

Diese Woche, meine Damen und Herren, hat ein Gespräch mit Herrn Kraml stattgefunden. Ich habe leider nicht die Gelegenheit gehabt, da ich anderweitige Verpflichtungen zu erfüllen hatte, daran teilzunehmen. Diese Gespräche hat Kollege Vizebürgermeister Wippersberger geführt und dabei hat Herr Kraml die Absicht bekundet, diesen Betrieb weiterzuführen und die Beschäftigung aufrecht zu erhalten. Ich hoffe, daß dies gelingt und ich darf versichern, daß die Stadt im Rahmen ihrer Möglichkeiten versuchen wird, durch Interventionen bei den geeigneten Stellen dafür einzutreten, es sind hier ja auch noch andere Bereiche involviert, daß möglichst alle Arbeitsplätze bei dieser Firma auch im Jahr 1989 erhalten werden können.

Soweit meine Mitteilungen und ich bitte um Kenntnisnahme.

Wir kommen damit bereits zum nächsten Punkt der Tagesordnung, zur Kenntnisnahme von Beschlüssen. Hier darf ich darauf hinweisen, daß die Unterlagen zu den jeweiligen Stadtsenatsitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt wurden und eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse dieser Einladung beigelegt ist.

Zu den Verhandlungsgegenständen darf ich Kollegen Wippersberger um Übernahme des Vorsitzes ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche Herrn Bürgermeister um seinen Bericht.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, im einzigen Antrag in meinem Referat darf ich Sie bitten, zuzustimmen, daß Herrn Hauptschuldirektor Alexander Schmidt die Prof. Anton-Neumann-Medaille verliehen wird. Herr Hauptschuldirektor Alexander Schmidt ist seit 1963 als Kursleiter in den Bereichen Kurzschrift, Deutsch und Maschinschreiben und Werken in unserer Volkshochschule tätig. In diesem Zeitraum wurden durch ihn insgesamt 88 Kurse abgeführt, die einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Erwachsenenbildung in unserer Stadt darstellen. Der Genannte erfüllt damit alle notwendigen Kriterien und Voraussetzungen für die Zuerkennung und Verleihung der Prof. Anton-Neumann-Medaille. Ich darf Sie bitten, folgendem Antrag des Stadtsenates die Zustimmung zu geben.

1) VH-6367/83

Professor-Anton-Neumann-Medaille - Verleihung 1988.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Mag. Abt. IX vom 12. 9. 1988 wird für 25jährige Tätigkeit auf dem Gebiet des Volkshochschulwesens sowie für besondere Verdienste um die Volkshochschule der Stadt Steyr Herrn Hauptschuldirektor Alexander Schmidt, der seine Tätigkeit als Kursleiter seit dem Jahre 1963 ausübt, die Prof. Anton-Neumann-Medaille verliehen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wünscht zu diesem Antrag jemand zu sprechen? Gibt es eine gegenteilige Meinung oder eine Stimmenthaltung? Beides nicht der Fall, somit ist der Antrag einstimmig beschlossen.

Ich danke dem Bürgermeister für seine Berichterstattung und übergebe ihm wieder den Vorsitz.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche gleich Kollegen Wippersberger um seine Berichte.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen insgesamt 3 Anträge zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Mein erster Antrag befaßt sich mit einer Gewerbeförderung, und zwar geht es hier um die Liegenschaft des ehemaligen unter dem Titel Gußwerk II bekannten Grundstückes der Steyr-Werke. Das Gußwerk II wurde bekanntlich vom derzeitigen Eigentümer an eine deutsche Gießerei vermietet. Diese deutsche Gießerei mit der Firmenbezeichnung St. Leon-Rot GesmbH hat vor einigen Monaten mit der Wiederinbetriebnahme dieses Gußwerkes begonnen. Zur Zeit sind laut Auskunft der Arbeitsmarktverwaltung des Arbeitsamtes Steyr 35 Leute darin beschäftigt. Der Betrieb ist nach wie vor im Aufbau begriffen und weitere Personaleinstellungen werden für die nächste Zeit erwartet. Ich glaube, hier in diesem Kreis nicht besonders betonen zu müssen, daß wir als Stadt größtes Interesse an der Schaffung von Arbeitsplätzen haben und aus diesem Grunde können wir uns einer Gewerbeförderung für diesen neuen Betrieb nicht verschließen. Es liegt Ihnen daher in diesem Sinne ein entsprechender Antrag vor, den ich nunmehr zur Verlesung bringe.

2) Ge-4362/88

Gießerei St. Leon-Rot GesmbH - Gußwerk II
BetriebsgesmbH, Gewerbeförderung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 30. 9. 1988 wird dem Abschluß eines Förderungsabkommens mit der Firma St. Leon-Rot GesmbH-Gußwerk II BetriebsgesmbH zu nachfolgenden Bedingungen zugestimmt.

Die Stadt Steyr leistet demnach der Firma eine Gewerbeförderung auf die Dauer von 4 Jahren in der Höhe der Hälfte der von ihr zu entrichtenden Lohnsummensteuer mit erstmaligem Abrechnungstichtag 31. Dezember 1988, wenn zu nachstehenden Stichtagen die Beschäftigungszahl den folgenden Stand erreicht. 31. Dezember 1988 50 Arbeiter, ganztätig, 31. Dezember 1989 70 Arbeiter, 31. Dezember 1990 100 Mitarbeiter, 31. Dezember 1991 125 Mitarbeiter, alle natürlich ganztätig.

Zusätzlich darf der jeweils angeführte Stand in den nachfolgenden Kalenderjahren für nicht länger als 6 Monate unterschritten werden. Für den Fall einer längeren Unterschreitung endet diese Förderung. Die Stadt wird die Rückzahlung eines von der Gesellschaft aufzunehmenden Darlehens von S 500.000,- durch Bezahlung der zur Vorschreibung gelangenden Kreditzinsen fördern, wofür nach dem vorliegenden Tilgungsplan ein Betrag von 130.510,42 S, verteilt auf 6 Jahre, aufzuwenden sein wird. Falls die Gießerei bis 31. 12. 1989 die Bedingungen zur teilweisen Rückerstattung

der Lohnsummensteuer eingehalten hat, gewährt ihr die Stadt einen verlorenen Zuschuß in Höhe von S 250.000,--, der am 31. Dezember 1989 zur Auszahlung zu bringen ist. Die zur Bezahlung der Kreditzinsen für das heurige Rechnungsjahr erforderlichen Mittel in der Höhe von S 6.800,- werden bei der VA-Post 5/7820/757000.8 als Kreditüberschreitung bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen. Die übrigen erforderlichen Mittel im Sinne des abzuschließenden Übereinkommens sind in den kommenden Rechnungsjahren gesondert zu bewilligen.

Gleichzeitig wird der Beauftragung der Arbeitslosenselbsthilfe Steyr mit der Außen-sanierung des Werksgebäudes zugestimmt, wofür die Arbeitslosenselbsthilfe Aufträge für 4 Monate von der Stadtgemeinde zugesichert werden.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Zu Wort gemeldet ist Kollege Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML.

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Die Gießerei St. Leon-Rot GesmbH aus der BRD hat, wie jetzt Kollege Wippersberger berichtete, das ehemalige Gußwerk II der Steyr-Daimler-Puch AG vor geraumer Zeit übernommen. Nach meinem Wissen - Kollege Wippersberger hat das jetzt ebenfalls bestätigt - hat diese Firma 35 Arbeiter aufgenommen und man beabsichtigt, den Personalstand mit Jahresende bis auf 50 zu erhöhen.

In diesem Betrieb, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, arbeiten Facharbeiter der Steyr-Daimler-Puch AG, die in diesem Betrieb gekündigt wurden. Da diese Firma zum Verkauf ausgeschrieben wurde, sind sie nun in diesem Betrieb tätig. Allerdings, das möchte ich auch hinzufügen, wenn man diese Antragstellung etwas untermalt, ist ein sehr großer Wermutstropfen damit verbunden, da die Lohnverhältnisse, da die Löhne und Gehälter um rund 30 Prozent gekürzt wurden, von den Sozialleistungen, die sie einmal in den Steyr-Werken gehabt haben, ist überhaupt keine Rede mehr. Außerdem ist interessant, die Kollegen Arbeitnehmervertreter - die sind das ja gewohnt, das von anderer Seite zu hören - könnten ja auch hier Stellung nehmen, daß diese neue Firma mit den vorhandenen alten Maschinen, die sie spottbillig erworben haben, - und zwar die ganze Anlage - teilweise sogar für die Steyr-Daimler-Puch AG produziert.

Dem vorliegenden Amtsbericht ist zumindest für mich zu entnehmen und auch für Sie, daß bei den Verhandlungen mit dem Geschäftsführer Seitz in Aussicht gestellt wurde, daß bis Ende 1991 der Belegschaftsstand angehoben werden soll auf 125. Eben bei der Erfüllung dieser Bedingungen ist die Stadt nun bereit, nachfolgende Förderung zu gewähren. Man leistet der Firma SLR Gußwerk II BetriebsgesmbH eine Gewerbeförderung auf die Dauer von 4 Jahren in der Höhe der Hälfte der von ihr zu entrichtenden Lohnsummensteuer.

Weiters wird die Stadt Steyr für ein von der Gesellschaft noch aufzunehmendes Darlehen in der Höhe von einer halben Million Schilling die Bezahlung der vierteljährlich zur Vorschreibung gelangenden Kreditzinsen in der Höhe von über 130.000 Schilling übernehmen. Zusätzlich wird dieser Gesellschaft ein verlorener Zuschuß in der Höhe von einer weiteren viertel Million Schilling gewährt. Dazu, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich einige grundsätzliche Bemerkungen machen. Unter dem Motto "Schaffung von Arbeitsplätzen" wurden von der Mehrheit dieses Gemeinderates, nämlich von der sozialistischen Partei, der österr. Volkspartei und auch von der freiheitlichen Partei gemeinsam in den letzten Jahren an die Privatwirtschaft und an ausländische Unternehmungen viele Millionen Schilling, ich möchte sagen rund 150 Millionen Schilling an Förderung gewährt. Ich glaube, die Kolleginnen und Kollegen, die im Finanz- und Rechtsausschuß sind, wissen ja genau die Erklärung, die ich dort schon gegeben habe. Ich verlange auch vom Prüfungsausschuß,

daß man prüfen soll, wie weit die Stadt in den letzten 10 Jahren Privatfirmen bzw. auch ausländische Firmen, in welcher Millionenhöhe sie das konkret durchführte. Dies weiß zumindest, mit Ausnahme natürlich der mit diesem Problem beschäftigten Beamten, kein einziger Gemeinderat, wie es wirklich aussieht. Es ist auch so, daß durch diese gewährten Förderungen das mit eine Ursache ist, daß unsere Stadt in diesen von mir angeführten Jahren gewaltig verschuldet ist und besonders in den letzten 8 Jahren der Schuldenstand der Stadt Steyr auf über 5 Millionen Schilling angewachsen ist. Trotz dieser Millionenförderungen verringerten sich die Arbeitsplätze in unserer Stadt wesentlich und es gibt seit einigen Jahren rund 2.000 bis 2.300 Arbeitslose. Dazu kommt, daß viele alteingesessene Firmen und Betriebe die Stadt verließen und sich einen anderen Standort in einer anderen - wie Sie wissen - Gemeinde wählten. Es ist auch allgemein bekannt, daß eine Reihe von der Stadt geförderter Privatbetriebe pleite machten. Die Hackwerke z. B. bereits im Jahre 1981. Es folgte nach 3 Jahren die sogenannte Auffanggesellschaft der ehemaligen Firma Hack, vertreten durch Projer, Ratzinger, Neudeck. Dann kommt jetzt die Bekleidungs-Naht-AG, die Firma Kraml, die ging, wie Sie ja wissen, ebenfalls in Ausgleich. Die Pleite, sie wurde heute schon angesprochen von Bürgermeister Schwarz, der Bekleidungs-Naht-AG wird die ohnehin bereits hohe Arbeitslosigkeit nach meiner Auffassung in Steyr und in der Region weiter erhöhen. Ende September gab es konkret in unserer Region 2.136 Arbeitslose, das sind immerhin mehr trotz des Aufschwunges, der hier verzeichnet wird in der Wirtschaft, um rund 2,5 Prozent mehr als zum gleichen Zeitpunkt, also zum Vergleichsmonat des Jahres 1987. Also es bleibt trotz dieser massiven Förderung unserer Stadt eine bestimmte kontinuierliche Arbeitslosigkeit von mehr als 2.000 Menschen. Vom Ausgleich der Firma Kraml sind konkret in Steyr 157 und in Garsten 18 Arbeitsplätze betroffen. Insgesamt werden durch den angemeldeten Ausgleich 500 Arbeitsplätze gefährdet. Dem Unternehmer Kraml als Teilhaber der später gegründeten Bekleidungs-Naht-AG wurde nämlich Ende 1985 um 2,9 Millionen Schilling ein 7.300 m² großes Grundstück verkauft, das ja die Stadt selbst 2 1/2 Jahre zuvor um über 5,8 Millionen Schilling erworben hat. Ich habe ja bereits bei der Verhandlung des Verkaufes hier im Gemeinderat im November 1985 ebenfalls kritisch festgestellt, daß es sich dabei um eine Preisermäßigung von rund 2,9 Millionen Schilling handelt. Dazu kam noch eine direkte Gewerbeförderung oder wie man das damals nannte, ein Übersiedlungszuschuß - heute hat man das auch nicht so genannt - von der unmittelbaren Stadtgrenze nämlich, von Haidershofen, nun an die Ennsner Straße im Ausmaß von 1,2 Millionen Schilling - man nennt es Gewerbeförderung. Also zusammen wurde eine Gewerbeförderung gewährt von über 4 Millionen, oder in genauen Zahlen ausgedrückt, 4.100.000 Schilling. Dazu kam natürlich noch, daß man die Kanalanschlußgebühren und auch Aufschließungskosten ermäßigte. Die Kanalanschlußgebühr - ich betone sie besonders jetzt, weil wir einen weiteren Tagesordnungspunkt haben, wo wir Gelegenheit haben werden, etwas näher darauf einzugehen - hat man auf rund ein Drittel der Kosten reduziert.

Also, meine Damen und Herren des Gemeinderates, man sieht mit den von mir angeführten Beispielen, wie heutzutage mit den Begriffen der Arbeitsplatzsicherung auch in unserer Stadt Schindluder getrieben wird. Von langer Dauer waren die hochgejubilten geförderten Arbeitsplätze also nicht, wie jetzt die jüngste Pleite dies auch zeigt.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch in Erinnerung rufen, es ist in erster Linie die Aufgabe der Bundesregierung, die Aufgabe der Landesregierung, für eine Gewerbeförderung zur Ansiedlung von Betrieben mit neuen Produktionen zu sorgen. Dazu gehört auch der schnelle Ausbau der Infrastruktur, allem voran die Straßen in den Zentralraum unseres Bundeslandes Oberösterreich sowie eine spürbare Verbesserung der Verbindung zur Westbahnstrecke.

Ich möchte dem Gemeinderat heute auch in Erinnerung rufen, daß diese Auffassung von mir auch von unserem Bürgermeister Heinrich Schwarz sowie vom geschäftsführenden Vizebürgermeister Wippersberger, der heute den Antrag stellen muß, Folgen

haben wird. Sie äußerten ja öfters, daß es überhaupt nicht Angelegenheit der Stadt sei, sondern hier wäre besonders der Bund und auch das Land zuständig. Nachzulesen in den letzten Förderungsprotokollen des Gemeinderates. Wörtlich sagten ja beide: wir übernehmen Dinge, die uns, die Gemeinde, eigentlich gar nichts angehen würden. Dem schließe ich mich voll an. Daher auch meine Stellungnahme in dieser Richtung. Im Hinblick auf die angespannte Finanzlage unserer Stadt lehne ich eben diese von der Mehrheit beantragte Gewerbeförderung ab. Es ist ja eine Tatsache, daß ausländische Unternehmer Produktionen bei uns in Österreich und auch in Steyr ansiedeln, nicht um die Arbeitsplätze hier zu sichern oder sie zu schaffen, sondern wegen der niedrigen Löhne und Gehälter und vor allem auch wegen der guten und großzügigen Förderung nämlich der kleinsten Einheit, der Stadtgemeinde.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Tremml. Kollege Pragerstorfer bitte.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:

Kolleginnen und Kollegen, ich werde es ein wenig kürzer machen. Im Prinzip bin ich der Meinung des Kollegen Tremml. Es sollte nicht die Aufgabe der Stadt sein, Gewerbeförderung zu betreiben. Aber es gibt immer wieder Sonderfälle. Das eine ist, wir haben in den letzten Jahren, wie Sie ja wissen - viele von Ihnen sind ja als Insider beteiligt - ein großes Umstrukturierungsproblem durch die ganzen Probleme mit der Steyr-Daimler-Puch AG. Ein sehr trauriges Kapitel ist das Gußwerk II, das jetzt schon eine recht bewegte Geschichte hinter sich hat, von einem Teil des Aufbaues der großdeutschen Rüstungsindustrie über einen Teil der Steyr-Daimler-Puch AG zu einem Ausverkaufsobjekt in den Notzeiten der Steyr-Daimler-Puch AG. Aufgekauft von Leuten, die immer wieder das Geschick haben, zum richtigen Zeitpunkt das Richtige zu tun und dann mit Gewinn weiter zu verkaufen. Solche gibt es auch in unserer Stadt. Und dann hoffentlich jetzt bei jemandem gelandet, der seine Versprechungen, die er eingegangen hat, auch erfüllen kann. Nachdem was man aus Deutschland hört, ist er der richtige Mensch dazu, das zu tun. Ich hoffe also, daß das Ganze in Zukunft funktionieren wird. Ich bin also im Gegensatz zu Kollegen Tremml doch immer wieder guter Hoffnung, auch wenn es Geld kostet. Die Stadt ist in einer Zwickmühle. Tut sie nichts, ist die Chance groß, daß sich das in den Steuereinnahmen bemerkbar machen wird. Wo sie gar nichts mehr tun kann wegen der Größenordnung, macht es sich sowieso in den Steuereinnahmen bemerkbar, wie man sieht. Man beteiligt sich im Endeffekt irgendwie indirekt am kaufmännischen oder kommerziellen Risiko von Gewerbetreibenden, denen man Unterstützungen gibt. Das kann ins Auge gehen oder teilweise ins Auge gehen, wie man bei der Naht-AG sieht. Auch hier bin ich anderer Ansicht, obwohl von dem Ausgleich ich auch mit meiner Firma mit betroffen bin. Ich denke doch, daß der Ausgleich halten wird und daß es wieder weitergehen wird zumindest in Steyr. Es sind andere Randzonen, in denen dieser Konzern tätig ist, die dort wesentlich mehr betroffen sind. Ich nehme an, daß das in Steyr noch einmal mit einem blauen Auge davongehen wird.

Was mich in diesem Zusammenhang aber besonders freut, ich habe das im Ausschuß schon gesagt, ist das, daß ein Verein in Steyr - es ist glaube ich einer der wenigen - sich bemüht, Jugendliche, die auf dem Weg sind, schwer vermittelbare Dauerarbeitslose zu werden - wir haben ja in den Zahlen, die der Herr Bürgermeister genannt hat, eine ständig steigende Anzahl von Dauerarbeitslosen, bedauerlicherweise auch junge Leute, die irgendwo in diesem Schul- und Bildungssystem, aus dem ganzen Konkurrenzsystem herausfallen, oft auch aus sozialen Gründen, für die sie gar nichts dafür können. Um einige davon nimmt sich dieser Verein an. Hier hat man eine Möglichkeit gefunden, daß der Verein wiederum einmal tätig werden kann, daß diesen Leuten eine Chance geboten wird, daß vielleicht die noch einmal die Möglichkeit haben, sich in unser Gesellschaftssystem einzugliedern und nicht als dauernde Außenstehende irgendwie mit ein paar Almosen und mit dem schlechten Ansehen ihr ganzes Leben lang hier sein müssen.

Darum unbedankt und ohne Auftrag im Namen der Arbeitslosenselbsthilfe danke schön. Diese zwei Punkte machen es mir in diesem Ausnahmefall relativ leicht, dieser Gewerbeförderung zuzustimmen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall, ich bitte den Referenten um sein Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Meine Damen und Herren, ich danke Kollegen Gemeinderat Pragerstorfer für seine zustimmenden Worte. Er hat 100prozentig recht. Was Kollege Treml gesagt hat ist uns auch nicht neu, es ist uns im wesentlichen bekannt. Es stimmt, daß die Stadt in den letzten 10 Jahren gewaltige Summen ausgegeben hat für Gewerbeförderung, obwohl es eine rein freiwillige Leistung ist, obwohl die Stadt nicht zuständig wäre dafür. Aber wenn wir nichts ausgegeben hätten, dann würde es noch viel trauriger in Steyr ausschauen, als es ohnedies aussieht. Wir sind derzeit dabei, eine Auflistung zu machen, was in den letzten 10 Jahren alles an Gewerbeförderung geschehen ist, und zwar direkter und indirekter, sei es durch Ermäßigung von Anschlüssen usw. von der Gemeinde ausgegeben wurde.

Was bezüglich Kraml gesagt worden ist, ich war diese Woche dabei bei diesem Gespräch. Der Herr Kraml war bei mir und auch Dr. Wabitsch war mit bei den Gesprächen - der Herr Bürgermeister hat es eingangs unter seinen Mitteilungen erwähnt - so besteht die Aussicht, daß der Betrieb wirklich mit Jahresbeginn 1989 fast nahtlos weitergeführt wird, allerdings unter anderem Namen. Kraml hat versichert, daß er niemanden entlassen wird. Er kann es sich ja nicht leisten, denn die Fixkosten in diesem Betrieb sind so groß, daß er entweder mit der ganzen Mannschaft weiterfahren oder komplett zusperren muß. Um die Fixkosten tragen zu können, muß er mit der gesamten Mannschaft weiterfahren, sonst geht es in die Hose. Eines darf ich auch noch sagen, Steyr leidet vor allen Dingen durch zwei Dinge. Erstens leidet Steyr an der räumlichen Beengtheit, wir sind ja ein sehr kleines Gemeindegebiet. Unsere Nachbargemeinden, das habe ich wahrscheinlich schon erwähnt, ob das St. Ulrich, ob das Garsten oder Wolfers ist oder Sierning, sind gebietsmäßig wesentlich größer uns sind sehr sehr dünn besiedelt. Dort sind die Grundstückspreise viel geringer als bei uns. Es ist klar, daß in Steyr die Grundstückspreise viel höher sind als in einer Gemeinde, die dünn besiedelt ist. So kommt es auch dazu, daß einige Betriebe in Nachbargemeinden abgewandert sind. Wir haben zwar in der Region keinen Arbeitsplatz dadurch verloren, aber wir haben sicherlich mit der Abwanderung seitens der Lohnsummensteuer Verluste hinnehmen müssen.

Die zweite Sache, die für Steyr so schlecht ist, das ist auch schon erwähnt worden von Kollegen Treml vorhin, und zwar das ist die schlechte Verkehrsanbindung, sei es Bahn oder Straße. Auch das spielt mit eine Rolle, daß man sich in Steyr selbst nicht so gerne ansiedelt. Wenn jetzt Betriebe herkommen, so spielt mit eine große Rolle, weil hier eine große Arbeitslosenzahl da ist, weil die sich sagen, da bekommen wir billigere Arbeitskräfte und vor allen Dingen gibt es hier Facharbeiter, und zwar ausgezeichnete Facharbeiter. Das wissen die Firmen und deswegen kommen sie her, nicht weil der Bürgermeister und ich so schön sind oder weil die Stadt so schön ist. Die kommen her weil sie glauben, daß sie hier ein gutes Geschäft machen können. Das muß man offen und ehrlich sagen.

Ich bitte den Bürgermeister, über den Antrag abzustimmen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Der Antrag ist mit 1 Gegenstimme (GR Treml/ KPÖ) angenommen.

Ich bitte um den nächsten Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Bei meinem zweiten Antrag geht es um die Änderung der Ankündigungsabgabeordnung der Stadt Steyr. Aufgrund des öö. Abgabegesetzes sind die Gemeinden berechtigt, bei öffentlichen Ankündigungen im Gemeindegebiet eine Abgabe einzuhoben und zwar bis zu 20 v. H. des Entgeltes. Die Städte Linz und Wels haben seit Bestehen dieses Gesetzes diese Ankündigungsabgabe in vollem Ausmaß eingehoben. Analog der Städte Linz und Wels wird nunmehr auch in Steyr die Ankündigungsabgabe auf 20 v. H. angehoben werden. Unsere Stadt wird seit Jahren von einer Plakatflut von immer mehr und mehr Werbetafeln überschwemmt und es ist überhaupt nicht einzusehen, daß wir diese Werbung auch noch begünstigen. Die Öö. Landesregierung hat sich bezüglich unseres Ansinnens mit Schreiben vom 1. 9. 1988 bereits positiv dazu geäußert.

In diesem Sinne bitte ich, den nachstehenden Antrag zur Kenntnis zu nehmen. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

3) GemI-1617/76

Ankündigungsabgabeordnung der Stadt Steyr;
Änderung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 27. September 1988 wird die in der Anlage beigezeichnete Verordnung, mit der die Ankündigungsabgabeordnung der Stadt Steyr geändert wird, genehmigt.
(BEILAGE)

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Zu Wort gemeldet hat sich Kollege Pragerstorfer.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:

Kolleginnen und Kollegen, diese Ankündigungsabgabe ist nur ein Beispiel zum Thema Bagatellsteuer. Ich möchte Sie bitten, daß man wieder einmal überlegt, ob man nicht diese Bagatellsteuern - natürlich, es bringt etwas - ersatzlos streicht. Ich höre das große Aufheulen, die Stadt braucht jeden Schilling und so weiter und so fort. Herr Dr. Schmidl hat mir gesagt, das Einheben kostet nicht so viel. Ich kenne aber auf der anderen Seite immer wieder den Ärger der Leute, die Veranstaltungen machen wollen und das sind nicht nur die Plakatversandler, sondern auch viele, die irgend ein kulturelles Anliegen oder sonst etwas haben, die diese Ankündigungsabgaben halt einfach dadurch zum Teil umgehen, daß sie zur GAL kommen und sagen, ihr seid eine Partei, könnten wir nicht bei euch, ihr müßt das nicht bezahlen und so weiter und so fort. Weil das Verwaltungsverfahren für die Stadt einfach, aber für den, der eine Veranstaltung machen will, eher kompliziert ist, viele machen ja nur sehr selten Veranstaltungen und kennen den ganzen Weg nicht und sind nachher straffällig und weiß ich was alles. Daß man das von der Seite her einmal sagt und überlegt, ob man das nicht einfach ausfallen läßt, auch wenn es der Stadt Geld kostet. Wenn man sagt, man kann auf das nicht verzichten, dann doch bitte wieder einmal zu überlegen, es gibt in der Stadt Steyr zu wenig Möglichkeiten, halbwegs geordnet zu plakatieren. Es werden ersatzweise immer wieder die Trafo-Häuschen, irgendwelche Hütten z. B. für den Sand usw. hergenommen. Man soll prüfen, ob es nicht doch Möglichkeiten gibt. Es gibt außer der kommerziellen Werbung, die ja relativ teuer ist, sehr sehr wenig Möglichkeiten und es gibt ein ständig steigendes Bedürfnis, daß Leute etwas ankündigen. Das Bedürfnis zur Kommunikation wächst. Wenn man heute etwas tun will, ob das etwas kulturelles ist oder etwas Politisches oder sonst irgend etwas ist, man muß es heute ordentlich ankündigen, sonst kommt kein Mensch mehr. Die Vielfalt bei uns hat den positiven Effekt, daß vieles untergeht, wenn man es nicht ankündigt. Da ist leider für die ganzen Leute viel zu wenig Möglichkeit.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht sonst noch jemand zu sprechen zu diesem Punkt? Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Mich wundert es immer, auf der einen Seite ist die Stadt Steyr sehr großzügig und auf der anderen Seite versucht man jetzt, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um hier zu Geld zu kommen. Man begründet es damit, warum soll es die Stadt Steyr nicht auch machen, wenn die vergleichbaren Statutarstädte, die Landeshauptstadt Linz und Wels, dies schon lange tun. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben auch die 10 Prozent lange Zeit nicht gehabt mit Rücksicht darauf, daß wir gesagt haben, wir müssen auch die Möglichkeit schaffen, daß die vielen Sportvereine, die vielen Kulturvereine und auch kleinere Gruppen die Möglichkeit haben, sich in der Stadt zu präsentieren. Man ist dann daraufgekommen, man müßte eigentlich, um die Plakatflut, wie man auch heute schon gesagt hat, einzuschränken, hier die Ankündigungsabgabe erhöhen. Man tat dies. Das ist der leichteste Weg, habe ich damals gesagt und habe es auch abgelehnt. Nämlich nicht mit der Begründung, daß ich möchte, daß das wild Plakatieren weiter überhand nimmt und die Stadt verschandelt wird, sondern mir ist es darum gegangen, die Stadt hätte vorzusorgen, Alternativen zu setzen für diese vielen kleinen Sportvereine, daß sie ihre Veranstaltungen ankündigen könnten. Jede kleine Gemeinde um Steyr macht das mit Anschlagtafeln vor der Gemeinde und auf wichtigen Plätzen, wo die Menschen zusammenkommen. Aber man hat bis jetzt wenig noch gesagt, daß man eigentlich mit der damaligen Erhöhung auf 10 Prozent nicht erreicht hat, was man auch vorgegeben hat, nämlich, daß man die Großflächenplakate, also die großen Plakatflächen in unserer Stadt einengt. Im Gegenteil, trotz dieser damaligen Erhöhung, es wird auch trotz dieser 100prozentigen Erhöhung weiter bleiben, daß diese Plakatflut von Großflächenplakaten und Tafeln weiter bestehen bleibt. Man sagt hier ganz einfach und schlicht, das ist eine so Art kleine Verordnung vom Land. Aber es gibt ein Landesgesetz, das man eigentlich geschaffen hat für diese Großflächenwerbung, für Werbering usw. - ich brauche das nicht erklären, hier hat man sich nämlich die Flächen in Oberösterreich ungefähr zwischen der SPÖ und der ÖVP aufgeteilt. Es gibt aufgrund dieses Landesgesetzes gar nicht die Möglichkeit, in unserem Stadtgebiet auf bestimmten Flächen diese Großflächen-Werbeplakate oder -tafeln zu beseitigen. Wie oft sind wir im Verkehrsausschuß aufgetreten, daß sie verkehrsbehindernd aufgestellt wurden, aber man hat vor tauben Ohren gesprochen. Es sind immer wieder größere Flächen entstanden. Ich glaube, wenn man das richtig überlegt, auch im Interesse unserer ehrenamtlichen Sportfunktionäre, die Abend für Abend herumfahren und bei jeder Witterung plakatieren, mit Rücksicht darauf, sollten wir diese Erhöhung nicht durchführen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Pimsl bitte.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Meine beiden Vorredner haben zweifellos ein Problem in ihrem Beitrag eingebracht, das uns gemeinsam bewegt, nur nicht immer vom gleichen Ausgangspunkt und nicht immer vom gleichen Standpunkt. Ich glaube aber, daß es tatsächlich nicht so sehr darum geht, ob wir bei diesen Werbeankündigungen mehr Einnahmen bekommen oder nicht, sondern das sollte mit ein Beitrag sein, um diese Werbeflut, die uns gemeinsam auf das unangenehmste berührt, einzudämmen, ohne gleichzeitig jene Unterstützung dabei zu vernachlässigen, die mit Recht Vereine unserer Stadt bekommen sollten, um auf ihre Aktivitäten aufmerksam machen zu können. Es ist nicht so, daß gegen diese Flut von Plakaten, die wild aufgestellt werden, nichts unternommen wird - ich habe mir da selbst schon mehrmals Ärger eingehandelt - sondern es geschieht. Aber das, was wir einmal vor Jahren gut gemeint für diese Zwecke an Platz zur Ver-

fügung gestellt haben, wird immer mehr zu kommerziellen Zwecken mißbraucht. Da liegt eigentlich die Ursache, warum wir mit einer Gebührenanhebung dieser Entwicklung Einhalt gebieten wollen. Aber ich könnte mir vorstellen und das möchte ich als Anregung vorbringen, daß wir gemeinsam versuchen, um diesen Überlegungen, einer Möglichkeit der Vereinsankündigung - welcher Art immer - Rechnung zu tragen, daß wir einige markante Stellen, die es ja schon gibt, die aber zum Teil vermietet sind an kommerzielle Werbeträger, daß man die freihält und für die Vereine zur Verfügung stellt und alles andere abstellt. Es wäre beispielsweise für mich durchaus denkbar, daß entlang des Vorwärtsplatz-Zaunes, der ja so ausgeprägt ist, daß er für Werbeankündigungen brauchbar ist und auch dafür benützt wird, etwa 10 - 12 Meter freigehalten werden für solche Zwecke, dann für in der Stadt ansässige Organisationen und Vereine zur Verfügung zu stellen. Das könnte auch anderswo geschehen. Damit könnten wir dann rigoros alle jene Ankündigungen, die heute von Vereinen aus dem Bezirk bis weit nach Niederösterreich hinunter, bis weit nach Kirchdorf hinein, immer wieder mißbraucht werden und letztlich wir dann die Arbeit haben, um diese Werbeträger wegzuräumen. Denn wenn die Veranstaltung vorbei ist, interessiert sich kaum jemand mehr dafür. Das wäre sicherlich ein Weg, um eine gewisse Ordnung hineinzubringen und andererseits jenen Vereinen und Organisationen die Möglichkeit zu bieten, die ja in den meisten Fällen nicht mit viel Geld gesegnet sind, sondern eher genau das Gegenteil, diese zu benützen. Ich würde allerdings auch meinen, daß die politischen Parteien mit ihren Aktivitäten auf diesen Werbeflächen, die dann reserviert werden können, nichts zu suchen hätten, sondern tatsächlich diese für Organisationen kultureller, sportlicher Natur zur Verfügung stellen. Für politische Ankündigungen sollte meines Erachtens eine Übereinstimmung - so etwas gibt es ja zumindest zeitweise - in der Gemeinde gefunden werden, damit wir auch hier eine gewisse Regelung haben, die allen nur recht sein müßte, damit der Ärger in Grenzen gehalten werden kann.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Kollege Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Der Antragsteller hat ja die Erhöhung der Abgabe damit begründet, daß sozusagen Großflächenplakate eine Flut über die Stadt ausbreiten und daher eingedämmt werden müssen. Die Wortmeldung von Kollegen Pimsl hat dieser ganzen Diskussion bzw. diesem Antrag einen anderen Aspekt gegeben, und zwar jenen, dem ich durchaus zustimmen kann, denn er würde tatsächlich die Vereine, die auch die beiden Vorredner angezogen haben, berücksichtigen. Nur, meine Damen und Herren, ich möchte mich jetzt nicht lange verbreiten, aber eines ist jetzt klar. Wenn heute dieser Antrag so beschlossen wird, dann besteht natürlich die Gefahr, daß jetzt auf diesen Vorschlag von Kollegen Pimsl, den ich selbstverständlich unterstütze, vergessen wird. Ich darf daher vorschlagen, den Antrag zurückzustellen, einen neuen zu formulieren und diesen Passus mit in den Antrag aufzunehmen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Tremml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich habe schon bei meiner Antrittsrede vor ungefähr 3 Jahren hingewiesen, daß ich auch Vorschläge, Anregungen, ganz egal von welcher Richtung oder Partei sie kommen, überdenke. Ich denke oft nicht sehr lange nach darüber, sondern sehr kurz und bin der Auffassung, daß man auch solche Meinungen hören muß in der Diskussion, daß man auch zu einer anderen Auffassung zur Abstimmung kommt. Allerdings glaube ich - Kollege Pimsl ist ja nicht irgend jemand hier im Gemeinderat, sondern weil

er hier auftritt, so weiß ich, daß das auch oft Meinung der gesamten Fraktion ist - fehlt diese Auffassung bei der Antragstellung. Ich habe vorweggenommen, mir fehlt die Alternative und das wäre eine Alternative. Mir geht es in erster Linie darum, daß eben die Sportvereine z. B. und auch die politischen Parteien die Möglichkeit haben, hier in der Bevölkerung werbend zu wirken für ihre Veranstaltungen. Man kann das nicht gleichsetzen mit der kommerziellen Werbung. Einem großen Unternehmer ist ja das vollkommen egal, weil der kann das ja als Werbekosten abschreiben und sie machen das ja auch. Oder einer ganz großen Partei, bei der Österr. Volkspartei im Land, und auch der der SPÖ kann das ja auch gleich sein, wenn diese Gebühren dort erhöht werden. Dann lese ich im Landesbudget halt wieder, Erhöhung der Parteienfinanzierung, das ist nicht eine Politikerfinanzierung, sondern eine Parteienfinanzierung, wo man das auch wieder abdecken kann. Also ich glaube, daß man diesen Antrag heute zurückstellen soll, umformulieren und auch dementsprechend diese Alternativvorschläge, die vorgebracht, besonders von Kollegen Pimsl mit einzuarbeiten und dann diese Gebührenfestsetzung bei der nächsten Sitzung vorzulegen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Wir reden von verschiedenen Dingen da, das muß ich sagen. Es geht um die Anzeigenabgabe, aber Kollege Holub und Kollege Wippersberger werden das denn entsprechend aufklären. Es betrifft viele nicht, die sich da betroffen fühlen. Das muß ich schon sagen. Kollege Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Liebe Kollegen, ich werde jetzt nicht dem Finanzreferenten die Show stehlen. Die Begründung, worum es hier geht, die werden wir ihm durchaus überlassen können. Ich glaube, mittlerweile haben es ja alle erfaßt, daß an sich zur falschen Festivität gesprochen wurde. Der Vorschlag des Kollegen Pimsl ist sicher ein sehr interessanter. Es kommen einem die Tränen, wenn man durch die Stadt geht und die vielen Ankündigungstafeln sieht. Mit der Diskussion, die wir jetzt gerade abgeführt haben, werden wir es nicht verhindern können. Ich glaube, es wäre es wirklich wert, daß man über diesen Vorschlag spricht und den Vereinen Ankündigungsflächen zur Verfügung stellen sollte. Aber das sehe ich nicht als Grund dafür, daß man verlangen könnte, den Tagesordnungspunkt einer späteren Behandlung zuzuführen, weil das eine mit dem anderen nichts zu tun hat. Der Vorschlag des Kollegen Tremml war in der Richtung, man möge den Punkt absetzen, damit dieser Vorschlag beraten werden könnte. Ich denke, man könnte den Beschluß fassen, ohne zu verhindern, daß über das ganze Thema ausführlich beraten wird. Das kann man durchaus, weil mit diesem Beschluß, lieber Kollege Tremml, ja etwas anderes behandelt wird oder gebührenmäßig bedeckt wird als das, worüber Du geredet hast. Das meine nicht nur ich, das wird Dir Kollege Wippersberger auch noch sagen, weil vielleicht glaubst Du es mir nicht. Es mag sein, daß ich zu jung und zu dumm bin. Lies doch einmal den Antrag. In Prozenten von was, wenn eine Erhöhung von Prozenten beantragt wird, dann muß es um Prozente von etwas gehen und nicht um Stücke von Plakaten, Himmel noch einmal. Das ist an sich schon sehr transparent auch in der Antragstellung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Wippersberger bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Kollege Holub hat es ja schon gesagt, das sind zwei Paar Schuhe. Es geht bei dieser Erhöhung der Ankündigungsabgabe von 10 auf 20 Prozent ausschließlich um die kommerzielle Werbung, nicht um die Ankündigung von einem Verein für Veranstaltungen oder sonst etwas, sondern ausschließlich um die kommerzielle Werbung. Ich glaube, es liegt in unserem Sinn, daß wir diesem Antrag hier stattgeben.

Was Kollege Pragerstorfer gesagt hat wegen der Bagatellsteuer, also die Werbung für Plakate, für die man S 2,- pro Plakat zahlen muß, das verändert sich überhaupt nicht, das bleibt wie bisher. Aber auch das müssen wir einheben, das ist Vorschrift des Landes, daß wir auch da etwas verlangen müssen. Wenn wir nichts bekommen, weil wir unsere Möglichkeiten nicht ausschöpfen. Das muß sein. Ich weiß, es kommt nicht viel herein mit den Plakaten, wenn nicht eine Veranstaltung oder sonstiges ist. Aber da kommt schon etwas herein, Herr Kollege Pragerstorfer, das ist immerhin fast eine halbe Million Schilling, was das ausmacht diese Erhöhung im Jahr. Hier geht es ausschließlich um die kommerzielle Werbung. Ich darf vielleicht noch etwas sagen, ich bin schon sehr lange im Gemeinderat, seit über 30 Jahren. Wir haben vor knapp 30 Jahren sogar beraten darüber, wie die kommerzielle Werbung angefangen hat in der Stadt überhand zu nehmen. Ich glaube, es war unter Bürgermeister Steinbrecher. Damals hat die Stadt die Verordnung gemacht zum Schutze des Stadtbildes und diese Verordnung ist, wie jede Verordnung, dem Land übermittelt worden und die Oö. Landesregierung hat diese Verordnung nicht genehmigt und so sind wir in dieses Dilemma gekommen, daß heute überall diese riesigen Tafeln sind und diese von Jahr zu Jahr mehr werden. Ich bitte Euch, diesen Antrag, so wie er vorliegt, zu akzeptieren.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für das Schlußwort. Ich glaube, daß die Anregung, die angeführt wurden, aufgegriffen werden soll, daß man hier Lösungsmöglichkeiten findet im Sinne einer Verbesserung unseres Stadtbildes. Ich glaube, es ist ja niemandem unbekannt und viele haben mich und jeden von Euch schon angeredet und gesagt, macht doch endlich etwas dagegen, weil es so aussieht. Das ist ja wirklich nicht ideal. Aber das gehört auch schon wieder nicht hier dazu, sondern ich glaube, daß man das im Zuge der Diskussion über Möglichkeiten der Werbung oder Ankündigungen von Vereinen, von Organisationen, durchaus ins Auge fassen kann, daß es sicherlich Gebiete gibt, wo man solche Plazierungen ermöglichen könnte. Ich möchte sagen, daß kein direkter Antrag zur Geschäftsordnung vorliegt, sondern eine Anregung und der Hinweis des Kollegen Tremml, daß er der Meinung ist. Da es keine direkten Anträge sind, kommen wir zur Abstimmung über den Antrag. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist mit einer Stimmenthaltung (GR Tremml) beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Mein dritter und letzter Antrag behandelt die Novellierung der Kanalanschlußgebührenordnung. Eine Anhebung der Tarife wird uns vom Land schon seit einiger Zeit dringend empfohlen. Wir haben nunmehr auf wiederholtes Drängen des Landes eine Novelle ausgearbeitet und diese dem Land zur Begutachtung vor einiger Zeit vorgelegt. Die Oö. Landesregierung erklärte sich mit dieser vorgeschlagenen Novelle einverstanden und nunmehr gilt es, einen diesbezüglichen Beschluß herbeizuführen. Ich möchte als verantwortlicher Mandatar in diesem Zusammenhang betonen, daß wir uns dieser Empfehlung des Landes auf Anhebung der Gebühren auf keinen Fall verschließen können, weil wir sonst Gefahr laufen, der Landesförderung verlustig zu werden.

Aus dem Amtsbericht, der Ihnen vorliegt, können Sie die neuen Tarife entnehmen. Im wesentlichen geht es darum, daß für das Kanalneubaugebiet von anstelle S 110,- S 135,-/m² und für das Altbauggebiet anstelle von S 35,- nunmehr S 50,-/m² verlangt und eingehoben werden sollen. Nähere Einzelheiten bitte ich, dem Amtsbericht zu entnehmen. Ich darf vielleicht noch dazusagen, wir liegen mit unseren neuen Gebühren, was die Höhe der Gebühren anbelangt, noch immer im untersten Bereich im Vergleich zu den Gebühren unserer Nachbargemeinden im Reinhalteverband Steyr und Umgebung.

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

4) GemXIII-2844/88

Kanalanschlußgebührenordnung; Novellierung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Baurechtsamtes vom 1. Juni 1988 wird die in der Anlage befindliche Verordnung betreffend die Novellierung der Kanalanschlußgebühr 1988 genehmigt
(BEILAGE)

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Kollege Eichhübl hat sich zu Wort gemeldet, bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Obwohl es heute eigentlich weniger Anträge zur Bearbeitung und zur Beschlußfassung gibt, als das sonst immer der Fall ist, sind doch leider wieder mehrere Erhöhungsanträge dabei.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich habe bereits mehrmals von dieser Stelle aus darauf hingewiesen, daß gerade in letzter Zeit eine Tarif- und Preiserhöhung in allen Bereichen, vom Bund ausgehend, über die Länder auf die Gemeinden übergreift, sich wie ein rot-schwarzer Faden durchzieht.

Meine Damen und Herren, dieser rot-schwarze Faden reißt offensichtlich nicht ab, denn auch in diesem Antrag geht es um beträchtliche Anhebungen der vorhin genannten Gebühren und Tarife. Diesmal handelt es sich um die Kanalanschlußgebühren mit dem Übertitel "Novellierung der Kanalanschlußgebührenordnung". Diese Veränderung sieht ab 1. 1. 1989 im wesentlichen folgende Erhöhungen vor.

Der Einheitssatz für Kanalaltbaugebiet wird von S 35,- auf S 50,-/m² erhöht. Der Einheitssatz für Kanalneubaugebiet wird von S 110,-/m² auf S 135,-/m² erhöht. Die Gebühr für den Anschluß von unbebauten Grundstücken, unabhängig von deren Größe, von S 1.000,- auf S 5.000,- erhöht.

Meine Damen und Herren, das ist das Fünffache und ebenso soll die Gebühr für den Anschluß von bebauten Grundstücken, deren Bauwerke nicht angeschlossen werden, unabhängig von deren Größe von wiederum S 1.000,- auf S 5.000,-, also auf das Fünffache, erhöht werden. Bezahlen, meine Damen und Herren, müssen das wiederum die kleinen und mittleren Einkommensbezieher, die sind es, die nach wie vor die Zeche zu bezahlen haben. Denn ihre Einkommen, ihre Löhne und Gehälter wurden keineswegs in dem Ausmaß erhöht, wie wir jetzt in den letzten Jahren Verteuerungen erfahren. Es sind ja deren viele, meine Damen und Herren. Ich möchte es Ihnen ersparen, im einzelnen auf die Erhöhungen der letzten Jahre, vom Bund ausgehend, die ich vorhin bereits betont habe, über die Länder bis zu den Gemeinden eingehen, denn es wären vier Seiten und insgesamt 63 richtige Punkte, die alle sozialen Bereiche ansprechen.

Vielmehr, meine Damen und Herren, mußten alle Arbeitnehmer, wenn ich da fortsetzen darf, auch andere Mängel in Kauf nehmen aufgrund der wirtschaftlichen Situation und auch andere Nachteile in Kauf nehmen. Von Ihnen verlangt man, meine Damen und Herren, daß sie ständig den Gürtel enger schnallen, während man auf der anderen Seite Privilegien schafft, wie die beispielsweise erst vor kurzem im Landtag beschlossenen sehr kräftigen Bürgermeisterbezüge. Man hat auch die Fraktionsobmänner mit einbezogen. Das hat man im Oö. Landtag beschlossen gegen die Stimme der Freiheitlichen, ohne Rücksichtnahme auf die Schulden der Gemeinden, die ja bekanntlich tief in den roten Zahlen stecken.

Daher, meine Damen und Herren, ist auch die Bevormundung des Landes auf den Hinweis der Höchsttarifordnung der Kanalanschlußgebühren, um Förderungen aus Landes-

mitteln nicht verlustig zu werden, nicht zu akzeptieren. Dann kann ja gleich, meine Damen und Herren, das Land Oberösterreich, die Gebühren- und Tarifgestaltung für die Gemeinden übernehmen. Oder aber - diese Frage ist auch zu klären - es ist den Verantwortungsträgern in den Gemeinden, auch hier in der Stadtgemeinde gar nicht so unangenehm, wenn sie mit dem Hinweis auf das Land künftige Gebührenerhöhungen durchführen können. Diese Frage, meine Damen und Herren, ich sage es nochmals, sollte auch einmal geklärt werden. Ich werde jedenfalls diesem Erhöhungsantrag seitens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion aus den angeführten Gründen die Zustimmung nicht geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Treml ist der nächste.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Die Erhöhung der Kanalanschlußgebühren wird ja laut Amtsbericht vom 5. August damit begründet, daß letztmalig diese Kanalanschlußgebührenordnung vor 2 Jahren, also im Juli 1986, geändert wurde. Das heißt, da muß man sie schon ändern, das ist schon zu lange aus. Wonach für den Gebührensatz des Kanalaltbaugebietes, wo der Einheitswert damals mit S 35,- und für das Kanalneubaugebiet S 110,-/m² festgelegt wurde.

Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, im Amtsbericht hat man wohlweislich vergessen oder nicht daran erinnert, daß bis zum Jahre 1984 oder 1986 pro verbauter Fläche nur S 15,- an Kanalanschlußgebühr eingehoben wurde. Da hat natürlich mit Recht die Österr. Volkspartei als Sprecher mit Kollegen Pickl festgestellt, daß durch die Teilung in Alt- und Neubaugebiete, die in der Kanalanschlußgebührenordnung der Stadt Steyr Platz greift, ein direkter Vergleich mit den Mindestsätzen des Amtes der Oö. Landesregierung nicht mehr möglich und auch nicht richtig. Man weist immer auf das Land Oberösterreich hin und daher sah sich auch die Österr. Volkspartei nicht imstande, der damaligen Erhöhung, also im Jahr 1986, zuzustimmen.

Die Gebührenordnung der Stadt, wie Sie ja wissen, soll mit 1. 1. des kommenden Jahres in Kraft treten, darin werden die Einheitssätze für Kanalaltbaugebiet wieder festgelegt, nämlich erhöht von S 35,- auf S 50,-/m². Das ist immerhin eine Steigerung von über 42 Prozent. Weiters soll der Einheitssatz für Kanalneubaugebiete von derzeit S 110,-/m² auf S 135,- oder rund 22 Prozent erhöht werden.

Kollege Eichhübl hat das ja auch besonders herausgestrichen, es soll außerdem die Gebühr für den Anschluß von unbebautem Grundstück, unabhängig von der Größe von S 1.000,- auf S 5.000,- erhöht bzw. um 400 Prozent steigen und die Gebühr für den Anschluß von verbauten Grundstücken, deren Bauwerke nicht angeschlossen werden, unabhängig von der Größe, steigt ebenfalls von S 1.000,- auf S 5.000,-. Die Erhöhung der Kanalanschlußgebühr wird, so wie in den vergangenen Jahren, immer wieder von denjenigen Kolleginnen und Kollegen, die das begründen müssen, begründet, daß es sich um eine Verordnung der Oö. Landesregierung handelt, und wenn man dieser Verordnung, wie ich heute wieder gehört habe von Kollegen Wipperfurber, nicht nachkommt, gehen nicht nur die Mehreinnahmen aus dieser Gebührenerhöhung verloren, sondern man müßte damit rechnen, daß eben künftighin keine Landesförderung für Steyr gegeben wird.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, wie setzt sich denn die Oö. Landesregierung zusammen? Es sind ja Ihre Freunde von der sozialistischen Partei oder auch Ihre Freunde von der Österr. Volkspartei und auch die Freunde der freiheitlichen Partei, die diese gemeindefeindliche Verordnung gemeinsam einstimmig festlegen. Daher wundert man sich, wenn Kollege Eichhübl so massiv hier gegen diese Gebührenerhöhung auftritt. Im Interesse der Steyrer Bürger, nämlich der kleinen Leute, hat er vollkommen recht. Er kommt damit aber ein wenig in Schwierigkeiten zur Auffassung seiner Landesführer. Diese enorme Gebührenerhöhung ...

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Was ja nicht heißt, daß wir immer einer Meinung sein müssen, Kollege Treml!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

.. trifft ja, meine Damen und Herren, wiederum vorwiegend wen, die kleinen Mieter, die Häuslbauer, also die kleinen Siedler. Denn die Großen, die Unternehmer, die Betriebsinhaber - das habe ich ja schon beim ersten Tagesordnungspunkt herausgestrichen - denen wird meistens die Kanalbenützungsgebühr ...

ZWISCHENRUF VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Kanalanschlußgebühr.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

.. Entschuldigung, die Kanalanschlußgebühr ermäßigt. Man kann sich ja einmal verreden, lieber Karli. Du sagst ja sehr wenig heute und ich hoffe, daß Du das heute auch ablehnst. Denn nachdem was Dein Vorredner vor zwei Jahren gesagt hat, die Anschlußgebühren erlassen und, wie man es auch manchmal macht und nicht überprüfen kann, auf dem Förderungsweg wieder rückvergütet. Ich bin der Auffassung, daß man sich gegenüber der Oö. Landesregierung von der Kommune her stärker als bisher ein bißchen ins Zeug setzt und zur Wehr setzt. Das, glaube ich, wird entscheidend sein und nach meiner Meinung wären wirksame Maßnahmen zur Entlastung der Gemeinden notwendig, die ohnedies durch die Steuerreform, die im Jänner 1989 in Kraft tritt, allein nur in Oberösterreich rund 400 Millionen Schilling an Einnahmen verlieren. Da glaube ich, daß man hier Maßnahmen setzen sollte, wie die Bereitstellung von nicht rückzahlbaren Finanzmitteln eben für den Kanalbau, dann würde man nicht immer zu diesen enormen Erhöhungen kommen. Die beantragte enorme Kanalanschlußgebühr lehne ich natürlich entschieden ab.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Gemeinderat Spöck bitte.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Werte Herren Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Es wird ja in der heutigen Zeit sehr gerne von Umweltschutz gesprochen. Das Wort Umweltschutz nimmt jeder gerne in seinen Mund. Umweltschutz kostet halt sehr sehr viel Geld und ist zum Teil auch sehr schwer finanzierbar. Mit reden allein und fordern ist es meiner Ansicht nach sicherlich nicht getan. Es muß gehandelt werden. Wir haben da noch die Möglichkeit beim nächsten Antrag dazu. Zur heutigen Erhöhung der Kanalanschlußgebühren wäre vielleicht noch anzuführen ein kleiner Wermutstropfen, daß die Besitzer von Senkgruben ja bisher relativ günstig ausgestiegen sind, ihnen wurde ja nur das Wasser verrechnet. Letztendlich, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, kommen wir durch die Richtlinien des Landes - das muß auch ich zugeben - einer Nichtangleichung gar nicht aus.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wir sind jetzt lange Zeit ohne dem ausgekommen, Kollege Spöck.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Ja, jetzt aber sind die Richtlinien da und das geht nicht mehr, sonst verlieren wir die Förderungen. Wir werden daher sicherlich nicht mit Freude die Zustimmung geben, aber gerade auch im Interesse des Umweltschutzes werden wir dazu ja sagen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Kollege Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Eine kleine Wortmeldung sei mir doch noch gestattet, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte auf das rot-schwarze Band, das Kollege Eichhübl hier zitiert hat, Stellung nehmen. Wenn ich Dich nicht so gerne hätte, Roman, dann würde ich ab sofort zu Dir Jörg sagen, weil Du bringst den Stil, der die Österreicher immer wieder verblüfft, jetzt auch in die Gemeindestube nach Steyr. Ist es Dir denn vollkommen aus der Erinnerung gegangen, daß Deine Mannen in der Koalition mit dabei waren, an der wir heute alle zahlen? Ist es Dir völlig in Vergessenheit geraten Roman, oder ist es tatsächlich so, daß Du dem freiheitlichen Bundesvorbild nacheiferst, daß alles was vor Euch war absolut nichts mehr ist - in absehbarer Zeit wahrscheinlich auch in der Funktionärssebene, wenn Dein Bundesparteiobermann in seinem Stil so weitergeht, daß jeder abgekragelt wird, der jemals etwas vor ihm gesagt hat. Dann ist Dein Stil, den Du hier jetzt hereinbringst mit einer Attacke in Richtung rot-schwarzes Band vollkommen richtig. Ich weiß nicht, ob er langfristig sich als richtig herausstellen wird. Ich wünsche Österreich, daß der Stil nicht notwendig ist und ich wünsche auch unserer Gemeindestube, daß der Stil nicht notwendig ist.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Es geht ja nicht um den Stil, es geht um die Gebührenerhöhung.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Dann wäre es recht schön gewesen, Kollege Eichhübl, wenn Du zu den Gebührenerhöhungen gesprochen hättest. Aber Dein großer Lehrmeister befiehlt es Dir anders. Ich räume ein, daß Du wohl nicht anders kannst, als ihm zu folgen, wenn er befiehlt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um das Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Kollege Spöck hat das Wahre gesagt, Umweltschutz kostet Geld. Alleine nur reden davon bringt gar nichts. Es kostet eben sehr sehr viel Geld. Gerade der Kanalbau in einer Stadt wie Steyr kostet enorm viel Geld. Wir zahlen jetzt schon für den Laufmeter Kanalbau über S 11.000,-, weil eben der Kanalbau in der Stadt sehr teurer ist. Am flachen Land draußen zu bauen, ist kein Kunststück normalerweise. Aber in einer Stadt zu bauen, das kostet eben doppelt und dreimal so viel. Das möchte ich auch ganz klar und deutlich herausstellen. Schauen Sie sich doch den Haushaltsplan für das heurigen Jahr an oder vom letzten Jahr. Wir werden demnächst Gelegenheit haben, den Haushaltsplan für das nächste Jahr zu betrachten. Ein großer, erheblicher Teil, der größte Teil beim aOH, und ein erheblicher Teil beim ordentlichen Haushalt dient dem Umweltschutz, dient dem Kanalbau. Wir brauchen dieses Geld ganz dringend. Ganz abgesehen davon möchte ich es noch einmal unterstreichen, wir müssen diesem Antrag zustimmen, das Land verlangt es. Ich bin mehrmals auch mündlich aufgefordert worden von den Landesstellen, endlich etwas zu machen. Seit über einem Jahr werde ich gedrängt, wir müssen das einfach tun. Wenn wir das nicht tun, dann laufen wir wirklich Gefahr, daß wir keine Förderung mehr vom Land bekommen.

Altbaugelände, Kollege Tremel hat das angeschnitten. Es dürfte normal kein Altbaugelände geben, denn das Land sieht so etwas überhaupt nicht vor, das ist auch eine Erfindung von Steyr. Reden wir lieber nicht viel darüber, sind wir froh, daß wir das jetzt doch durchgesetzt haben, daß das Altbaugelände noch erhalten

bleibt mit diesen S 50,-. Hier gegen diesen Antrag zu stimmen, ist verantwortungslos. Darum bitte ich Sie, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegen den Antrag? Der Antrag ist mit 2 Gegenstimmen (KPÖ, FPÖ) angenommen.

Ich danke Kollegen Wippersberger. Nächster Berichterstatter ist Kollege Pimsl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Geschätzte Herren Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Anläßlich der Gemeinderatsitzung vom 8. September dieses Jahres hat die ÖVP-Fraktion, Gemeinderat Wilhelm Söck - ich bin dann daraufgekommen, daß er Spöck heißt, das war nicht sehr schwer, sogar ich habe das überlauert. Aber das sind kleine Mängel, die sollte man nicht allzusehr ernst nehmen. Die ÖVP-Fraktion hat jedenfalls einen Antrag nach § 11 Abs. 1 Stadtstatut, einen Initiativantrag eingebracht, der folgendes beinhaltet:

Der Gemeinderat möge dem Beschluß der Oö. Landesregierung beitreten, für Nachrüstkatalysatoren auch seitens der Stadt eine Subvention für jeden hier in der Stadt Ansässigen gewähren, sofern er im Rahmen dieser Aktion in seinem Pkw einen Nachrüst-Katylastor einbauen läßt. Ein Antrag, der zweifellos eine gewisse Seriosität hat - vielleicht sagen wir so - und dem Umweltgedanken Rechnung trägt, allerdings meiner Meinung nach nicht ganz ohne politischen Hintergedanken. Daher ist die Seriosität nicht allzu groß. Trotzdem, man sollte solche Anträge nicht mit einigen Worten abtun und sagen, es ist alles nichts, sondern man muß den Inhalt und die Überlegung sehr wohl prüfen. Ich habe nicht nur sofort nach diesem Antrag dazu auch eine Meinung geäußert, sondern in der Zwischenzeit genügend Möglichkeit und Gelegenheit gehabt, das Für und Wider eines solchen Antrages abzuwägen und ich bin zur Auffassung gekommen und damit auch die sozialistische Fraktion, meine Fraktion im Gemeinderat, daß dieser Antrag keinesfalls mit dem Nutzen, der daraus sich ableiten läßt, in Einklang zu bringen ist.

Warum, liebe Kolleginnen und Kollegen? Wenn man den derzeitigen Stand dieser immerhin von der Oö. Landesregierung sehr intensiv beworbenen Aktion zugrunde legt, dann sind derzeit 26 oberösterreichische Gemeinden bereit, eine solche zusätzliche Subvention zu geben in der Höhe von S 500,- bis S 1.000,-. Das sind nicht einmal 5 Prozent der gesamten oberösterreichischen Gemeinden, von der Bevölkerungszahl her gesehen noch weitaus weniger. Es sind bisher etwa, das läßt sich nicht genau eruieren, zwischen 150 und 200 Anträge für eine solche Nachrüstkaktion bei der Oö. Landesregierung beantragt worden. Eine Aktion, die bedauerlicherweise dem Zweck, den ich absolut zugrunde lege, bei weitem nicht gerecht wird.

Auch nicht gerecht werden kann, weil es sehr viele Argumente gegen diese Nachrüstkatalysatoren gibt. Erstens, einer jener gewichtigen ist der, daß nicht alle Pkw's, vor allem die Kleinhubautos, kaum für einen solchen Nachrüstkatalysator in Frage kommen, die Wirksamkeit des Katylasotors eine sehr eingeschränkte ist, auch die Dauerhaftigkeit dieser Wirksamkeit ist sehr gering. Ich weiß nicht, inwieweit Sie- und es gibt auch Fachleute in diesem Raum - wissen, daß es offenbar unter Fachleuten derzeit, zumindest unter Professoren, die sich auf Forschungsebene mit dieser Materie beschäftigen, widersprüchliche Aussagen gibt und es ist interessant, daß zumindest die Stadtensenatsmitglieder dauernd mit einer Zeitung versorgt werden, die wir zwar nicht bestellt haben, aber sie trotzdem bekommen. Ich meine den Observer, der in zwei Fortsetzungen gegen den Katalysator

mit sehr gewichtigen Argumenten auftritt, ich aber nicht unbedingt meine, daß das tatsächlich so ist. Aber eines steht fest, daß die Wirksamkeit eines Nachrüstkatalysators sehr gering ist. Dazu kommt noch, daß beim Austausch des Katalysators erheblicher Sondermüll anfällt. Das wird dabei auch verschwiegen und die Entsorgung dieses Sondermülls ist derzeit in keiner Weise gewährleistet. Wir verlagern in Wirklichkeit ein Problem und lösen keines. Ich möchte noch ein weiteres Argument anführen, daß ich es als sehr unverständlich und ungerecht empfinde, wenn ein Neuwagenkäufer für einen im Gesetz vorgesehenen eingebauten Katalysator zwischen 10.000 und 15.000 Schilling mehr leisten muß und keinerlei Absicht oder Hilfe dafür besteht, ihm dafür eine entsprechende Subvention zu gewähren. Während wir einigen wenigen, wo das Ergebnis eher unbefriedigend ist, versuchen, mit diesem Katalysator auszustatten. Daher meine ich, daß auch hier zu überlegen oder zu prüfen wäre, daß man nicht einen Pkw-Besitzer gegen den anderen in dieser Form ausspielen kann. Es wäre zweifellos vernünftiger, alle Ursachen der Umweltverschmutzung, speziell im Bezug auf Baumsterben zu prüfen, da es mit ziemlicher Sicherheit - da sprechen sich alle Fachleute fast, mit Ausnahme der Autofahrerklubs, dafür aus - besser wäre, eine Geschwindigkeitsbegrenzung einzuführen. Das kann sicherlich nicht die Stadt Steyr von sich aus tun, sondern dazu ist nur der Gesetzgeber berufen, da offenbar tatsächlich nur in dieser Richtung eine wirksame Abhilfe geschaffen werden kann. Nach dem derzeitigen Stand der Wissenschaft und auch möglicherweise der Technik oder beiden zusammen. Ich bitte daher um Verständnis, daß nach genauer Prüfung dieses Antrages ich hier im Gemeinderat den Antrag stelle, diesen von der ÖVP eingebrachten Antrag abzulehnen.

5) Präs-728/88

Nachträglicher Einbau von Katalysatoren - Gemeindegeldzuschuß;
Antrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion.

GR Wilhelm Spöck, ÖVP-Gemeinderatsfraktion

Herrn Bürgermeister Heinrich Schwarz

Betr.: Antrag gem. § 11 Abs. 1 Stadtstatut in Entsprechung
des § 5 Abs. 1 lit. c der Geschäftsordnung.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, da es durch den nachträglichen Einbau eines Katalysators zu einer technisch leicht erzielbaren und deutlichen Entlastung unserer Umwelt kommt, sollte sich die Stadt Steyr mit einer zusätzlichen Prämie von S 1.000,- pro Pkw oder Kombi, der in der Zeit vom 1. 8. 1988 bis 31. 12. 1988 mit einem Katalysator nachgerüstet wird bzw. wurde, der Förderungsaktion des Landes anschließen.

Ich stelle daher namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion folgenden Antrag.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadt Steyr schließt sich der Katalysatorennachrüstaktion des Landes Oberösterreich an und gewährt neben der Landesförderung von S 2.000,- zusätzlich noch einen Gemeindegeldzuschuß für Katalysatornachrüstung von Pkw und Kombis in der Zeit vom 1. 8. 1988 bis 31. 12. 1988 einen Gemeindegeldzuschuß von jeweils S 1.000,-. Die bezug habenden Richtlinien des Landes Oberösterreich gelten für diesen Zuschuß sinngemäß.

Ich bitte um geschäftsordnungsgemäße Behandlung. Hochachtungsvoll
Gemeinderat Wilhelm Spöck

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Kollege Spöck.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Werte Herren Bürgermeister, wert Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Ein paar Worte zu meinem Vorredner Kollegen Stadtrat Pimsl. Es sind derzeit 38 oberösterreichische Gemeinden - Stand Freitag, 14. Oktober - die sich der Nachrüstkatalysatoraktion des Landes angeschlossen haben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Das sind aber auch nicht sehr viele.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Das stimmt, aber immerhin. Die vorläufige Auswertung der Anträge hat gezeigt, daß eine durchschnittliche Kat-Nachrüstung ca. S 5.900 kostet. Bei einer durchschnittlichen Belastung von, wie gesagt S 5.900, die gerade für umweltbewußte Alleinverdiener nicht gering ist, ist natürlich meiner Ansicht nach auch der finanzielle Anreiz wichtig. Daher unser Antrag.

Über die Umweltwichtigkeit des nachträglichen Einbaues des Katalysators habe ich ja einläßlich des Einbringens des heute zu erledigenden Antrages damals ausführlich dem Gemeinderat berichtet. Nur ein Satz zur Wiederholung. Ich bin der Meinung, der Katalysator, der Nachrüst-Kat bringt was. Durch den Einbau eines Katalysators reduziert sich die Gesamt-Schadstoffbelastung eines einzigen Autos bei einer durchschnittlichen Lebensdauer von 5 - 10 Jahren um rund 1.300 kg. Das sind 1,3 Tonnen weniger Stickoxyde, Kohlenwasserstoffe, Kohlenmonoxyde, mit denen unsere Umwelt belastet wird.

Wenn Sie, sehr verehrter Herr Stadtrat Pimsl, von einem - wie soll ich es ausdrücken - politischen Gag gesprochen haben seitens der Österr. Volkspartei, so ist das meiner Ansicht nach nicht richtig. Die Gründe für den nachträglichen Einbau habe ich ja bereits erwähnt. Ich würde sogar so weit gehen, wäre es ein politischer Gag, es ist keiner, aber angenommen es wäre ein politischer Gag, wäre es meiner Ansicht nach ein ausgezeichnete politischer Gag für unsere Umwelt. Ich glaube eher, die Zustimmung der sozialistischen Partei kommt nur deshalb nicht, weil halt der Antrag nicht von Ihnen, von Herrn Stadtrat Pimsl, stammt. Das dürfte meiner Ansicht nach auch der Grund sein für die heutige Ablehnung.

Abschließend eine Bitte an die Kollegen der sozialistischen Fraktion. Vielleicht überlegen Sie es sich doch noch im Interesse unserer Umwelt. Setzen Sie sich die parteipolitische Brille ab und stimmen Sie dem Antrag der Österr. Volkspartei im Interesse unserer Umwelt zu.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Kollege Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Selbstverständlich, wert Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werde ich dem Antrag der Österr. Volkspartei die Unterstützung geben. Aber nicht etwa deshalb, weil Herr Vizebürgermeister Holub beim vorhergehenden Antrag auf mich böse

gewesen ist, sondern vor allen Dingen deshalb, weil ich durchaus meine, daß dieser Antrag der Österr. Volkspartei seriös ist und weil ich mich vor allen Dingen, meine Damen und Herren, aus beruflichen Gründen gerade in letzter Zeit sehr intensiv mit Nachrüstkatalysatoren beschäftigt habe. Ich kann Ihnen versichern, das Problem liegt nicht auf der Interessensseite. Sondern das Problem liegt daran, daß sich zwar sehr viele Autofahrer für den Nachrüstkatalysator interessieren, aber der Einbau schlußendlich deshalb nicht stattfindet, weil doch ein erheblicher Beitrag in finanzieller Hinsicht zu leisten ist. Zum zweiten, es gibt keine steuerlichen Begünstigungen und zum dritten, wenn ich schon bei der Kostenfrage bin, wir dürfen doch nicht vergessen, daß der Autofahrer ja der ist, der von öffentlichen Steuermaßnahmen besonders belastet ist. Ich denke jetzt nur an die 32%ige Luxussteuer, die nach wie vor in Österreich nicht nur für den Ankauf eines Kraftfahrzeuges, sondern man höre und staune - viele wissen es nicht - daß es auch Reparaturen gibt, wie beispielsweise der Einbau eines Austauschmotors in ein Fahrzeug, das mit einer 32%igen Mehrwertsteuer belastet ist, meine Damen und Herren. Es ist auch eine Tatsache, daß, wenn Sie ein Neufahrzeug kaufen, und in dieses Neufahrzeug Zubehör einbauen innerhalb einer 3-Tages-Frist, 32 % Mehrwertsteuer zu bezahlen sind. Das sind die Gründe, meine Damen und Herren, die der Autofahrer endlich auch erkennt und im Zusammenhang auch des nachträglichen Katalysator-Einbaues und deren Kosten sieht.

Daher, meine Damen und Herren, begrüße ich selbstverständlich die Aktion des Landes Oberösterreich, die leider nur bis 31. 12. d. J. läuft. Ich begrüße auch die Tatsache, daß es Werkstätten gibt, die den Einbau von der Arbeitszeit her kostenlos durchführen. Ich bin eigentlich enttäuscht darüber, meine Damen und Herren, daß die SPÖ-Rathausmehrheit sich offensichtlich gegen diesen Antrag verschließt. Ich habe heute die Gelegenheit wahrgenommen, im Umweltausschuß ein paar Worte darüber zu sagen. Ich hatte nicht die Gelegenheit, bei der letzten Gemeinderatsitzung war ich nicht anwesend, daher nützte ich diese Gelegenheit und ich betone nochmals, es liegt sicherlich nicht auf der technischen Seite, ich möchte jetzt keine technische Diskussion über Katalysatoren in Gang setzen. Tatsache ist, Herr Kollege Pimsl, daß eine Geschwindigkeitsbeschränkung zum Ausgleich dazu sicherlich nicht dient. Ich verweise auf das Beispiel Vorarlberg, wo man schon sehr lange Versuche durchgeführt hat und festgestellt hat, daß Geschwindigkeitsbeschränkungen nicht nur nichts bringen in positiver Hinsicht, sondern sogar Nachteile bringen, weil ja die europäischen Fahrzeuge für eine entsprechende Geschwindigkeit ausgerichtet sind und bei Geschwindigkeitsverminderungen vermehrten Schadstoff ausstoßen. Es stimmt, das wird im städtischen Bereich nicht wirksam und das ist ja auch ein primäres Anliegen für den Einbau eines Katalysators, daß der gerade im städtischen Bereich und beim Langsamfahren besonders wirksam wird. Kollege Spöck hat ja bereits darauf hingewiesen, daß die Mindestreduktion mindestens 50 Prozent beträgt des derzeitigen Schadstoffausstoßes beim nachträglichen Einbau eines Katalysators. Ich darf daher an Sie die gleiche Bitte richten wie Kollege Spöck, meine Damen und Herren der Rathausmehrheit. Überlegen Sie es sich nochmals, vielleicht geben Sie doch die Zustimmung. Im Hinblick auf eine gesündere Luft in Steyr sollte es uns das wert sein.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Kollege Pragerstorfer bitte.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:
Kolleginnen und Kollegen, die technische Seite hin und her. Ich bin auch Techniker, über technische Dinge kann man immer recht viel diskutieren, gewichten, darüber streiten, ob sie zutreffen oder nicht. Ich denke mir aber, da geht es in erster Linie um eines, daß man den Leuten, den Autofahrern, die sich da eher widerstrebend zu solchen zusätzlichen Kosten entschließen, möglichst große Karotten vor die Nase hält, damit sich möglichst viele Leute dafür entscheiden. Es gibt ein paar Millionen Autos in Österreich, es gibt ein paar Millionen Bäume, und wenn man es ganz grob sieht, vielleicht kann ein Katalysator ungefähr einem Baum das Leben ermöglichen, das Weiterleben ermöglichen. Ich meine, wenn es vielleicht auch nichts bringt, es ist ein Versuch, man soll es versuchen. Darum auch mein Appell, unabhängig von Partei oder Einstellung oder technischen Hintergrund, warum versuchen wir es nicht einmal. Schlimmstenfalls hat Kollege Pimsl recht, es wird sich kein Mensch die Prämie holen, dann haben wir kein Geld ausgegeben. Okay, dann war nichts, wir haben es zumindest versucht.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Kollege Zagler bitte.

GEMEINDERAT DKFM. DIREKTOR HELMUT ZAGLER:
Ich wurde jetzt fast herausgezwungen zum Rednerpult. Was Kollege Ing. Pragerstorfer gesagt hat, liebe Damen und Herren des Gemeinderates, ja ein größeres umweltmäßiges Scheinlippenbekenntnis wie das, machen wir das, weil es tut ohnehin keiner und wir schauen gut aus, habe ich in diesem Zusammenhang noch nicht gehört. Ich bestätige nämlich genau das auch auf der anderen Seite, was Kollege Pragerstorfer sagt, die kleine Anzahl, die das in Anspruch nehmen würde, macht das ganze Theater ja erst perfekt. Deswegen ist der Gag ja auch gelungen. Ich kann mir nämlich nicht vorstellen, daß ein Zehntel oder weniger, ein Zwanzigstel ...

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:
Wenn es nur einer ist, ist es wichtig.

GEMEINDERAT DKFM. DIREKTOR HELMUT ZAGLER:
.. der öö. Gemeinden, durchaus ÖVP-Gemeinden und solche, die sozialistisch dominiert sind und solche, wo die freiheitliche Partei den Bürgermeister stellt, diesen Vorschlag nicht aufgreift, weil auch Überlegungen angestellt werden ...

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Das ist doch eine politische Angelegenheit, das ist eine Unterstellung sondergleichen.

GEMEINDERAT DKFM. DIREKTOR HELMUT ZAGLER:
Lieber Kollege Eichhübl, ich weiß schon, Du willst für die AVEG da vielleicht auch ein bißchen mitregieren und mitreden. Du hast gesagt, technisch ist das Problem gelöst, das stimmt doch nicht. Es ist gelöst beim geregelten Katalysator, da vielleicht auch nicht ganz, beim ungeregelten nicht. Die anderen Gemeinderatsmitglieder haben diesbezüglich durchaus einen Wissensstand erreicht.

Einen Fehler darf man auch in der ganzen Umweltfrage nicht machen. Unser Stadtrat Pimsl hat das ja hervorgehoben, daß man das Kausalitätsprinzip auf einmal völlig außer Kraft setzt. Das heißt, der Umweltverschmutzer soll insofern von seinen verschmutzenden Tätigkeiten befreit werden, indem die Öffentlichkeit das Ganze wieder unterstützt. Wir sollten das Umweltbewußtsein so erziehen, daß es jedem das wert ist, das zu zahlen. Das Problem löst sich bitte auch mit Zeitfortdauer. Jede Neuanschaffung eines Pkw bringt naturgemäß einen Katalysatorwagen oder einen anderen umweltfreundlichen ..

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Jede Familie kann sich halt kein neues Auto kaufen.

GEMEINDERAT DKFM. DIREKTOR HELMUT ZAGLER:

.. oder umweltfreundlicheren Wagen auf die Straße. Daher sind diese paar, die man damit unterstützen würde, eine zu vernachlässigende Größe, daß man den Gag gar nicht lange machen braucht.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Zagler. Nächster ist Kollege Holub.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Gerade, weil Kollege Zagler das Bewußtsein angesprochen hat, um das es ja in erster Linie geht, bei allem geht, wenn wir um Umwelt diskutieren in politischen Gremien, so ist das Schall und Rauch wenn es der Bürger nicht mitvollzieht und nicht nachvollzieht und auch teilweise nicht vorvollzieht. Ewige Diskussionen um Mülltrennung, ewige Diskussionen um Abfallvermeidung. In den Haushalten schaut die Wahrheit ganz anders aus, zum Teil, weil der Bürger gar nicht in die Möglichkeit kommt, Abfall zu vermeiden, weil die Handelswaren einfach nicht dermaßen sind. Darum wäre es notwendig, ein öffentliches Signal in Richtung auf Bewußtseinsbildung zu setzen. Mag sein, daß Kollege Zagler recht hat, in 10 Jahren sind alle Autos ohne Katalysator aus dem Verkehr und dann ist ohnehin alles geregelt. Mag sein, daß das richtig ist, unbestritten. Aber wenn wir auf die Entwicklung von 10 Jahren hoffen bei der Schaffung von Umweltbewußtsein, so glaube ich, sind wir auf dem falschen Weg. Ich verstehe den Umweltschutzreferenten unserer Stadt durchaus nicht, wenn er den Antrag stellt, das nicht zu machen. In einem Prospekt, liebe Freunde, der Landeshauptstadt Linz - man hat das ja aus Zeitungen entnehmen können - die sich dieser Aktion nicht anschließt - offenbar stellt sie jetzt Vorbildaktion für die Stadtgemeinde Steyr wie in vielen anderen Dingen dar - wird diese Maßnahme Nachrüstkatalysator mit der Prämie dargestellt. Mit einem Geldsackerl, wo das Stadtwappen von Linz darauf ist. Jetzt frage ich dann nach der Ehrlichkeit in der Argumentation. Man stellt eine Umweltmaßnahme dar, beteiligt sich aber nicht daran, weil man behauptet, daß sie nicht relevant ist, sondern ein politischer Gag ist und gebraucht sie dann in der eigenen Werbung. Das ist wirklich sehr sehr schlecht. Ich hoffe, daß nicht Ähnliches in Steyr nachvollzogen wird, dem Linzer Beispiel folgend. Zur Entsorgung und Wiederverwertung, daß das auch ein Riesenproblem wäre, der Müll in großer Menge anfiere, da glaube ich, ist ein kleines Informationsdefizit vorhanden. In der Bundesrepublik ist eine Firma, so habe ich gehört, die die Katalysatoren nicht nur zurücknimmt, sondern sogar zurückkauft. Wenn man ein wenig nach-

denken wollte über Umweltfragen, so käme man zu Lösungen. Die Geschwindigkeitsbeschränkung in der Wirksamkeit ist von Kollegen Eichhübl zitiert worden. Ich maße mir nicht an, daß ich Auto-Fachmann bin. Aber immerhin kann aus einem durchschnittlichen Nachrüstkatalysator in der Wiederverwertung Platin und Rhodium, wenn auch nur Gramm-Mengen, aber doch, wiederverwertet werden. Man muß schon über diese Dinge auch nachdenken, man sollte wirklich nicht von Haus nein sagen zu einem Vorschlag, nur weil er von den anderen kommt.

Kollege Spöck hat es ohnehin schon gesagt, offensichtlich kann die sozialistische Partei nicht anders handeln. Der Vorschlag kam nicht von ihrem Umweltstar, also muß das so sein, wie jetzt bereits angekündigt. Man wird es zur Kenntnis nehmen. Ich bin nur überzeugt, daß sich der Bürger ein wenig über den Referenten wundern wird, über den Umweltreferenten, der einer Umweltmaßnahme nicht zustimmt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Ich bitte Kollegen Pimsl um das Schlußwort.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Wer sich wundert, das lassen wir der Zukunft über. Ich wundere mich auch manches Mal, aber bitte es ist jedem selbst überlassen, lieber Karl, Ich glaube eines, ich möchte vermeiden, die Ziffer der teilnehmenden Gemeinden geht hier offenbar auseinander. Es war ein Anruf heute vormittag bei der OÖ. Landesregierung und es wurden uns 26 Gemeinden genannt. Ich kann das derzeit nicht nachvollziehen. Ich möchte nur vermeiden, daß hier bewußt unter Umständen Zahlen von mir genannt werden, die bereits überholt sind und dadurch der Eindruck entsteht, man gibt eine falsche Zahl bekannt, um das Problem etwas anders darzustellen als es tatsächlich ist. Aber es liegt mir so etwas absolut fern. Ich möchte nur nochmals wiederholen, heute vormittag wurde uns mitgeteilt, 26 Gemeinden - weil es mit Recht hier in Frage gestellt wurde, ob die Zahl stimmt. Ich kann nur sagen, nach meinem Dafürhalten habe ich diese Auskunft korrekt weitergegeben. Sie stammt ja auch von einem Amt und nicht von irgend jemandem.

Zum anderen, um auf die technische Seite einzugehen. Das wurde wahrscheinlich von Kollegen Eichhübl bewußt mißverstanden. Die Geschwindigkeiten in der Stadt sind für den Katalysator, für den Nachrüstkatalysator äußerst nachträglich, weil die Erhitzung des Autos durch den Katalysator sehr stark zunimmt. Das ist eine gegebene Tatsache, über die die Techniker offenbar nicht streiten, und dadurch der Katalysator die Wirksamkeit verliert und dann sogar ausgetauscht werden muß. Ich glaube, das ist ziemlich eindeutig, nicht bei 80, nicht bei 100, da hast Du schon recht Roman. Die Frage in Vorarlberg ist sicher auch unter dem Aspekt der Unfallhäufigkeit und nicht nur der Umweltverträglichkeit gestellt worden. Beides war offenbar nicht zufriedenstellend. Ich kann dazu nicht mehr sagen, weil ich es auch nur aus den verschiedenen Publikationen entnehmen kann.

Sicher ist eines, daß höhere Geschwindigkeiten zu einem erhöhten Ausstoß führen, weil ja auch der Verbrauch entsprechend steigt. Darüber, glaube ich, kann man auch seriös reden.

Es geht nicht darum, Kolleginnen und Kollegen, was hier unterstellt wird, weil dieser Antrag nicht von mir - ich bin nur hier persönlich zitiert worden - und von meiner Fraktion kommt. Ich glaube, daß es eher lächerlich ist, wenn man uns unterstellt, daß solche Motive für die Ablehnung eines Antrages vordergründig eine Rolle spielen.

Ich glaube, Kolleginnen und Kollegen, ich habe bewußt hier vermieden, alzu ins Politische dabei hineinzugehen, sondern ich habe sehr wohl bewußt aus Überlegungen, die wir uns nicht leicht gemacht haben, das Für und Wider einer solchen Subventionshilfe abgewogen und bin zur Auffassung gelangt, daß dies ohne den Umweltschutzgedanken des Referenten oder der sozialistischen Fraktion in irgend einer Weise zu beeinträchtigen, dabei sehr wohl begründet ist.

Man muß aber auch eines einmal zugeben, wenn man Linie zeigt, dann hat das nichts mit dem zu tun, daß man hier sozusagen opportunistisch versucht, das eine oder andere zu seinen Gunsten auszulegen. Ich tue das nicht und das beweist hier mein Antrag, weil ich mir sehr wohl bewußt bin, daß Sie versuchen, dabei Kapital herauszuschlagen. Selbst auf diese Gefahr hin glaube ich, daß wir mit meinem Antrag sehr wohl eine Begründung haben, die stichhältig ist. Ich bitte Sie daher - Geld sparen brauchen wir in dem Fall nicht, weil auf der einen Seite gerade in den Vordergrund gestellt wurde durch einen Diskussionsredner, na wenn es gar niemand in Anspruch nimmt, haben wir wenigstens den guten Willen gezeigt. Daß es fast niemand in Anspruch nimmt, das ist ja bisher zumindest sichtbar.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Dann irren sich alle Autofahrerklubs, die seit Jahren die Nachrüstkatalysatoren fordern, dann irren sich die alle.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Lieber Karl, ich bin nicht der Autofahrerklub, aber ich weiß auch, daß die Autofahrerklubs gewisse Abhängigkeiten haben gegenüber anderen und ich würde manche Aussage eines Autofahrersklubs nicht allzu ernst nehmen, sie haben sich schon des öfteren berichtigen müssen. Aber das gehört sicherlich nicht da her. Ich glaube, wir sollten gemeinsam unsere Anstrengungen für eine bessere Umwelt durchaus gemeinsam fortsetzen mit tauglicheren Mittel als dies der Fall ist. Ich bitte um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Es steht zunächst der Antrag der Österr. Volkspartei in der von Kollegen Pimsl vorgetragenen Form zur Abstimmung. Wer also dem Antrag der ÖVP in der vorgetragenen Form zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Wer ist gegen den Antrag? Der Antrag ist mit 21 Gegenstimmen (SPÖ) und einer Stimmenthaltung (KPÖ) abgelehnt.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Mein zweiter Antrag behandelt eine Tarifierhöhung in der Mülldeponie der Stadt Steyr. Wir haben im Jahre 1986 eine Deponieordnung für die sanierte Mülldeponie beschlossen und gleichzeitig die Tarife festgelegt. Sie waren zu damaliger Zeit, nachdem wir uns auch in anderen Gemeinden, wo Deponien vorhanden sind, erkundigt haben, eher ein wenig höher als beispielsweise in Asten

oder in Niederösterreich bei der Fa. Hasenöhrl, mit der wir ja einige Zeit geschäftliche Verbindungen aufnehmen mußten. Mittlerweile hat sich folgendes getan, daß in der Zwischenzeit die Deponegebühren in anderen Bereichen wesentlich erhöht wurden, so daß wir seit geraumer Zeit feststellen, daß immer mehr Frächter, die Müll entsorgen, daß die unsere Deponie anfahren und auf billige Weise den Müll anderer Gemeinden und auch aus Niederösterreich bei uns deponieren. Das ist sicherlich ein Zustand, den wir nicht unbedingt als für unsere Deponie und für unsere Absicht unterstützen wollen und daher war es naheliegend, daß wir uns auf diese Erscheinung erkundigen, welchen Grund, welche Ursache diese jetzt zusehends häufigere Anfuhr zu unserer Deponie und Ablagerung von Müll führte. Es zeigt sich beispielsweise, daß nun die Deponie in St. Valentin mit 1. 1. 1989 die Müllgebühr pro Tonne auf S 416,- inkl. 16 % USt. angehoben hat und daß in der Deponie in Asten die Gemeinde Linz diese Gebühr mit Wirkung vom 1. 1. 1989, also in wenigen Monaten, gar auf S 500,- festgelegt hat. Das ist der Grund, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, daß wir analog zu dieser Gebührenerhöhung versuchen müssen, diese Gebühren etwa in gleicher Höhe zu halten, ansonsten wir Gefahr laufen, daß wir tatsächlich der Misthaufen des Bezirkes werden und jeder Müll auf unserer Deponie gelagert werden wird. Wir hätten - da möchte ich jeder Diskussion schon vorgreifen - momentan keinen Anlaß, diese Gebühr aus Kostengründen anzuheben, denn mit dem derzeitigen Satz - noch sage ich - finden wir derzeit noch das Auslangen. Ich bitte um Verständnis, daß wir uns gemeinsam dagegen wehren müssen, zur Ablagerungsstätte Niederösterreichs, aber auch oberösterreichischer Gemeinden, die unsere Mülldeponie in einer Art und Weise belastet, daß wir selbst bezüglich der Mülldauer, aber auch des Mülls, uns Gedanken machen müssen. Wir stellen ja immer wieder fest, verschiedene Frächter, die Müll entsorgen, kommen zu uns mit Müll, der eindeutig in den Bereich Sondermüll fällt und wir immerhin sehr sorgsam mit unserer Deponie umgehen müssen, die ja in der Nähe unseres Brunnenschutzgebietes liegt. Es kann uns nicht gleichgültig sein, was dort passiert. Ich stelle daher - ich habe das deswegen ausreichend wie ich hoffe begründet - den Antrag, unsere Müllgebühren zu erhöhen, und zwar so, daß die Tarifordnung für die Mülldeponie der Stadt Steyr wie folgt geändert wird.

6) Bau6-1782/76

Mülldeponie der Stadt Steyr; Tarifordnung - Änderung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 22. 9. 1988 wird die mit GR-Beschluß vom 18. 9. 1986 erlassene Tarifordnung für die Mülldeponie der Stadt Steyr wie folgt geändert:

Der Artikel II hat zu lauten:

"Für jede Ablagerung von Müll ist eine Gebühr in der Höhe von S 410,- exkl. MWSt. je Gewichtstonne zu entrichten, wobei als Mindestgebühr S 50,- exkl. MWSt. verrechnet wird.
Die Neuregelung tritt mit 1. 11. 1988 in Kraft.

Ich bitte Sie, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Kolleginnen und Kollegen, Sie haben den Antrag mit einer ausführlichen Begründung des Referenten gehört. Möchte dazu jemand das Wort ergreifen? Zu Wort gemeldet hat sich Kollege Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf vorausschicken, daß wahrscheinlich nicht nur ich, sondern wahrscheinlich viele andere doch etwas enttäuscht sind über die Gebühren- und Tarifentwicklung bei unserer hauseigenen Mülldeponie. Bekanntlich hat ja die Stadt Steyr und Kollege Pimschl darauf hingewiesen, vor Jahren die eigene Mülldeponie mit Millionenaufwand sanieren müssen und ist in der Zwischenzeit ein sogenanntes Lieferübereinkommen mit einer privaten Firma in St. Valentin eingegangen. Von dieser Stunde an sah sich eigentlich nicht nur die Stadt, sondern vor allen Dingen die Bewohner unserer Stadt, mit ständigen Erhöhungen der Tarife für die Müllentsorgung konfrontiert. Meine Damen und Herren, daher waren sehr viele und auch ich sehr froh, daß man unsere hauseigene Mülldeponie wieder in Betrieb nehmen konnte und wir nahmen es auch in Kauf, daß wir vorerst mit unseren Tarifen über jenen Tarifen lagen, die damals von diesem privaten Mülldeponiebetreiber verlangt und auch über jenen lagen, die in anderen Gemeinden verlangt wurden.

Nun, meine Damen und Herren, es gab ja bereits Erhöhungen, nun beginnt das Spiel eigentlich wieder von vorne. Es ist geplant und die Abstimmung wird beweisen, daß das auch so durchgeführt wird, daß nunmehr für die Tonne Müll, die auf dieser Mülldeponie gebracht wird, nicht mehr S 350,- zu bezahlen sind, sondern mit der Umsatzsteuer S 451,-. Das ist immerhin eine Steigerung von 28 Prozent.

Meine Damen und Herren, wenn ich den Antrag richtig verstanden habe, dann betrifft das nicht nur die Fremdfirmen, die dort ihren Müll verbringen, sondern alle, die dort Müll mit Lkw's oder dergleichen mehr anliefern. Ausgenommen natürlich die Haushaltsmenge Müll, was ja sehr positiv zu bemerken ist. Ich glaube, es ist kein Grund dafür, eine Erhöhung durchzuführen, wenn darauf hingewiesen wird, daß in einem gewissen Zeitraum wesentlich mehr Müll verbraucht wurde als in einem anderen und es anzunehmen ist, daß hierfür die höheren Gebühren der angrenzenden Mülldeponien verantwortlich sind. Es ist nicht einzusehen, daß daher unsere Müllverbringer deswegen mehr zu bezahlen haben, sondern da könnte man durchaus die Situation so regeln, daß man eben zwei verschiedene Tarife verlangt. Aus diesem Grund, meine Damen und Herren, werde ich diesem Antrag die Zustimmung nicht geben.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Danke. Nächster ist Kollege Holub.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Der Eichhübl-Vorschlag, zwei Tarife einzuführen, erscheint mir absolut absurd, weil wir ja alle wissen, daß Entsorgungsunternehmen nicht nur in Steyr Stadt, sondern auch in Steyr-Land ansässig sind und der Mist, der dann darauf liegt, nicht das Mascherl des Kfz-Kennzeichens hat oder des Firmensitzes, sondern, wenn man Dei-

nen Gedanken folgen sollte, so wäre ja der Verursacher zahlungspflichtig, das ist ja nicht der Mülltransporteur. Oder aber es ist doch der Mülltransporteur, weil er in seinem Entsorgungsauftrag für jemand anderen die billigste Entsorgungsmöglichkeit sucht. Genau diese Möglichkeit sollten wir in Steyr nicht bieten. Wir gehen hier konform. Wir erreichen nämlich sonst haargenau das, was Kollege Pimsl richtig beschrieben hat, wir werden von außen her in der Benützung unserer Mülldeponie eingeschränkt, ohne daß das vorausginge, was wir an sich anstrebten. Wenn schon, dann eine überregionale Aufgabenteilung der Müllentsorgung, daß nicht nur die Stadt Steyr die Deponie sichern und betreiben muß ..

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Aber sanieren muß die Deponie die Stadt Steyr.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

.. Wir haben ja die Deponie aus eigenen Kräften saniert, wir haben kleinere Zuschüsse oder größere - in Wirklichkeit waren es auch größere - dazu bekommen. Aber wenn es dieses überregionale Konzept nicht gibt, so haben wir einfach die Aufgabe, den Bestand unserer Deponie zu sichern. Ich glaube, daß diese Gebührenanhebung, wenn man sie nicht falsch interpretiert, und wenn man sie so einsetzt, wie sie gedacht ist und wie sie auch wirksam wird, auch vom Mitbürger verstanden werden wird. Ich bin fest davon überzeugt, es wird sicherlich einige geben, denen das Argument nicht klar ist, denen ist aber auch der Umweltschutz völlig egal und denen ist es auch nicht klar, daß Umweltschutz eben Geld kostet. Ich glaube, daß wir gut beraten sind, dem Antrag beizutreten.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke Kollegen Holub. Gibt es noch eine Wortmeldung? Kollege Pimsl bitte das Schlußwort.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Ich glaube, es wäre aus Sachlichkeit dem nichts hinzuzufügen, was Kollege Holub hier vorgebracht hat. Was mich stört, Roman, das sage ich offen, ist, daß Du da wirklich am Haider-Zug aufspringst, daß ich schön langsam Dich nicht mehr kenne. Ich habe Dich bis jetzt geschätzt, daß Du zwar nicht immer einer Meinung warst, aber immerhin seriös argumentiert hast. Jetzt tust Du einmal so und einmal so und weißt eigentlich gar nicht mehr, was Du sagst, aber Du hoffst auf 3 Stimmen offenbar. Die Wahl ist noch lange genug weg, daß Du sowieso noch Zeit hast dazu. Ich glaube, man muß wirklich einmal versuchen, dieses Problem - zuerst versuchst Du auf der einen Seite, beim Kat eine Argumentation zu finden, wo Du gesagt hast na ja, und jetzt sagst Du genau das Gegenteil. Ich kenne mich nicht mehr aus. Du tust wirklich offenbar aus Gründen, um in der Öffentlichkeit gewisse Stimmungsmache dabei zu erreichen, jede vernünftige Lösung dabei ablehnen. Das bin ich leider bisher von Dir nicht gewohnt gewesen. Hast Du schon so viel Angst, daß Dich der Haider absetzt als Gemeinderat? Bitte, das kann er ja gar nicht. Der kann Dich höchstens zum Rücktritt zwingen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke dem Referenten für sein Schlußwort. Wir kommen damit zur Abstimmung. Wer gegen diesen Antrag ist, den bitte ich zum Zeichen

der Gegenstimme um ein Zeichen mit der Hand? Stimmenthaltung?
Der Antrag ist mit 1 Stimmenthaltung (FPÖ) angenommen.
Ich danke Kollegen Pimsl für seine Beiträge. Nächster Bericht-
statter ist Stadtrat Sablik.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLIK:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich habe Ihnen 4 ganz kurze Anträge zu unterbreiten. Der erste
betrifft die Gehsteigverbreiterung und Niveaugestaltung um den
Leopoldibrunnen am Stadtplatz - Ergänzung des GR-Beschlusses vom
8. 9. 1988. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

7) Bau3-1163/88

Gehsteigverbreiterung und Niveaugestaltung um den Leopoldi-Brun-
nen am Stadtplatz; Vergabe von Zusatzarbeiten; Ergänzung des
Gemeinderatsbeschlusses vom 8. 9. 1988

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR-Beschluß vom 8. 9. 1988 wurde der Auftrag zur Gehsteigver-
breiterung und der Niveaugestaltung um den Leopoldibrunnen am
Stadtplatz an die Fa. Asphalt und Beton Bau-GesmbH, Steyr, zum
Preise von S 1,963.146,- inkl. MWSt. übertragen.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 9. 9. 1988 wird nunmehr
einer Auftragserweiterung um S 1,578.406,20 inkl. MWSt. zugestimmt.
Zur Entrichtung der Baurate 1988 wird eine Kreditübertragung im
Ausmaß von

S 1,100.000,- (eine Million einhunderttausend)

von der VSt 5/8110/050420.7 auf die VSt 5/6120/002710.1 bewilligt.
Die Deckung für die Kreditübertragung hat aus der VSt 5/8110/050420.7
zu erfolgen.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44
Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug die-
ses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Kollege Pragerstorfer bitte.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:

Kolleginnen und Kollegen, ein wirklich großes Problem. Ich bin an und für sich mit der Post nicht unzufrieden, wir haben ja sogar einen netten Postler bei uns im Gemeinderat. Den nettesten haben sie uns geschickt, damit wir eine gute Verbindung zum Christkind haben, aber ungute Leute sind sie schon irgendwie diese Postler. Kommen einfach daher und graben in Steyr am Stadtplatz, auf dem schönsten Autoabstellplatz in ganz Oberösterreich, einfach auf. Sie bringen alles durcheinander und bringen einen Riesenzauber in Bewegung. Man glaubt ja gar nicht, was da alles daherkommt dabei. Man könnte das Ganze ja wieder gemütlich zubetonieren, das wäre wunderbar. Nein, bei der Gelegenheit ein Pflaster, ein Pflaster wäre schon schön, aber vielleicht doch kein Pflaster, vielleicht eine Hälfte Pflaster, vielleicht dieses oder jenes. Die Fachleute müssen diskutieren. Und dann noch die Straßenbeleuchtung. Und dieser gemeine Hund von Kanal in der Enge, der auch jahrzehntelang da gemütlich drinnen liegt, nichts sagt, seine Arbeit tut, da grabt man auf - und auf einmal ist er hin. So eine Schweinerei. Da muß man auf einmal hergehen, blitzartig eine Baufirma finden, geschwind ein Angebot herrichten. Also arm sind die Leute bei uns im Bauamt, arm sind die Leute im Stadtbauamt, es ist alles wirklich sehr sehr schwierig, wenn man das so sieht. Das geht sogar so weit, daß ein altgedienter Stadtrat nicht einmal mehr weiß, was er denken soll und gar nicht mitkommt vor lauter Geschwindigkeit der Entscheidungsfindung. Hint und vorn wo man zurechtkommt ..

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER:

Meinst Du jetzt Stadtrat Steinmaßl oder Stadtrat Sablik?

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:

Ich glaube, die Geschichte ist genügend durch die Presse gegangen, sie ist bekannt. Ich kann verstehen, bei der Geschwindigkeit, wie sich die Fachleute hin- und herbiegen, die das entscheiden müssen, weil die Öffentlichkeit will man ja da nicht mitreden lassen, man tut sich wirklich schwer. Ich kann das wirklich gut verstehen. Und dann kommen auch noch die lästigen Leute daher, diese Berufsleute, die einfach daherkommen und sagen, nein, das wollen wir alles nicht, wir möchten das alles ganz anders und dieses und jenes, Bürgerinitiativen sind lästig. Heutzutage kannst Du in Steyr nicht mehr geschwind zum Frisör gehen, weil der eine muß dauernd Bürgerinitiative machen, der andere fährt dauernd in den Dschungel - ich wäre fast meine Haare nicht mehr los geworden. Also hint und vorn Schwierigkeiten, obwohl sich die Stadtgemeinde ohnehin so bemüht. Sie macht vorher, wo noch keiner weiß, was passiert, eine öffentliche Anhörung der ganzen Leute. Man kann sich sogar, wenn man die Stadtzeitung regelmäßig bekommt, im Amtsblatt geschwind vorher noch anschauen, welches Pflaster in der nächsten Woche dann in der Enge drinnen sein wird. Ich weiß nicht, was die Leute eigentlich wollen? Ich verstehe das nicht so ganz.

Scherz beiseite, Sie wissen, worauf ich hinaus will. Es ist das einfach irgendwie in einem riesigen Kuddelmuddel in der Öffentlichkeit angekommen. Wenn man die ganze Geschichte mit der Abfahrtsrampe in Zwischenbrücken mit dazu nimmt. Man hat zwar einfach die Leute angehört, sie haben eine Möglichkeit gehabt, zu reden, aber zu dem Zeitpunkt war noch nicht sehr viel zu wissen und zu reden. Und dann ist alles so durcheinander gegangen, daß ich meine, als Gemeinde, die Verantwortlichen, die Fachleute haben sich da eigentlich unter ihrem Wert geschlagen. Das wäre doch eigentlich irgendwie gegangen. Die Post hat doch nicht von heute auf morgen umgegraben, das hat man doch vorher gewußt. Man hätte sich überlegen können, was tut man, was macht man ...

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ein Jahr lang haben wir darüber geredet, aber das ist wahrscheinlich egal. Ein Jahr lang haben wir mit den Leuten gesprochen.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:

Herr Bürgermeister, ich sage ja nur, was in der Öffentlichkeit herauskommt bei dem Ganzen. Viele viele Leute haben gesagt ..

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

In jeder Sektion, bei der Kammer und mit den Leuten wurde darüber gesprochen. Ich weiß nicht, was wir noch bürgernäher machen sollten.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:

Da haben wir anscheinend Entscheidungsdifferenzen. Ich kann halt immer wieder nur bitten, macht doch solche Sachen langsamer, gerade wenn es um den Stadtplatz geht. Davon sind ja besonders viele Leute betroffen, manche von ihnen fühlen sich dann auch betroffen und regen sich dann auch auf, warum kann man nicht solche Dinge ruhiger machen, warum kann man nicht, wenn man ein paar Laternen ausgesucht hat, - die Leute, die da zuständig sind glauben, die wären zum Aushalten - warum kann man die nicht ein Monat lang dort hängen lassen und sagen, wer will, soll seine Meinung äußern. Dann entscheidet man etwas. Warum kann man nicht das Pflaster vier Wochen dort herumstehen lassen. Man kann es jetzt ohnehin wieder nicht fertig machen, weil ein paar Sachen bekommt man sowieso nicht, da muß man wieder bis ins Frühjahr warten. Wäre das nicht noch drinnen gewesen, ein bißchen mehr die Leute zu beteiligen, wo es wirklich etwas zu entscheiden gab, wo sich viele Leute betroffen fühlen, zwischen vier Leuchten aussuchen oder zwischen 3 Sorten Pflaster? Muß das wirklich immer so gehen?

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Kollege Pimsl bitte.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Kollege Pragerstorfer hat sehr humorvoll aber immerhin nicht ganz unrichtig eine Situation geschildert, die halt so oder so ähnlich in der einen oder der anderen Richtung, oder von dem einen oder anderen aber auch von Gruppen diskutiert wurde. Zugegeben. Aber eines ist richtig und da pflichte ich ihm bei. Die Stadt und ihre Mandatäre haben sich in der Frage des Stadtplatzes, wie er wird, unter ihrem Wert geschlagen. Weil wir, glaube ich, und das Ergebnis ist ja jetzt schon sichtbar. Es beruhigt sich ja der chaotische Zustand am Stadtplatz und es wird sichtbar, daß hier der Gemeinderat und die Beamten, die fachlicherseits damit beschäftigt und befaßt sind, sich sehr wohl Gedanken gemacht haben und Überlegungen angestellt haben, die zum Nutzen der Stadt und des Stadtplatzes und der noch mit einbezogenen Umgebung dienlich sind. Man kann sicher auch eine Lösung etwas weniger unter Zeitdruck suchen, man kann da oder dort aus den Gegebenheiten aus Sachzwängen nicht heraus, weil eben, wie beispielsweise der Kanal in der Enge - den konnte niemand voraussehen, wie schlecht oder wie gut er ist. Es hat sich erst gezeigt bei einer Untersuchung, weil ja ansonsten, zumindest meines Wissens nach, kein Anlaß bestanden hat, etwas zu tun, sondern er hat Fehler bereits gehabt, die noch nicht so gravierend waren, daß man ad hoc etwas unternehmen hätte müssen. Aber es war sicherlich sehr vernünftig und richtig, wenn man das sieht und weiß und gleichzeitig die Oberfläche der Enge saniert, daß man den Kanal mitsaniert. Da daraus eine Kritik anzubringen, halte ich nicht für angebracht, aber sie kommt, weil ja der einzelne Bürger nicht in der Lage ist, die Ursachen und die Wirkungen dieser Dinge zu kennen und ihnen nachzugehen. Wir versuchen aber eines, das glaube ich sollte man uns auch zugute halten. Wir haben gerade in der Frage des Stadtplatzes in einer Breite und in einer Dichte die Öffentlichkeit mit eingeladen mitzutun, wie es bisher niemals der Fall gewesen ist. Wenn ich erinnere, Kollege Pragerstorfer, Sie waren noch nicht da, wie im vergangenen Jahr dieselben Leute, die jetzt keine Zeit mehr haben zum Haareschneiden, gegen jede Stadtplatzlösung waren, gegen jede autofreie Zone am Stadtplatz waren. Wir sehen uns in einer gemeinsamen Anstrengung vereint, diese Stadt und vor allem die Innenstadt, die ja historisch ein Juwel darstellt, für uns und für unsere Besucher noch schöner zu machen. Nehmen wir es doch auf uns, daß wir manches Mal kritisiert werden, zu recht kritisiert werden auch, zugegebenerweise, aber versuchen wir eines nicht, wenn es auch humorvoll war. Unsere positiven Anstrengungen dadurch in ein Licht zu setzen, welches die Sache nicht verdient, weil ich nach wie vor überzeugt bin, daß wir hier nach einem Plan, nach einer Überlegung und nach einem Konzept arbeiten, welches zukunftsbezogen für die Stadt das Beste daraus machen läßt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort dazu? Ich bitte den Referenten um das Schlußwort.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Ein Schlußwort erübrigt sich aufgrund der Beiträge.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es Stimmenthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Der nächste Antrag betrifft die Granitsteinpflasterung in der Enge Gasse. Wir sind ein wenig vorgeeilt, aber, aber wir können uns daher gleich ersparen, zum nächsten Akt zu sprechen. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

8) Bau3-1163/88

Granitsteinpflasterung in der Enge Gasse;
Ergänzung des GR-Beschlusses vom 8. 9. 1988.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR-Beschluß vom 8. 9. 1988 wurde der Auftrag zur Gehsteigverbreiterung und der Niveaugestaltung um den Leopoldibrunnen am Stadtplatz an die Fa. Asphalt und Beton Bau-GesmbH, Steyr, zum Preise von S 1,963.146,- inkl. MWSt. vergeben.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 9. 9. 1988 wird einer Auftragserweiterung in der Höhe von S 2,801,753,82 inkl. MWSt. (Pflasterung Enge Gasse, Neustiftgasse - Kleinsteinentfernung und Asphaltierung) zugestimmt.

Zur Entrichtung der Baurate für 1988 wird eine Kreditübertragung im Ausmaß von

S 1,000.000,-- (eine Million)

von der VSt 5/8110/050420.7 auf die VSt 5/6120/002710.1 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditübertragung hat bei der VSt 5/8110/050420.7 zu erfolgen.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Mein dritter Antrag behandelt den Ausbau der Infangstraße - Zufahrt Sportzentrum Glaser, und zwar die Vergabe der Straßenbauarbeiten. Der entsprechende Antrag lautet:

9) Bau 5-2180/86

Bau3-3399/88

Ausbau der Infangstraße - Zufahrt Sportzentrum
Glaser; Vergabe der Straßenbauarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 3. 10. 1988 wird der Auftrag zum Ausbau der Infangstraße - Zufahrt Sportzentrum Glaser an die Fa. Zwettler u. Hamberger, Steyr, zum Preise von S 823.914,- inkl. MWSt übertragen.

Gleichzeitig wird der Freigabe der für die Grundablöse erforderlichen Mittel im Ausmaß von S 152.000,- zugestimmt. Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 493.700,- (vierhundertdreißigtausendsiebenhundert) im Ausmaß von

S 6.300,- (sechstausenddreihundert)

bei der gleichen Voranschlagsstelle bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen. Um die weiteren erforderlichen Mittel wird gesondert nach Vorlage der Schlußrechnung angesucht werden.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Sablik. Zur Erinnerung darf ich sagen, daß es natürlich schon möglich ist, daß man einen Antrag in Kurzform vorträgt, das haben wir doch schon oft gemacht. Es ist ja durchaus möglich, daß ein Antrag z. B. 20 Seiten lang wäre und den gibt man halt dann der Protokollführerin. Lesen können wir ja alle. Das wollte ich nur dazu sagen.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Ich danke für die Aufklärung, ich werde mir das zu Herzen nehmen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht jemand zu diesem Antrag das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Mein letzter Antrag betrifft den Städt. Wirtschaftshof, und zwar die Schaffung von überdachten Lager- und Abstellflächen, Errichtung eines Flugdaches.

10) Bau5-5515/88

Städt. Wirtschaftshof; Schaffung von überdachten Lager- und Abstellflächen - Errichtung eines Flugdaches.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VII vom 30. 9. 1988 werden im Zusammenhang mit der Errichtung eines Flugdaches am Städt. Wirtschaftshof nachstehende Aufträge vergeben:

- 1) Herstellung der Betonfundamente:
Städt. Wirtschaftshof zum Preise von S 180.000,- inkl. MWSt
- 2) Errichtung der Stahlkonstruktion:
Fa. Riesner, Steyr, zum Preise von S 578.112,- inkl. MWSt
- 3) Asphaltierung der Abstellfläche:
Fa. Zwettler, Steyr, zum Preise von S 69.000,- inkl. MWSt
- 4) Elektroinstallation:
EBG, Steyr, zum Preise von S 51.144,24 " "

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 55.000,- (fünfundfünfzigtausend)

bei der VSt 5/8460/010000.5 freigegeben sowie eine Kreditüber-

schreitung im Ausmaß von

S 677.500,- (sechshundertsiebenundsiebzigtausendfünfhundert) bei der gleichen Voranschlagsstelle bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Auch hier ersuche ich um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wortmeldungen dazu? Keine. Ich bitte, zum Zeichen der Zustimmung die Hand zu erheben? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

Ich danke Kollegen Sablik für seine Berichte. Nächster Berichterstatter ist Kollege Schloßgangl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Meine sehr geehrten Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Bei meinem ersten Antrag handelt es sich um eine Flächenwidmungsplanänderung, um die Herr Leopold Schachner angesucht hat. Das Grundstück befindet sich am Stadtrand und wird im Süden von der Sierninger Straße, im Osten von der Trollmannstraße und im Norden von der bestehenden Bebauung der Gründbergsiedlung und im Westen vom angrenzenden Acker begrenzt. Das Grundstück soll von Wohngebiet in gemischtes Baugebiet umgewidmet werden. Weiters ist beabsichtigt, darauf später einen Karosseriefachbetrieb zu errichten. Seitens des Stadtbauamtes wurden Vorerhebungen durchgeführt und dabei festgestellt, dem gewünschten Umdwidmungsverfahren zuzustimmen, da keine Gründe dagegen sprechen. Auch in der Sitzung des Bauausschusses wurde das gegenständliche Umdwidmungsansuchen positiv begutachtet. Im Zuge des eingeleiteten Flächenwidmungsplanänderungsverfahrens hat auch das Amt der OÖ. Landesregierung grundsätzlich keinen Einwand erhoben. Lediglich von den Anrainern wurden wegen starker Geruchs-, Lärm- und Staubbelästigungen, verursacht durch den Verkehr auf der Voralpenbundesstraße sowie durch den Betrieb einer Druckerei im Falle der Errichtung eines Karosseriefachbetriebes wesentliche Erhöhungen der Belästigung befürchtet. Diese Einwände wurden auch vorgebracht. Es wurde daraufhin einvernehmlich mit dem Stadtbauamt die Schaffung eines 3m breiten Immissionschutzstreifens zur Liegenschaft Trollmannstraße 1 vorgeschlagen, die, ähnlich wie bei der Fa. Hilbert, eine wesentliche Verbesserung der Verhältnisse erwarten läßt. Da ein öffentliches Interesse an der Umdwidmung durch die Verbesserung der Infrastruktur und durch die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen im Stadtgebiet gegeben ist, soll diese Flächenwidmungsplanänderung nun zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Der Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses hat folgenden Wortlaut.

11) Bau2-6435/87

Flächenwidmungsplanänderung Nr. 47 - Schachner Leopold.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Flächenwidmungsplanänderung Nr. 47 - Schachner Leopold - entsprechend dem Änderungsplan des Magistrates der Stadt Steyr vom 3. November 1987, wird nach Maßgabe des Amtsberichtes der Mag. Abt. XI vom 1. September 1988 beschlossen.

Ich darf Sie um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es zu diesem Antrag gegenteilige Meinungen? Stimmenthaltung? Beides nicht, der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag betrifft die Kanalisation Münchenholz, die Errichtung eines Pumpwerkes bei der Forelle und Ergänzung des GR-Beschlusses vom 8. 9. 1988.

12) Bau6-5381/87

Kanalisation Münchenholz - Errichtung Pumpwerk Forelle;
Ergänzung des GR-Beschlusses vom 8. 9. 1988.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR-Beschluß vom 8. 9. 1988 wurden unter anderem die Erd- und Baumeisterarbeiten sowie die maschinelle und elektrotechnischen Einrichtungsarbeiten zur Errichtung des Pumpwerkes Forelle an die Fa. Hamberger, Steyr, als Generalunternehmer zum Preis von S 1.463.269,36 exkl. MWSt., vorbehaltlich der Zustimmung des Wasserwirtschaftsfonds, vergeben.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III namens der städt. Kanalverwaltung vom 2. 9. 1988 wird nunmehr, um den Forderungen der Vergabekommission des Wasserwirtschaftsfonds nachzukommen, diese Auftragsvergabe wie folgt abgeändert:

1) Erd- und Baumeisterarbeiten:

Fa. Hamberger, Steyr, zum Preis von S 778.132,-- exkl. MWSt

2) Maschinelle Ausrüstung:

Fa. Ing. Aigner, Neuhofen, zum Preise von S 499.658,05 exkl. MWSt

3) Elektrotechnische Einrichtung:

Fa. Enzlberger, Steyr, zum Preise von S 155.111,-- exkl. MWSt

Da diese Auftragsvergabe eine Einsparung von S 33.000,- bewirkt, kann mit den mit GR-Beschluß vom 8. 9. 1988 freigegebenen Mitteln das Auslangen gefunden werden.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem.

§ 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wird dazu eine Wortmeldung gewünscht? Auch nicht. Gegenteilige Meinung? Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag betrifft die Abwasserbeseitigungsanlage der Stadt Steyr, Bauabschnitt 06.

13) Ha-3136/74

Abwasserbeseitigungsanlage der Stadt Steyr - Bauabschnitt 06;

Darlehen des Wasserwirtschaftsfonds.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III namens der städt. Kanalverwaltung vom 30. 8. 1988 wird der Annahme eines der Stadt Steyr für den Bauabschnitt 06 vom Wasserwirtschaftsfonds gewährten Darlehens in der Höhe von S 24.750.000,- zugestimmt.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Auch hier darf ich um Annahme ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wortmeldungen dazu gewünscht? Keine. Gibt es Gegenstimmen? Gibt es Enthaltungen? Auch dieser Antrag ist so beschlossen

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Bei meinem letzten Antrag geht es um die Verbesserung von Kanälen im Bereich der Enge Gasse.

14) Bau6-5667/88

Verbesserung und Neubau von Kanälen
im Bereich der Enge Gasse.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III namens der städt. Kanalverwaltung vom 13. 9. 1988 wird der Auftrag zur Verbesserung und zum Neubau von Kanälen im Bereich der Enge Gasse an die Fa. Adami Steyr, zum Preise von S 408.171,- exkl. MWSt übertragen.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 409.000,-- (vierhundertneuntausend)

werden bei der VSt 5/8110/050420.7 freigegeben.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem.

§ 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es gegenteilige Auffassungen? Stimmenthaltungen? Der Antrag ist so angenommen.

Ich danke Kollegen Schloßgangl für seine Berichte. Nächster Berichterstatter ist Stadtrat Steinmaßl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, wertige Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf Ihnen heute einen Dringlichkeitsbeschuß zur nachträglichen Genehmigung vortragen. Und zwar handelt es sich um eine Ergänzung zum GR-Beschluß vom 3. 3. 1988.

15) ÖAG-946/88

Stadtwerke

Gas- und Wasserwerk; Jahresbedarf an Sphärogußrohren und Formstücken; Ergänzung zum GR-Beschluß vom 3. 3. 1988.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR-Beschluß vom 3. 3. 1988 wurde dem Ankauf von Sphäro-

gußrohren und Formstücken für die beiden Teilbetriebe Gas- und Wasserwerk im Gesamtausmaß von S 4,529.014,- exkl. MWSt. bei der Fa. VÖEST-Alpine Rohstoffhandel GesmbH, Salzburg, zugestimmt. Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 29. 9. 1988 wird nunmehr eine Erweiterung dieses Auftrages im Ausmaß von S 1,461.200,- exkl. MWSt bewilligt. Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken unter Inanspruchnahme des bei der Länderbank Steyr laufenden Betriebsmittelkredites aufzubringen.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Gibt es dazu Wortmeldungen? Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Auch dieser Antrag ist einstimmig beschlossen.

Ich danke Kollegen Steinmaßl für seinen Vortrag. Letzter Bericht-erstatte ist Stadtrat Zöchling.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Werter Herr Bürgermeister, werde Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Ich darf Ihnen heute drei Anträge zur Beschlußfassung vorlegen. Die ersten zwei betreffen Grundverkäufe von unseren Gewerbegegründeten.

16) ÖAG-2670/88

Ansuchen der Fa. Berger - Elektroinstallationen um Ankauf einer Teilfläche aus den Schützenhofergründen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des entsprechenden Amtsberichtes wird dem Verkauf einer Teilfläche des Grundstückes 1760/3, KG. Steyr (ehemalige Schützenhofer-Gründe) im ungefähren Ausmaß von 3.214 m² an die Fa. Elektro-Berger, 4400 Steyr, Bergerweg 1, zu nachstehenden Bedingungen zugestimmt:

Der Kaufpreis beträgt S 350,-/m² und ist in 3 gleichen Jahresraten zu begleichen, wobei die erste Rate bei Vertragsabschluß zu bezahlen ist und die beiden weiteren Teilbeträge jeweils ein Jahr danach zur Vorschreibung gelangen. Auf eine Verzinsung der aushaftenden Raten wird verzichtet, jedoch wird Wertsicherung nach dem Verbraucherpreisindex 1986 vereinbart. Der zum Zeitpunkt der Verbücherung des Kaufvertrages aushaftende Kaufpreisrest wird grundbücherlich sichergestellt, die Stadt räumt jedoch Investitionskrediten der Käuferin den grundbücherlichen Vorrang ein.

Die Käuferin verpflichtet sich, binnen 3 Jahren nach Vertragsabschluß ein Betriebsobjekt zur Führung eines Gewerbebetriebes der Elektrobranche zu errichten und zu betreiben. Zur Sicherung dieser Verpflichtung behält sich die Stadt ein Vor- und Wiederkaufsrecht am Kaufgrundstück vor.

Sämtliche in Verbindung mit dem abzuschließenden Kaufvertrag stehenden Abgaben, Steuern und Gebühren sind von der Käuferin zu tragen. Überdies hat die Käuferin die notwendige Gehsteigverlängerung um 30 m sowie eine Straßenbeleuchtung auf eigene Kosten zu errichten.

Die Vermessungskosten werden von der Stadt getragen. Auf den An-

liegerbeitrag für die Fahrbahnerstellung wird verzichtet, die Kanalanschlußgebühr wird auf den Satz für Kanalaltbaugelände reduziert. Die Kosten allfälliger Anschlußmaßnahmen für Kanal- und Wasserleitungen übernimmt ebenfalls die Stadt.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Kollege Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich hatte ja bereits mehrmals die Gelegenheit, für die freiheitliche Gemeinderatsfraktion eine grundsätzliche positive Stellungnahme zu Gewerbe- und Betriebsförderungen abzugeben. Verbunden war aber diese positive Einstellung, darauf möchte ich auch heute hinweisen, immer mit dem Gedanken und dem Verlangen, auf bodenständige einheimische Betriebe nicht zu vergessen und Gewerbeförderungsmaßnahmen und Akzente entsprechend einzusetzen.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, gerade die Tatsache, daß in den letzten Jahren eine Reihe von Betrieben wegen mangelnder Förderungsmaßnahmen seitens der Stadt unser Gemeindegebiet verlassen haben und damit hunderte Arbeitsplätze mit den weiteren negativen Folgen für unsere Stadt verloren gingen. Das ist der Beweis dafür, wie notwendig Förderungsmaßnahmen sind. Ich werde daher alle Förderungsmaßnahmen unterstützen, die geeignet sind, der Abwanderungstendenz entgegenzutreten und alle Maßnahmen unterstützen, so wie vorhin, die geeignet sind, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dem Antrag werde ich die Zustimmung geben.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Kollege Pragerstorfer bitte.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:

Kolleginnen und Kollegen - Gewerbe- und Betriebsförderung, 2. Teil. Wie ich schon beim ersten Mal gesagt habe, grundsätzlich bin ich eigentlich nicht sehr für Gewerbe- und Betriebsförderung. Ich finde, das Gewerbe soll sich selbst trauen. Ich glaube aber, daß im Subventionswettbewerb sich die Stadt nicht heraushalten kann, sonst werden wir das sehr nachhaltig spüren.

Was mich bei diesen Gründen, überhaupt bei der ganzen Sache Enns- und Haager Straße unangenehm berührt, ist die mit diesen Bauten verbundene Verschandelung unserer Stadt. Unsere Stadt ist ausgesprochen schön, wenn man den zentralen Teil sieht, Wenn man von außen her nach Steyr kommt, kann man eigentlich Steyr charakteristisch nicht erkennen. Es ist ziemlich egal, ob man nach Vöcklabruck hineinfährt, nach Wels, nach Steyr, nach St. Pölten, oder wo immer man möchte in Mitteleuropa oder Nordamerika. Die Stadt wird durch diese Bauten relativ gesichtslos. Das finde ich eigentlich sehr sehr bedauerlich. Ich finde es schlimm, wenn Gewerbetreibende sagen, ich baue so billig wie es geht, wie es aussieht, ist mir egal. Ich finde, daß es bei einer Firma für das Äußere und auch den Kunden gegenüber nicht sehr sinnvoll ist, wenn man sich auf billigste Tour seinen eigenen Kunden präsentiert.

Die Firma, die ich mitbesitze, hat das auch nicht getan. Wir haben uns im Wehrgraben eingekauft und haben ein altes Haus revitalisiert. Natürlich geht das auch nicht für jeden von der Art des Gewerbes und von den Möglichkeiten her. Wir haben versucht, auf diesem Sektor ein Beispiel zu geben.

Meine Bitte, mein Appell an den Herrn Magistratsdirektor, an die Baufachleute, man muß doch irgend etwas tun können, um diesen Dingen ein wenig entgegenzuwirken. Wäre es nicht möglich, wenn man schon Subventionen gibt und Förderungen und die Stadt das Land besitzt, daß man da irgendwelche baulichen Maßnahmen, Zwischen-Grüngürtel oder irgend welche andere Maßnahmen findet, damit das Ganze nicht so fürchterlich aussieht.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich hätte mich nicht zu Wort gemeldet, zu diesem Tagesordnungspunkt, und auch nicht zum nächsten, weil ich ja als Mandatar im Finanz- und Rechtsausschuß die Möglichkeit hatte, und diese Möglichkeit immer wahrnehme, um die Dinge richtig zu deuten. Ich bin hier bei Berger so wie auch beim nächsten Antrag der Auffassung, im Gegensatz zu meiner ersten Meinung, daß man die alteingesessene Firma Berger unterstützen soll bei der Gründung eines neuen Betriebes. Allerdings bleibt nach wie vor auch die Auffassung, aufrecht, daß ich mich entschieden dagegen ausspreche gegen bestimmte Lizitationen, aber auch Erpressungen von Firmen, die aufgrund der gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse in Steyr und Umgebung die Stadt immer wieder zwingen, größere Gewerbeförderungsmaßnahmen zu setzen. Ich kann überhaupt nicht verstehen, heute gehen zwar schon alle auf Dich los, ich bin der Letzte, der immer auf den Schwächsten losgeht. Aber ich glaube, gerade bei diesen Firmen zu sagen, ich bin immer dafür und es wird noch zu wenig gegeben. Er sitzt in diesem Ausschuß und hört die ganzen Vorverhandlungen und harten Auseinandersetzungen zwischen den Beamten, Vizebürgermeistern und Bürgermeister, wo immer wieder klar zum Ausdruck kommt, daß sie teilweise sogar erpreßt werden, weil sie sonst eben abwandern in andere Nachbargemeinden. Daher, glaube ich, soll man mit solchen Äußerungen in der Öffentlichkeit äußerst vorsichtig sein.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Aber mit Erpressungen soll man auch vorsichtig sein.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Das ist ja ganz klar zum Ausdruck gekommen und das zeigt ja auch, was Sie in der Öffentlichkeit sagen, nicht nur im Gemeinderat. Auch gewisse Herren des Wirtschaft nennen uns ja noch ganz etwas anderes in der Stadt. Nämlich nicht, wie gescheit wir sind bei manchen Förderungsbewilligungen usw., die gewährleistet werden. Hier soll man es wirklich beim Namen nennen, auch die Firma als alteingesessene Firma hat ihr Objekt verkauft zu einem bestimmten guten Preis und ist die Verpflichtung eingegangen, daß sie das Restgebäude zu einem bestimmten Zeitpunkt räumt, Daher ist es notwendig, daß sie dort auszieht. So ist auch die Tatsache.

Gleichzeitig bin ich der Auffassung, daß man eben in Zukunft stärker wie bisher - es ist ja schon zum Ausdruck gekommen, man wird es tun. Alleine bei dieser Zurverfügungstellung des Grundes von über 3.240 m² zu diesem Vorzugs-Quadratmeterpreis von S 350,- zahlt die Gemeinde de facto an Gewerbeförderung für Berger allein aus diesem Grund ca. S 1,6 Millionen, weil der Grund für uns halt S 850,- kostet, wenn man das hochrechnet.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Aber für diese Zwecke ist der Grund angekauft worden, um Gewerbeförderung zu betreiben.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Aber wirklich nicht, mein lieber Freund. Der Grund ist aus ganz anderen Gründen gekauft worden, nur vergißt Du das.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht noch jemand zu sprechen?

Kollege Wippersberger bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Kollege Treml hat bei einem anderen Tagesordnungspunkt hingewiesen, daß seiner Ansicht nach in den letzten 10 Jahren, wenn ich richtig verstanden habe, unsere Gemeinde an die S 150 Millionen für Gewerbeförderung ausgegeben hat. Das könnte auch etwa stimmen. Ich habe schon gesagt, wir werden eine Auflistung durchführen, was wir an direkten und an indirekten Gewerbeförderungen ausgegeben haben. Es kann durchaus sein, daß diese Summe ungefähr erreicht wird. Ich frage mich nur, wie lange die Stadt aufgrund der Finanzlage das noch aushalten wird. Es ist mir klar, daß wir alles tun müssen, um Betriebe, die hier in Steyr ansässig sind, zu halten und daß wir darüberhinaus versuchen müssen, neue Betriebe nach Steyr herzubekommen. Deswegen haben wir ja so gewaltige Summen ausgegeben. Irgendwo wird auch da eine Grenze sein und das Wort Erpressung ist in diesem Zusammenhang auch gefallen. Eines steht fest, Kollege Eichhübl hat erklärt, es sind einige Betriebe weg von Steyr, weil wir die Gewerbeförderung nicht gewährt haben. Lieber Kollege Eichhübl ..

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Es war nicht nur die Gewerbeförderung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

.. wir können halt Grundstücke, die wir um S 500,-, S 600,- oder S 700,- gekauft haben nicht einfach herschenken und vielleicht auch noch eine Halle für den bauen und vielleicht die Arbeiter anmieten. Die Forderungen, die an uns herangetragen werden, sind ganz ganz gewaltig. Die kommen und sagen, wir kommen nur unter diesen oder jenen Bedingungen. Da ist eine Firma gekommen und hat gesagt, was, S 700,- hat der Grund gekostet, das interessiert mich nicht. S 150,- bezahle ich Euch und wenn Ihr nicht einverstanden seid, meine Herrschaften, dann gehe ich wieder, ich habe ohnehin genug Arbeit. So wird zum Teil mit uns gesprochen. Deshalb tun wir uns schon im Hinblick auf die Finanzlage schwer. Ich darf nochmals auch als Finanzreferent das Versprechen abge-

ben, wir versuchen alles, Betrieben, die hier ansässig sind, zu helfen, obwohl wir vom Gesetz her das nicht tun müßten und wir versuchen alles, auch neue Betriebe nach Steyr herzubekommen. Das möchte ich ganz deutlich unterstreichen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Es hat sich niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich bitte daher den Referenten um das Schlußwort.

STADTRAT JOAHNN ZÖCHLING:

Ich glaube, Vizebürgermeister Wippersberger hat mir das Schlußwort vorweggenommen, ich wollte so ähnlich argumentieren.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Zum nächsten Grundverkauf, ebenfalls aus den Schützenhofergründen, an die Fa. Lesiak darf ich sagen, daß nach Abschluß der Vorverhandlungen der Käufer wiederum zu Herrn Vizebürgermeister Wippersberger gekommen ist und ersucht hat, einen günstigeren Erwerb zu erreichen. Vor allen Dingen strebt er eine Verminderung des Quadratmeterpreises an, ist aber bereit, diesen Kaufschilling nach Kaufvertrag innerhalb von 14 Tagen zu entrichten. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

17) ÖAG-4534/87

Ansuchen der Fa. Lesiak - Autohaus um Ankauf einer Teilfläche aus den Schützenhofer-Gründen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes wird dem Verkauf eines rund 5.300 m² großen Teilstücken aus den ehemaligen Schützenhofergründen an das Autohaus Lesiak, 4400 Steyr, Haager Straße 18, zu einem Kaufpreis von S 400,-/m² zugestimmt. Der anteilige Straßengrund im Ausmaß von rund 250 m² ist zum selben Kaufpreis mitzuerwerben. Die Bezahlung des gesamten Kaufpreises hat innerhalb von zwei Wochen nach Vertragsabschluß zu erfolgen.

Die Kosten der Vertragserrichtung sowie alle im Zusammenhang damit zur Vorschreibung gelangenden Abgaben, Steuern und Gebühren hat der Käufer zu tragen. Die Kosten der Vermessung werden von der Stadt übernommen, ebenso allenfalls durchzuführende Baumaßnahmen an Kanal- und Wasserleitung.

Der Firma Lesiak wird Gewerbebeförderung in der Form gewährt, daß auf die Einhebung von Anliegerbeiträgen verzichtet wird und der Satz für Kanalaltbaugebiet als Kanalanschlußgebühr zur Verrechnung gelangt. Der Verkauf erfolgt zum Zwecke der Errichtung eines Autohauses. Zur Sicherung der Verpflichtung behält sich die Stadt ein Vor- und Wiederkaufsrecht an der Liegenschaft vor. Im übrigen gelten die im Amtsbericht angeführten Bedingungen.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Gibt es eine Enthaltung? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Der letzte Antrag lautet:

18) Bau2-5535/88

Übernahme des Grundstückes 323/2, KG
Steyr, in das öffentliche Gut.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 30. 9. 1988 wird der Übernahme der Parzelle 323/2, KG Steyr, welche eine Zufahrt zu den etwas abseits gelegenen Grundstücken 323/3 - 6 und 323/10 darstellt, in das öffentliche Gut als Ortschaftsweg zugestimmt.

Ich bitte um Annahme des Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wortmeldungen oder Fragen? Gegenstimmen oder Enthaltungen? Keine. Dieser letzte Antrag ist somit einstimmig beschlossen.

Ich danke Kollegen Zöchling für die Berichte.

Damit sind die Verhandlungsgegenstände erledigt und wir kommen zur Aktuellen Stunde.

Beginn der Aktuellen Stunde: 16.45 Uhr

Für die Sozialistische Fraktion bitte ich Kollegen Pimsl.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Meine Herren Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Vor etwa zwei Jahren habe ich versucht, in einem Bildbericht im Amtsblatt der Stadt Steyr auf die permanente Verschandelung der Stadt durch die Werbewirtschaft hinzuweisen und eine gewisse Bewußtseinsbildung der Bevölkerung zu verstärken und gleichzeitig damit zu erreichen, daß, wo es möglich ist, auf öffentlichem Gut eine Einschränkung dieser Werbeflächen erzielt wird. Dort, wo es im privaten Bereich geschieht, durch Appelle auf eine Verbesserung hinzuwirken. Das ist einige Zeit gut gegangen. Über Weisung des Bürgermeisters wurden die Bewilligungen zusätzlicher Werbeflächen nicht mehr erteilt, obwohl hier ein Vertrag mit einer Werbefirma darüber besteht, solche erteilen zu können nicht zu müssen. Es ist durchaus zwar nicht besser, aber nicht schlechter geworden. Es hat aber nur kurze Zeit gedauert, da hat man dann einen anderen Weg gefunden. Ein Privater tritt an die Stadt heran um eine befristete Aufstellung von großflächigen Werbeträgern und da brüllen dann die Löwen herunter von dieser Werbefläche und kurz vor Ablauf dieses Vertrages - das macht ja eine Firma und nicht der Firmeninhaber selbst diese Werbeankündigung - werden dann andere Werbematerialien großflächiger Natur angebracht. Und diese mobilen Werbeständer bleiben halt dann stehen. Wenn man das dann so beobachtet, dann werden es über Nacht statt einem zwei, aus zwei werden vier und so vermehren sie sich fast endlos. Es gibt dann hin und wieder Zores, weil bei starkem Sturm solche mobilen Werbeträger dann auf den Straßen

liegen und auch die Menschen hin und wieder gefährden, aber das stört ja die Firmen selbst nicht, das ist eine Angelegenheit, die sie kaum berührt. Auf einmal merkt man, daß aus den mobilen Werbeflächen stationäre werden und über Nacht werden dann Pfosten eingegraben und Werbeflächen festgesetzt. Wenn Sie durch die Stadt gehen, so werden Sie feststellen, daß es kaum einen Straßenzug gibt, der noch so abseits gelegen ist, daß 8 bis 12 solcher großflächigen Werbetafeln aufgestellt wurden. Wenn Sie heute beispielsweise auf der Enns-er Straße stadteinwärts oder stadtauswärts fahren, dann glauben Sie, Sie sind bereits im tiefsten Süden Italiens, wo man schon vor Jahrhunderten ähnliche oder gleiche Verhältnisse vorgefunden hat. Kollege Pragerstorfer hat ja auf die Gebäude verwiesen und das trägt sicher auch dazu bei, daß das Gesamtbild unserer Stadt eher einen fremdländischen Charakter hat und nicht mehr mit unseren eigenen Vorstellungen übereinstimmt. Wenn man dann der ganzen Sache nachgeht, so stellt man fest, daß man hier mit einer Unverfrorenheit sondergleichen konsenslos diese Werbeflächen aufstellt.

Ich glaube, Kolleginnen und Kollegen, so kann es nicht sein. Soweit die Stadt über Eigentum verfügt, das ist die Wohnungsgenossenschaft der Stadt Steyr und öffentliches Gut, wird in einer Art entfremdet und widerrechtlich für Werbezwecke mißbraucht, der man nicht mehr tatenlos zusehen kann.

Ich bitte daher Dich, Herr Bürgermeister, einen entsprechenden Auftrag zu geben, daß alle jene Werbeflächen, die in den letzten Monaten vor allem konsenslos errichtet wurden, rigoros durch die Stadt entfernt werden nach Kosten der Aufstellung. Denn was wir hier machen, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, ist nicht mehr eine Verschandelung, das ist schon eine Vergewaltigung der Stadt und ihrer Bevölkerung. Man kann heute beispielsweise kaum mehr ein Haus erkennen oder sehen, weil man sich vorerst durch eine Flut von Werbeträgern durcharbeiten muß um dorthin zu gelangen, wo Sie hinwollen. Wenn wir von dieser Stelle aus nicht dem energisch entgegenwirken, werden uns wahrscheinlich einige Firmen sogar noch vor der Türe entsprechende Werbeankündigungen anbringen, damit sie ihre Möglichkeiten restlos ausschöpfen können. Das geht doch nicht! Hier geht es doch nicht so sehr um Umweltschutz, aber doch um Natur-, um Landschaftsschutz. Es ist es doch wert, unsere Stadt von solchen Erscheinungen nicht nur fern zu halten, sondern auch den Zustand zu beenden und zu verbessern. In diesem Sinne, Herr Bürgermeister, mein Appell. Ich bitte um Ihre tatkräftige Mitwirkung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Kollege Pimsel hat mich hier angesprochen, und ich darf als Bürgermeister darauf hinweisen, ich habe bei der Diskussion über die Gebührenregulierung schon kurz darauf hingewiesen. Es ist wirklich so, daß von Gästen, die in unsere Stadt kommen, aber natürlich auch von vielen Bewohnern unserer Stadt diese Problematik immer wieder herangetragen wird. Es gibt ja eine diesbezügliche Verordnung und ich bin auch der Meinung, daß eine rigorose Anwendung der Bestimmungen in diesem Sinne durchgeführt werden soll, konsenslos bzw. ohne Genehmigung aufgestellte Tafeln, die der kommerziellen Werbung dienen, da bin ich auch der Meinung, daß man sie entsprechend entfernen soll. Das ist im Dienste unserer

Stadt. Wir sehen als besonderen Schwerpunkt sicher auch unseren Fremdenverkehr und das wäre auch ein gewisser Beitrag dazu, wenn man in dieser Richtung entsprechend vorgeht. Ich darf versichern, daß die notwendigen Weisungen ergehen, daß die zuständigen Abteilungen und Referenten angewiesen werden, sich dieses Problems ganz besonders anzunehmen. Die ÖVP zu diesem Problem? Kollege Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Sicher ist zu unterstreichen, daß die Werbeflächen eine Tendenz zur Vermehrung aufweisen, die mit logischem Verstand nicht zu erklären ist, weil sie ja nicht aus sich vermehrungsfähig sind. Das Thema ist korrekt angerissen, ich bin auch dafür, daß das durchforstet wird, wenn möglich aber nicht ein-, sondern zweiäugig. Es gibt also verschiedene Herkünfte von Werbefirmen, es betrifft aber alle Augen, eines aber ganz besonders stark. Ich würde also um Zweiäugigkeit ersuchen beim Betrachten. Ich glaube, wir brauchen uns jetzt nicht Firmen gegenseitig vorrechnen, das soll man auch gar nicht.

Ein zweites Thema möchte ich ergänzend dazunehmen, das ist auch erschreckend. Wenn man in Steyr einen Wegweiser sucht, so findet man ihn kaum mehr, weil - nicht böse sein, Herr Pragerstorfer - die grünen wuchern, die grünen Hinweisschilder. Es gibt ein paar Unternehmen, die gehen den korrekten Weg. Die suchen bei der Behörde an um die Bewilligung zur Aufstellung oder zur Anbringung eines internen grünen Hinweisschildes auf irgend eine besondere Betriebsstätte, fast keiner erhält eine Bewilligung. Es gibt andere, die gehen bei Nacht und Nebel mit Leiter, Schraubenzieher und einem Schlosser durch die Gegend, und auf einmal hängen wieder 10 Hinweise auf eine Pizzeria oder ähnliches konsenslos auf Lichtmasten usw. Der Beleuchtungsstadtrat wird mir recht geben, daß die Elektriker gelegentlich sogar Schwierigkeiten haben zu Klemmstellen zu gelangen, weil dort, wo die Zugangsöffnung ist, hängt plötzlich ein Hinweisschild. Wie ich den Beleuchtungsstadtrat kenne, ist er jedem einzelnen Fall persönlich nachgegangen. Bei diesen grünen Hinweistafeln müßte man sich Gedanken machen und das in den Griff bekommen.

Ich habe ein Taferl und dessen Werdegang selbst beobachtet. In der Nacht war es montiert, im Laufe des Tages wurde es demontiert, weil es auf einer Klemmstelle war und am nächsten Tag hing das Taferl wieder fest oben. Das ist Beschäftigungspolitik, wie wir sie nicht machen wollen.

Ich würde also ersuchen, daß das auch ins Auge gefaßt wird, diese konsenslos angebrachten grünen Hinweisschilder. Daß man vielleicht auch Grundsätze findet, wer soll überhaupt die Möglichkeit haben, mit einem Taferl auf sich aufmerksam zu machen. Denn jeder, der es jetzt noch versucht, der geht ohnehin schon irre. Weil ja in der Menge dieser Ankündigungen ja die einzelne ohnehin schon untergehen muß. Ursprünglich waren das Hinweise auf Stadtteile, die grünen Wegzeichen, auf bedeutsame Betriebe oder Betriebsstätten. Aber heute schaut es ganz anders aus. Ich glaube, auch da sollte man darangehen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Die GAL zu diesem Problem? Bitte.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:

Von den Plakaten zum Schilderwald. Bei den Plakaten durchaus Ihrer Meinung. Ich glaube, nachdem es sogar den eigenen Werbering, so darf ich das sagen, trifft. Zu den Schildern auch Ihrer Meinung. Ein weiteres Problem, das mir in Steyr immer wieder als Autofahrer auffällt, auch der Verkehrsschilderwald wird immer größer. Es hat ja vor einiger Zeit sogar einmal einen Prozeß bis zum obersten Gerichtshof gegeben, wo in Wien irgend einer den obersten Gerichtshof davon überzeugt hat, daß so viele Schilder auf der Straße sind, daß ein normaler Mensch gar nicht mehr alle sehen kann. Wenn wir schon bei diesen Dingen sind, bitte auch die Anregung im Verkehrsausschuß usw., daß man diese Dinge mehr ins Augenmerk nimmt und durchforstet.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Die KPÖ dazu? Gemeinderat Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Wir haben heute schon einmal im Zuge eines Tagesordnungspunktes diese Frage angezogen und ich glaube, wenn gerade das ein Problem der Mehrheitsfraktion, der sozialistischen Partei sei, dann gäbe es ja Handhaben dazu, nämlich die im Gesetz festgelegt sind. Ich glaube, wir sind uns einig, daß man gegen die Verschandelung auftritt, die durch die Werbegroßflächen usw. hervorgerufen werden. Ich habe dieses Thema im Umweltausschuß aber auch im Gemeinderat des öfteren schon behandelt und ich glaube, daß es auch einer bestimmten Vorbereitung bedarf von einem Ausschuß - wahrscheinlich vom Umweltausschuß, weil das ja eine Umweltverschandelung darstellt - und daß man bestimmte Standplätze festlegt und die bestehenden, wild errichteten Großwerbeflächen einschränkt. Und zwar auch jene Großwerbeflächen, die einen mobilen Charakter haben. Wenn da angeschnitten wurde die Enns-er Straße, daß man dort wie in Italien oder in einem ähnlichen Land sich fühlt, wenn man hereinfährt, dann muß ich schon darauf hinweisen, daß es in erster Linie dort der Grund der Steyr-Daimler-Puch AG ist und nicht nur die Werbetafeln dort die Einfahrt verschandeln, sondern es ein ehemaliges Reparaturwerk gibt - es hat damals geheißen die FLAK, - Fliegerabwehrkanonen - wo man Baracken errichtet hat während des zweiten Weltkrieges und dort diese Fliegerabwehrkanonen untergebracht hat und später dann im Rahmen der Rüstungsproduktion umfunktioniert auf eine Reparaturwerkstätte. Dort, obwohl seit vielen Jahren die neue Repa entstanden ist, existieren noch diese Baracken. Das ist eigentlich die letzte Baracke in unserem Stadtgebiet. Aber niemand außer den bösen Kommunisten, die das schon früher angeschnitten haben, getraut sich, dieses Problem anzugreifen. Ich habe das z. B. angegriffen im Zusammenhang der Erweiterung der GFM. Man wollte nur einen Teil, ich glaube, es war notwendig, 20 Meter südlich der GFM - wenn man genau schaut, sieht man dort diese Kranbahn. Sie läuft ins Freie, denn die Steyr-Wer-

ke waren nicht bereit zu verkaufen. Sie waren auch nicht bereit, dort Sanierungsmaßnahmen durchzuführen. Das nur nebenbei, denn das gehört auch irgendwie dazu. Entscheidend glaube ich wird sein, da wundert mich, daß heute der Herr Magistratsdirektor Dr. Knapp so ruhig bei uns hier sitzt und keine aufklärenden Worte spricht für das Präsidium. Was ja sonst gemacht wird, wenn wir von der Opposition auftreten und etwas nicht ganz richtig sagen. Ich glaube, alles ist auch nicht ganz richtig, was ich und auch die anderen gesagt haben. Denn die gesetzlichen Möglichkeiten der Stadt sind ja sehr eingeschränkt. Ich bin kein Jurist, aber soweit ich informiert bin, ist es ja so, daß wir als Stadt nur dann einschreiten können, wenn Großwerbeflächen auf gemeindeeigenem Grund aufgestellt werden. Das würde aber bedeuten, daß der Kampf der Einschränkung in der Richtung gehen müßte, nämlich der Gesetzesänderung eines Landesgesetzes. Das muß man ja dazusagen.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wir haben ja diese Verordnung schon beschlossen gehabt.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ja die Stadt. Aber das ist die Tatsache, wir müssen halt als Gemeinde geschlossen versuchen Einfluß zu nehmen, daß eine Novellierung des Landesgesetzes erfolgen soll. Sonst ist das leeres Gerede.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Die FPÖ zu diesem Problem? Kollege Eichhübl bitte!

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren Bürgermeister!

Keine Angst, ich bringe keine neuen Baracken, die irgendwo herumstehen oder Taferln in die Diskussion, sondern komme zu dem Thema zurück, worum es sich eigentlich gehandelt hat, nämlich um die Aufstellung von Großflächen-Werbetafeln auf öffentlichem Gut oder Gut der GWG. Kollege Pimsl hat durchaus zurecht dieses Thema aufgegriffen. Es gibt ja gesetzliche Maßnahmen, dagegen einzuschreiten und ich bedauere, daß das bis jetzt nicht geschehen ist. Sicher hat man da eine etwas zu lockere Hand gehabt. Das nimmt aber wirklich überhand. Selbstverständlich bin ich auch dafür, daß man alle gesetzlichen Maßnahmen ausschöpft, gleich um wen es sich handelt, und wirklich die Problematik, uneingeschränkt von wem dort Tafeln aufgestellt werden - so wie das Kollege Holub gesagt hat. Ich darf vorher nur einen Hinweis geben, wir politischen Parteien haben bei der Wahlwerbung uns auch Maßnahmen auferlegt, haben in gewissen Gebieten uns bereit erklärt, unsere kleinen Plakatständer aufzustellen. Ich bin daher durchaus dafür, daß man auch in der Art vorgeht, was diese Firmen betrifft.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Damit ist der Punkt abgeschlossen. Ich frage die ÖVP? Kein Thema heute. GAL? Bitte Herr Pragerstorfer.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:

Kolleginnen und Kollegen, so lange es überhaupt noch aktuell ist, möchte ich ganz kurz die Chance ergreifen, mich persönlich vor-

zustellen. Ich wollte das bei der letzten Gemeinderatsitzung schon machen. Aufgrund der Länge und meiner Nervosität habe ich es aber dann bleiben lassen.

Ich bin 36, demnächst 37 Jahre alt, nicht verheiratet, Vater zweier Kinder - das eine wird, wenn ich richtig gerechnet habe, heute 5 Monate alt, das andere ist 16 Jahre alt. Ich bin hier in Steyr geboren, aufgewachsen, habe die Volks- und Hauptschule besucht, habe also bei einigen Ihrer Vorgänger als Gemeinderäte, die meine Lehrer waren, meine ersten Watschen gekriegt. - meine Ausbildung gekriegt. Habe eine kleine Rückgratverkrümmung vom österreichischen Pflichtschulsystem mitgenommen, bin dann in die HTL nach Mödling gegangen, habe Nachrichtentechnik gemacht, wollte wieder zurück nach Steyr, habe keinen Posten gefunden. Ich bin dann bei der VOEST eingetreten als Servicetechniker für Computeranlagen, bin dann in den Industrieanlagenbau übergegangen, habe parallel zu meiner Tätigkeit in der VOEST mit Genehmigung der VOEST ein Informatikstudium begonnen, das ich bis heute durchführe. Ich bin also einer der ältesten Informatikstudenten Österreichs, und zwar mit ziemlicher Sicherheit. Ich bin mit dem Studium fast fertig, habe es aber nicht abgeschlossen. Nach etwa 6 oder 7 Jahren VOEST habe ich mich dann selbständig gemacht, eine Firma gegründet, zuerst in Linz, bin dann übersiedelt nach Steyr - eigentlich nur vorübergehend. Bin aber dann doch in Steyr zur Meinung gekommen, daß das die Stadt ist, wenn ich wo bleiben will, daß ich hier bleiben will. Nicht weil ich hier geboren bin, sondern weil es mir hier echt gefällt. Ich habe dann angefangen mich einzumischen in viele Dinge. Ich habe mich auch eingemischt in meiner Tätigkeit als Student, bin Studentenvertreter gewesen, zeitweise bei der ÖSU und zeitweise VSST.

Wankelmütiger Mensch wie ich bin, beim KSV habe ich nur Basisausbildung bekommen. Ich habe dann die erste Gelegenheit, wie in Österreich wieder einmal eine neue Partei gegründet worden ist, ergriffen da mitzumachen. Ich hätte auch mitgemacht, wenn es mit der Umwelt nicht so schlimm gestanden wäre. Ich war der Meinung, man soll, nachdem 100 Jahre schon keine Partei gegründet worden ist, außer der unseligen Zeit der NSDAP, die Gelegenheit ergreifen, wieder einmal selber etwas zu machen. Aufgrund dessen sitze ich heute in letzter Konsequenz auch da, ich bin hier, um eine zeitlang auch etwas anderes zu tun als nur Gewerbetreibender zu sein und Geschäftsführer, um mich persönlich zu bereichern, indem ich mich mit Themen auseinandersetzen muß, mit Menschen auseinandersetzen muß, mit denen ich sonst beruflich nicht so sehr zu tun habe. Ich werde nach diesen drei Jahren auch wieder aus dem Gemeinderat hinausgehen, ich möchte kein Berufspolitiker sein. Das ist auch ein Grund, warum ich bei der GAL bin.

Ich hoffe, daß Sie mit diesen Hintergründen ein bißchen näher verstehen wer ich bin und warum ich manche Dinge so sehe.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Pragerstorfer für seine persönliche Vorstellung. Das gehört auch zur Aktualität, daß man informiert ist darüber, mit wem man es zu tun hat. Ich möchte mich bedanken dafür. Ich glaube seitens der einzelnen Parteien zur Person wird es kaum irgend eine Stellungnahme geben.

Ich bitte die KPÖ um Ihr Thema.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe heute natürlich ein besonderes Thema, das ist nicht neu, sondern sehr alt möchte ich sagen. Denn im Sinne einer sehr langen Forderung gibt es ja bereits seit November 1987 ein vorzüglich ausgearbeitetes Notarztsystem für die gesamte Region Steyr. Bei dem vor allem Primarius Univ. Prof. Dr. Kleinberger von der Internen Abteilung des Landeskrankenhauses und Prim. Dr. Hans Königsberger von der Unfallabteilung des Landeskrankenhauses sowie auch unser Arzt Dr. Nones von der Stadtgemeinde federführend sind. Nur kommt halt dieses Notarztsystem weitgehend nicht zum Tragen. Bereits im Sommer dieses Jahres wurde im Rahmen der Abschlußübung des 1. Steyrer Notarztkurses das Notarztsystem praktisch demonstriert und die Presse hat es sehr gut kommentiert, wobei sich natürlich das Fehlen des Notarzwagens deutlich zeigte. Aber nicht nur bei dieser Übung, möchte ich sagen, so auch im normalen Leben, so auch bei einem bekannten Sportler, ehemaligem Boxer von Steyr und Funktionär in der Sportbewegung, Kollegen Vollnhofer. Da hat sich auch gezeigt, daß der Notarztswagen, nämlich der Arzt, bei diesem Fall nicht rechtzeitig eingetroffen ist und das nicht mehr wieder gutgemacht werden kann. So wie bei vielen anderen Personen und Menschen, die dadurch frühzeitig verstorben sind. Den öffentlichen Körperschaften ist ja bekannt, vielleicht nicht dem gesamten Gemeinderat, daß seit über einem Jahr von Seiten des Krankenhauses, des Roten Kreuzes und der Stadt Finanzierungsvorschläge erarbeitet wurden, aber damit der Notarztswagen nicht zum Einsatz kommt. Es fehlen derzeit laut Finanzplan 6 hauptberufliche Notfallsanitäter, die pro Jahr nach meiner Rechnung aufgrund dieses Konzeptes insgesamt nur 1,8 Millionen Schilling kosten. Nach dem Finanzierungsplan soll das Land Oberösterreich die Kosten von 4 Notfallsanitätern bezahlen - das sind ungefähr 1,2 Mill. Schilling pro Jahr, - die Stadt einen Sanitäter mit 300.000 Schilling und die Umlandgemeinden ebenfalls die Kosten von einem Sanitäter, also mit 300.000 Schilling übernehmen.

Ich möchte heute hier im Gemeinderat erneut die zuständigen Herren auffordern, die entscheidenden dazu - das sind der Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Possart und ich möchte auch unseren Bürgermeister Schwarz sowie auch die Bürgermeister der Umlandgemeinden auffordern, im Sinne Ihrer Menschen der Gemeinde, in der Region, die erforderlichen Finanzmittel unverzüglich bereitzustellen. Ich sage das auch in Richtung der Budgeterstellung gegenüber unserem Vizebürgermeister Wippersberger. Persönlich werde ich mich so lange in der Öffentlichkeit und auch hier im Gemeinderat einsetzen, bis ein Notarztswagen mit Ärzten und Notfallsanitätern im Interesse von immerhin rund 100.000 Menschen der Stadt und der Umlandregion zum Einsatz kommt. Bisher haben die Mehrheitsfraktionen hier im Gemeinderat und auch bei der Durchsetzung eines Notarzwagens für Steyr - das kann ich ganz offen sagen - versagt. Ebenso waren die Landespolitiker, wie schon angeführt, Landeshauptmann-Stellvertreter Possart und auch Landesrat Habringer der SP nicht imstande, eine Entscheidung in dieser wichtigen Frage herbeizuführen.

Ich setze daher eine große Hoffnung - ich bin auch Optimist - auf den kommenden Landesrat, auf den derzeitigen Nationalrat Fritz Hochmayr, der das Gesundheitswesen in Oberösterreich in der nächsten

Zeit übernimmt. Außerdem - das verspreche ich auch Ihnen - werde ich gemeinsam mit den angeführten Personen, mit den Ärzten, mich voll einsetzen, daß in Steyr auf jeden Fall in nächster Zukunft ein Notarztswagen zum Einsatz kommt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Treml. Seitens der SPÖ hat sich Kollege Zöchling gemeldet.

STADTRAT RUDOLF ZÖCHLING:

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Ich darf jetzt nicht im Namen meiner Partei, der SPÖ, sprechen, sondern als Bezirksstellenleiter des Roten Kreuzes Steyr. Wir haben uns sehr sehr lange bemüht, um einen Notarztswagen zu installieren in unserer Stadt. Sie wissen ja, daß Linz und nachher Vöcklabruck dieses Problem gelöst haben. Nur die anderen Kreisstädte Ried usw. haben ebenfalls keinen Notarztswagen.

Kollege Treml hat bereits angeführt, daß sich Dr. Kleinberger vom Krankenhaus sehr bemüht um diesen Notarztswagen. Wir haben gemeinsam ein Konzept erstellt mit Landeshauptmann-Stellvertreter Poosart - Kollege Holub war übrigens mit drüben. Kollege Treml hat ja erwähnt, daß mindestens 6 hauptberufliche Sanitäter benötigt würden und das ungefähr 1,9 Millionen Schilling im Jahr ausmachen würde. Wir haben aber auch der Landesregierung offiziell geschrieben als Rotes Kreuz, aber auch allen Bürgermeistern unserer Gemeinden und auch unserer Stadt. Hier haben wir eigentlich nur eine Zusicherung bekommen von unserer Stadt, daß sie dem Problem wirklich beitreten will und eben diesen einen Sanitäter zu bezahlen und der könnte dann im Krankenhaus Dienst machen. Ich werde sicherlich versuchen, beim Nachfolger von Landesrat Habringer aber auch wiederum bei Landeshauptmann-Stellvertreter Poosart vorstellig zu werden.

Ich darf Ihnen aber sagen, daß wir unmittelbar vor einem Abschluß des Verkaufes unseres Hauses in der Redtenbachergasse stehen und ich glaube, dann könnten wir auch diese andere Angelegenheit besser lösen, wenn wir in der Nähe des Krankenhauses unsere Dienststelle von Steyr-Stadt aber auch von Steyr-Land bekommen könnten. Ich sage das deswegen, weil das auch ein angeregter Wunsch unseres Roten Kreuzes war, unmittelbar neben dem Krankenhaus unsere Dienststelle zu haben. Auch hier wäre dann die Möglichkeit, diese Sanitäter für den Notarztwagen in unserer Dienststelle zu installieren. Das hat dann den Vorteil, daß sie nicht rund um die Uhr im Krankenhaus Dienst machen sollen, sondern wir können dann tatsächlich auch mit ehrenamtlichen Mitarbeitern unseren Notarztwagen bestücken. Ich darf Ihnen aber sagen, die Notärzte, die bereits ihre Ausbildung vorbei haben, haben schon eine Prüfung abgelegt im Krankenhaus. Dann war auch die Vorführung des Rettungshubschraubers usw. Momentan sind wir dabei, daß 22 freiwillige aber auch hauptberufliche Rot-Kreuz-Helfer diesen Notarztsanitäterkurs, der ungefähr 60 Stunden dauert, diesen Kurs absolvieren. Der zweite Kurs, dafür gibt es bereits wieder 10 Anmeldungen von unseren Mitarbeitern, wird im Anschluß daran durchgeführt.

Wir vom Roten Kreuz haben alle Voraussetzungen geschaffen, damit

der sicher notwendige Notarztwagen auch in unserer Stadt Steyr installiert werden kann.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Zöchling für diesen sicher sehr guten Beitrag. Kollege Holub als zuständiger stadträtlicher Referent.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Dieses Thema ist wirklich ein sehr trauriges. Kollege Zöchling und ich waren ja bei den Institutionen in Linz. Es hat sich da folgendes herausgestellt, ich habe vor einiger Zeit ja dem Gemeinderat schon darüber berichtet. Die Vorsorge über die Ärzte wäre getroffen. Die Ärzte sind im Dienstpostenplanweg beim Landeskrankenhaus Steyr vorhanden und ausgebildet. Die Situation rund um die Sanitäter bzw. die Schwierigkeiten, die zu finanzieren, hat Kollege Zöchling beschrieben. Es fehlt eigentlich nur die Erwähnung, daß es unmöglich ist, daß das Rote Kreuz mit den freiwilligen Helfern, die beim Roten Kreuz Dienst machen, diesen zusätzlichen Dienst noch verrichten kann, weil auf freiwilliger Basis etwa 40 Personen Dienst machen müßten, um einen Rund-um-die-Uhr-Betrieb - man muß sich das vorstellen - zu ermöglichen. Jetzt ist der Weg gegangen worden, den Du, Hans, angezeigt hast, mit den hauptberuflichen Sanitätern. Wir hätten gehofft, daß das öö. Rettungsgesetz dabei eine Klärung bringt, leider Gottes ist das Notarztwesen durch das öö. Rettungsgesetz überhaupt nicht bedeckt. Nebenbei gesagt auch nicht das Problem der Wasserrettung oder der Bergrettung. Es gibt hier Lücken und da sind wir eine der BÜßer. Wir hoffen nicht, ich wünsche allen Gesundheit und ein unfallfreies Leben, aber möglicherweise die BÜßer dieser Lücken.

Es war dann die Überlegung, wo denn der mehrheitliche Dienst gemacht wird, beim Roten Kreuz oder im Krankenhaus. Leider Gottes hat es dann daran sein Ende gefunden. Das ist alles recht leicht zu entscheiden, wenn einer vom anderen sagen kann, der ist zuständig. Das ist die traurige Wahrheit. Der Landessanitätsreferent meint, wenn die so lange im Krankenhaus Dienst machen, wie wir gemeint hätten, wäre es gut, weil das Sanitätspersonal weiter trainiert werden könnte, so sollten sie gleich Bedienstete des Krankenhauses sein. Der Landeskrankenanstaltenreferent - nennen wir ihn beim Namen - Landeshauptmann-Stellvertreter Possart meint, er hätte keine Dienstposten zur Verfügung. Und damit war es wieder so weit, wie wir vor einem Jahr schon waren oder vor einem dreiviertel Jahr schon waren, wir hätten zwar die Ärzte, wir haben aber keine Sanitäter. Daß die Umlandgemeinden sich noch nicht geäußert haben, danach habe ich mich vor kurzem erkundigt. Es liegt daran, daß ihnen das System noch nicht deutlich ist, wie es dann tatsächlich funktionieren könnte. Ich kann das irgendwo auch mit verstehen. Ich glaube, wir müssen wirklich gemeinsam versuchen, die beiden übergeordneten Stellen - das Interesse ist ja vorhanden, das hat mir auch der Herr Landeshauptmann vor kurzem mitgeteilt in einer Sitzung. Also das Interesse ist vorhanden an einer Regelung. Ich glaube, es liegt jetzt auch an uns, nach all den Klärungen, die es gegeben hat, wieder in Linz nachzustoßen, das Rote Kreuz, die Gemeinde, damit hier eine endgültige Klärung einmal stattfindet. Damit das Schwarz-Peter-Spiel endlich einmal aufhört zwischen den

Referaten. Schwarz-Peter-spielen ist ein Spiel für kleine Kinder, aber nicht für die Bevölkerung eines Bezirkes, einer Stadt oder eines Landes.

Ich glaube, das wird die gemeinsame Aufgabe von uns beiden und auch vom Präsidium sein, daß wir jeweils unsere Parteien darauf aufmerksam machen, daß wir nicht wünschen, daß um das Thema notärztliche Versorgung Parteipolitik gemacht wird, sondern daß wir wünschen, daß im gemeinsamen Bemühen diese wirkliche Versorgungslücke, die dramatisch sich auswirken kann - und sich auch schon ausgewirkt hat - geschlossen werden kann, und zwar ehestmöglichst. Ich kann als Gesundheitsreferent versichern, daß ich mich sehr bemühen werde. Ich bin fest überzeugt, daß das im Roten Kreuz genau so der Fall sein wird.

Wir müssen nur - das wiederhole ich noch einmal - eines vermeiden, Parteienstreit zu diesem Thema dürfte es auf keinen Fall geben. Dazu ist die Gesundheit und die Sicherheit und Gesundheit viel zu wichtig.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke.

Ich möchte als Bürgermeister zu diesem Problem einige Sätze sagen. Ich glaube, wir sind sehr froh darüber, daß es gelungen ist schon vor längerer Zeit - es wurde schon darauf hingewiesen - die Mitarbeit der Ärzteschaft, denn das ist die Voraussetzung gewesen, zu erreichen. Hier haben wir im Sprecher, in Prim. Univ. Prof. Dr. Kleinberger einen wirklich großartigen Fürsprecher in dieser Angelegenheit. Er bemüht sich wirklich bei allen Stellen. Wir haben bereits persönlich und die zuständigen Referenten und Funktionäre von uns mit ihm Kontakt aufgenommen. Ich benütze auch jede Gelegenheit, um auf dieses Problem hinzuweisen. Ich habe mit Herrn Landesrat Habringer zwei Tage bevor dieser personelle Wechsel beschlossen worden ist, gesprochen. Er hat davon auch noch nichts gewußt - die offizielle Änderung tritt ja erst ein - aber er hat eine Unterstützung zugesichert. Ich habe ihm versichert, daß wir seitens der Stadt bemüht sind, unseren Teil auch finanziell zu leisten. Es wird nicht an der Leistung der Stadt liegen, daß das nicht zustande kommt. Das darf ich hier ganz offiziell versichern. Ich bin mir sicher, daß alle Fraktionen hier mit mir übereinstimmen. Am finanziellen Beitrag der Stadt wird es sicherlich nicht scheitern.

Ich habe auch vor, daß ich mit Herrn Bezirkshauptmann Gurtner in der Frage, was die Gemeinden Steyr-Land betrifft, in der nächsten Zeit ein Gespräch führe. Ich glaube, daß auf Bezirkshauptmann-Ebene, auf Bürgermeisterebene bei einem Bürgermeistergespräch in Steyr-Land hier einige Klärungen durchgeführt werden können. Wenn erreicht wird, daß Steyr-Land auch einen Sanitäter bezahlt, ist das Problem wieder wesentlich kleiner, dann sind es nur mehr vier. Und wenn es zustande kommt auf absehbare Zeit, daß die Verlagerung der Rot-Kreuz-Stelle in die Nähe des Krankenhauses - was ich aus organisatorischen Gründen begrüßen würde - möglich ist, so glaube ich, wird sich das Problem auf eine wesentlich einfachere Art lösen, als es sich derzeit darstellt.

Ich darf nochmals versichern, wir werden alles tun. Selbstverständlich werde ich sofort nach Installierung des neuen Landesrates

auch mit ihm darüber sprechen. Wir werden im heurigen Jahr ihn noch zu einem Gespräch einladen und das ist eines der Hauptprobleme auf gesundheitlicher Ebene, was wir mit ihm behandeln. Ich kenne den Herrn Abgeordneten Hochmayr ebenfalls sehr gut. Ich bin sicher, daß er uns in dieser Richtung, soweit es ihm möglich ist, unterstützt.

Seitens der ÖVP noch jemand? Kollege Holub hat ja als Referent gesprochen. Keine Wortmeldung mehr. GAL? Bitte.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:

Haut auf den Tisch - laßt nicht locker, damit endlich was herauskommt!

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. FPÖ, bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Das durchaus berechtigte und aktuelle Thema, das Kollege Tremml hier angeschnitten hat, - der Inhalt war ja der, eine bessere ärztliche Versorgung für die Bevölkerung zu erreichen - hat Gott sei Dank durchaus positive Reaktionen und Meinungsäußerungen hervorgerufen. Es wurde schon viel gesagt und mir bleibt daher nur übrig zu sagen, daß ich selbstverständlich diesen Gedanken, den Gemeinderat Tremml bereits schon öfter hier angeregt hat, unterstütze und hoffe, daß es tatsächlich zur angestrebten Verbesserung in ärztlicher Versorgungshinsicht unserer Bevölkerung kommt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Hat die FPÖ ein Thema? Bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ein Thema beherrscht ja nach wie vor die Bevölkerung unserer Stadt, es ist dies der Stadtplatzumbau und die damit in Zusammenhang stehende geplante noch nicht ganz verworfene Lösung einer Abfahrtsrampe auf die Parkplätze am Ennskai. Obwohl, meine Damen und Herren, in der Presse bereits nachzulesen stand, daß eine Abfahrtsrampe aus bestimmten Gründen und aner kennenswerten Gründen kaum eine Chance hat, möchte ich deshalb heute darauf zu sprechen kommen, weil wir in diesem Zusammenhang erst vor kurzem, genau am vergangenen Samstag, ein Bürgerstandl durchgeführt und dieses Thema aufgegriffen haben und auch ein Alternativprojekt zur Diskussion gebracht haben.

Aber vielleicht ein paar Worte zur Vorgeschichte. Nicht zuletzt aufgrund der Vorstellung im Amtsblatt von zwei möglichen Varianten einer Abfahrtsrampe auf den Ennskai zu den Parkplätzen hat es ja zahlreiche Reaktionen, Diskussionen und Beiträge gegeben. Das ist auch gut so und hat der Meinungsbildung durchaus gedient. Es ist dann das eine Projekt einer spiralenförmigen Abfahrt von der Ennsbrücke ausgehend in den Hintergrund gestellt worden, auch berechtigterweise. Es wurde von verschiedenen Persönlichkeiten unserer

Stadt eher einer Abfahrtsrampe von der Steyr-Brücke der Vorzug gegeben. Nun, meine Damen und Herren, gibt es seit geraumer Zeit eine andere Idee, diese Idee stammt von Herrn Ing. Rainer und der hatte Gelegenheit, mit Herrn Bürgermeister über seine Idee zu sprechen, er war inzwischen im Spital und ich weiß nicht, ob er eine Antwort bekommen hat. Das kann ich nicht sagen, aber vielleicht wird der Herr Bürgermeister darauf eingehen. Jedenfalls sieht diese Idee folgendermaßen aus. Er könnte sich vorstellen, eine Abfahrtsrampe von der anderen Seite, nämlich von der Vorlandbrücke her zu schaffen, um eben die Parkplätze zu erreichen mittels einer eigenen Fahrspur. Das hätte sicherlich den Vorteil, daß man das Stadtbild nicht so sehr stört und er hat auch weiter die Idee verfolgt, um mehr Parkplätze zu schaffen gegenüber dem alten Gerichtsgebäude eine Parkfläche von etwa 100 Parkplätzen, hinausragend in die Enns, zu schaffen. Und zwar etwas erhöht wegen dem Hochwasser. Aber ich glaube, das Hochwasser hat in dem Fall ja weniger Bedeutung, es hat schon Bedeutung, aber in dem Zusammenhang weniger, weil ja, wenn Hochwasseralarm gegeben wird, sowieso die Fahrzeuge auch von den bestehenden Parkplätzen wegfahren müssen.

Meine Damen und Herren, ich darf noch einmal zurückkommen auf die andere Variante, nämlich die Abfahrt von der Steyr-Brücke. Diese hat ja zur Gründung einer Bürgerinitiative geführt, die ja befürchtet hat, daß die vor Jahren richtig geplante Verkehrsberuhigung für die Bereiche Steyrdorf und Schlüsselhofgasse wiederum ad absurdum geführt werden würde, weil ja der Verkehr dann dort zu fließen beginnen würde. Also mit Recht haben wir zur Kenntnis genommen, daß diese Bürgerinitiative dagegen aufgetreten ist.

Ich darf jetzt noch einmal zurückkommen auf das Bürgerstandl und habe hier feststellen können, daß die Idee von Ing. Rainer, die ich in kurzen Worten geschildert habe, durchaus positiv aufgenommen wurde. Natürlich war das ein Diskussionsbeitrag, den wir unterstützt haben, weil wir die Idee gut finden und dient auch zur Meinungsbildung und wurde, wie gesagt, sehr gut aufgenommen. Ich meine sogar besser als die geplante Variante von der Steyr-Brücke ausgehend. Natürlich, meine Damen und Herren des Gemeinderates, steht die Frage der Finanzierung wie ein Damoklesschwert hinter all diesen Projekten, das ist klar. Aber ich glaube, bevor man eine eher nicht geliebte Variante wählt und meint, daß andere zu teuer sind, sollte man den Gedanken einer Abfahrtsrampe in nächster Zeit überhaupt zurückstellen. Es gibt ja neue alte Ideen, wie ich auch in der Presse nachlesen konnte, nämlich die Errichtung eines Parkhochhauses gegenüber eines Fußgängerüberganges. Das ist sicher auch nicht schlecht, aber viele, die länger im Gemeinderat sind können sich an die Diskussionen erinnern und es hat ja verschiedene Argumente auch dagegen gegeben. Wir wollten jedenfalls einen Beitrag dazu leisten, daß dieses Thema auf breiter Ebene - nachdem es ja alle Steyrer betreffen wird - diskutiert wird. Ich darf auch Sie, meine Damen und Herren auch der anderen Fraktionen, einladen, Ihre Meinung dazu kundzutun.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Ich möchte auch gleich etwas dazu sagen. Das ist ein Thema, das etwa seit Mitte des Jahres diskutiert wird. Ich brauche das ja nicht erwähnen. Es ist so, daß eine private Gruppe von Bauunternehmungen uns Vorschläge unterbreitet hat, in welcher Form hier eine

Lösung denkbar wäre. Wir haben diese Meinung in der Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt. Es wurde in keiner Weise irgend eine Entscheidung getroffen oder vorweggenommen, sondern das ist ganz im Sinne einer bürgernahen Verwaltung, daß man sagt, hier wird etwas vorgebracht und bitte sehr äußert Euch. Viele Äußerungen sind dazu eingegangen und ich muß sagen, daß diese Äußerungen auch in die Entscheidungsfindung letztlich Eingang finden werden. Es sind auch andere Möglichkeiten aufgezeigt worden. Erst vergangene Woche war eine Initiativgruppe, die eine autofreie Zone auf dem Stadtplatz demonstrativ dargestellt hat. Das war ein kleiner Fleck, der eingezäunt war und es war eine Gruppe von Geschäftsleuten - ich habe mich sehr gefreut darüber, daß auch von dieser Seite die Intentionen der Stadt unterstützt werden. Für oder gegen diese Abfahrtsrampe hat das Denkmalamt, der Landeskonservator massiv Einspruch erhoben. Die zweiten Bedenken, die gekommen sind, sind in erster Linie aus der Bevölkerung gekommen. Man meint, daß sich durch diese Rampe, ganz egal, wie man sie gestaltet, die Verkehrsgewohnheiten der Steyrer grundsätzlich umstellen müßten. Das ist ein klarer Fall.

GEMEINDERAT OTTO TREML VERLÄSST UM 17.35 UHR DIE SITZUNG.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Das ist klar, anders wäre das nicht möglich, was natürlich zur Folge hat, daß bestimmte Bereiche im inneren Stadtkern mehr belastet wären verkehrsmäßig. Ich denke an die Schlüsselhofgasse - ob man das jetzt so oder so macht - ich denke aber auch an die Gleinkergasse, an die Kirchengasse und an den ganzen Bereich des Steyrdorfes. Das muß aber nicht nur nachteilige Folgen haben, das könnte unter Umständen auch zur Belebung führen. Ich glaube, daß aufgrund der Diskussion, der Meinungsbildung, die in der Bevölkerung vorhanden ist, - wir werden im Präsidial-Planungsausschuß voraussichtlich noch im heurigen Jahr eine Vorentscheidung zu treffen haben - der Präsidial-Planungsausschuß eher zur Auffassung kommen wird, daß diese Rampe nicht zur Ausführung kommt. Dazu ist noch gekommen, daß nach dieser Vorstellung die Bundesbahndirektion von Linz - Präsident Hammerschmied war bei uns und hat uns Vorstellungen übermittelt, die ebenfalls in die Entscheidungsfindung mit einbezogen gehören. Es ist seitens der Bundesbahn daran gedacht, uns zu unterstützen bei der Schaffung von Parkraum beim Bahnhof Steyr. Es ist hier geplant, seitens der Bundesbahn Teile des Bahnhofsgeländes und des jetzigen Autobusbahnhofes zu überbrücken und zu überdachen. Auf dieser Überbrückung wären in etwa 450 Pkw-Stellplätze vorhanden. Das ist nicht sehr weit vom Stadtkern weg und wird von der Bundesbahn im Sinne der Förderung von park and ride ins Auge gefaßt. Es ist die Entscheidung bei der Bahn sicher noch nicht gefallen. Mir gefällt aber diese Vorstellung, diese Idee ganz gut, weil sie unseren Intentionen entgegenkommt. Von dieser Initiativgruppe sind auch neue Vorschläge eingebracht worden. Die Errichtung eines Parkhauses am rechten Ennsufer in der Nähe des Schiffmeisterhauses und die Errichtung eines Fußgehersteiges über die Enns. Alle diese Dinge sollte man reifen lassen, man soll sich das anschauen, soll Überlegungen anstellen, in welcher Form und wie wir dieses Problem im inneren Bereich lösen. Notwendig ist es, wir wollen ja alle, diese Auffassung ist ziemlich einhellig auch in der Bevölkerung, daß der Stadtkern, der Stadtplatz selbst weitgehend vom Durchzugsverkehr freigemacht wer-

den soll. Es ist natürlich jetzt so, daß die Kaigasse ein sehr neuralgischer Punkt ist. Die Durchfahrt durch die Kaigasse war immer schon nicht ganz ungefährlich, es war aber auch das Durchgehen nicht ganz ungefährlich. Man soll auch versuchen, diesen Punkt zu entschärfen.

Das sind alles Dinge, über die man diskutieren muß. Ich bin froh darüber, daß diese Diskussion in der Öffentlichkeit in so breiter Form geführt wird. Ich denke auch daran, daß wir Lösungen finden, daß das alles diskutabile Überlegungen sind und daß wir im heurigen Jahr noch eine Grundsatzentscheidung im Präsidial-Planungsausschuß fällen sollten. Das ist meine Meinung, wobei man über jeden einzelnen Punkt, das sage ich noch einmal, diskutieren kann und das genau überlegen muß. Natürlich spielen dabei auch die finanziellen Überlegungen eine Rolle. Dieses Parkdeck beim Bahnhof würde im wesentlichen auf Kosten der Bundesbahnen errichtet, allerdings unter einer gewissen finanziellen Beteiligung - der Prozentsatz ist nicht festgelegt, aber es ist eine verhältnismäßig geringe Beteiligung - der Gemeinde Steyr und auch des Landes Oberösterreich. Soweit meine Stellungnahme. Seitens der SPÖ Kollege Wippersberger.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich glaube, ich kann mich ganz kurz halten. Der Herr Bürgermeister hat das Wesentliche schon gesagt. Wir haben jetzt eine neue Situation vorgefunden, die für uns alle sehr erfreulich ist. Es war Präsident Hammerschmied, der Chef der Bundesbahnen von Oberösterreich bei uns und hat uns seine Gedankengänge übermittelt. Es ist beabsichtigt, den Bahnhof in absehbarer Zeit umzubauen, zu modernisieren und gleichzeitig mit dem Umbau soll ein großes Parkdeck für 400 bis 450 Fahrzeuge dort geschaffen werden. Wenn das in absehbarer Zeit zum Tragen kommt, dann glaube ich ist es zumutbar, daß jeder, der zum Stadtplatz will, diese 6 oder 7 Minuten zu Fuß geht. Man kann ja nicht immer bis zur Haustüre fahren oder bis in das Schlafzimmer. 6 bis 7 Minuten Fußweg müßte jedem zumutbar sein. Außerdem wäre noch gedacht, daß man für Leute, die sich mit dem Gehen etwas schwer tun, den Hessenplatz als eine Art Verkehrsdrehscheibe benützt und vom Hessenplatz in die Stadt eine Art Pendelverkehr einführt mit einem Bus.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Mit einem City-Bus?

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Ja mit einem City-Bus.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Seitens der ÖVP Kollege Schloßgangl bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:
Meine sehr geehrten Damen und Herren, es wurde sehr viel diskutiert über die Regelung des Stadtplatzes, über die Verkehrslösung Abfahrtsrampe ja oder nein. Ich glaube, man sollte vorerst einmal abwarten, wie sich das Verkehrsaufkommen am Stadtplatz entwickelt als grundsätzliche Entscheidung. Alle die Vorschläge, die von

Privaten oder von Initiativgruppen gekommen sind, sind ja eigentlich nicht neu. Es waren alle Vorschläge schon da, vor vielen Jahren, vor kurzer Zeit und ich glaube, man sollte die zuständigen Gremien und Herren auch hier im Amt selber in Ruhe planen lassen. Man kann dann wieder an die Öffentlichkeit gehen und diese Projekte vorstellen und diskutieren lassen. Aber ich glaube es hat keinen Sinn, überhastet wieder eine Entscheidung zu treffen. Es ist heute schon sehr stark die Kritik angeklungen von Kollegen Pragerstorfer, daß man so kurzfristig den Stadtplatz in Angriff genommen hat. Ich muß dazu sagen, es war sicherlich bekannt, daß etwas geschehen wird, aber die Budgetmittel der Post werden vergeben und dann müssen die in dem Jahr bauen, sonst verfallen sie. Dadurch wurde die Stadt unter Zugzwang gesetzt. Dann war es natürlich relativ kurzfristig, eine Lösung zu finden, diese der breiten Masse und der breiten Bevölkerung vorzustellen. Das ist sehr gut und sehr vielfach geschehen und man hat viele Meinungen gehört. Leider Gottes war es dann so, daß im nachhinein oft kurzfristig diese Meinungen wieder geändert wurden. Es haben sich verschiedene Teilgruppen gebildet und die Meinung zwischen Enge und Stadtplatz ist nicht immer ident. Das haben wir ja erlebt durch diese letzten Besprechungen und Versammlungen dieser Gruppen und daher glaube ich, sollten wir in Ruhe diese Projekte ausarbeiten. Wenn das Deck drüben am Bahnhof kommt, wird es unumgänglich sein, einen Fußgehersteg zu bauen, den ich überhaupt für notwendig erachte. Man wird sich überlegen müssen, wo man ihn ansetzt, entweder beim Durchgang bei der Bahn direkt herüber Richtung Dominikanerhaus bzw. Rathaus. Es war auch die zweite Variante im Gespräch, die ehemalige Neutorbrücke wieder zu aktivieren vom Parkplatz herüber. Auf jeden Fall wird sich diesbezüglich etwas anbieten müssen. Die Varianten, die vorgestellt wurden, Parkhaus und dergleichen, sind ja auch schon mit einem Doppeldeck von seiten des Bauamtes ventiliert worden. Ich persönlich glaube, man sollte jetzt wirklich in Ruhe die Planungen vorantreiben, dann verschiedene Modelle vorstellen und vor allem auch die Verkehrsabwicklung abwarten. Zur Rampe möchte ich noch eines sagen, als sie das erste Mal vorgestellt wurde in Form eines Modelles, waren eigentlich alle recht angetan im Planungsausschuß. Bei der Begehung in der Natur hat sich dann herausgestellt, daß die Proportionen eigentlich nicht gestimmt haben. Daß die die Fenster ganz anders angesetzt haben, daß die Rampe viel steiler würde, auch optisch nicht sehr gut aussehen würde. Es ist, glaube ich, müßig darüber zu reden, es sind auch vom Denkmalamt große Bedenken gekommen, daß diese Rampe meiner Meinung nach in der Form sicher nicht gemacht wird. Aber trotzdem glaube ich sollten wir die Planung vorantreiben auch hier im Haus, und wenn Vorschläge von außen kommen, sollten wir die aufnehmen. Es wurde da schon einmal der Vorschlag geäußert vor langer Zeit, ähnlich wie in anderen, speziell deutschen Städten, eine Art Beirat zu bilden, wo man für die Planung und Altstadtentwicklung verschiedene Fachleute mit einbeziehen kann. Ich würde diese Idee aufgreifen und verschiedene namentliche profunde Fachleute vielleicht in Zukunft fallweise dazu mit einzubeziehen. Aber nur Fachleute.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Seitens der GAL bitte.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:

Die ganze Sache nimmt also doch einen etwas erfreulicheren Weg als man manchmal glauben wollte. Es ist halt wirklich so, Herr Bürgermeister, daß manches - obwohl ich da als Gemeinderat hier herinnen immer wieder den guten Willen sehe und auch das Bemühen der Fachleute - in der Öffentlichkeit sich anders darstellt, als man es hier herinnen sehen möchte oder glaubt als Insider. Ich fühle mich dann bemüßigt, das, was ich dann so höre, akzentuiert und etwas überspitzt hier wieder darzustellen, damit Sie sehen, so wie man in den Wald ruft, kommt es hinten gar nicht heraus. Vielleicht hilft es, wenn man das in Zukunft berücksichtigt, dann geht es einfach leichter. Ich sehe jetzt das Bemühen, in diesem Fall das etwas langsamer zu machen, von gegebenen Dingen wieder Abstand zu nehmen, mehr Varianten zu diskutieren. Mich würde es sehr freuen, wenn wir uns etwas mehr Zeit nehmen würden. Es kommt auch, glaube ich, der budgetären Lage unserer Stadt im nächsten Jahr sehr entgegen, wenn man kein Geld vorsieht oder wann Geld, dann Gelder für die Planung. Vielleicht könnte man einmal - Herr Ing. Schloßgangl hat das angekündigt - mit einer einfachen Ampelregelung einmal sehen, wie sich der Verkehr entwickelt am Stadtplatz und vielleicht wäre es möglich, diese einzelnen Ideen konkret auszuarbeiten und wirklich vorzustellen und nicht von vornherein schon wieder eine Idee im Präsidial-Planungsausschuß herauszusuchen, sondern diese Ideen fertig zu entwickeln, daß sie vergleichbar sind. Und daß man dann in der Öffentlichkeit die Möglichkeit hat zu sagen, wo tendieren die Politiker hin, wo tendieren die Fachleute hin, wo tendieren die Leute hin, die sich dafür interessieren. Vielleicht sind sie alle einer Meinung, dann sind alle glücklich und wir haben eine wunderbare Chance. Da hätten wir wieder eine Chance, den Leuten zu zeigen, daß wir erstens planen, daß wir zweitens uns diesmal die Zeit nehmen, uns nicht überhasten lassen und daß wir ein Jahr lang noch sparen, weil es uns eigentlich ohnehin sehr geraten ist zu sparen. Vielleicht gelingt es diesmal wirklich, der Öffentlichkeit das so darzustellen, wie es auch gemeint ist.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke auch Kollegen Pragerstorfer für die GAL für den Vortrag.

Ich muß sagen, wir sind sehr für das Diskutieren usw. und auch für die Mitwirkung der Menschen, aber wir alle mitsammen, wie wir da herinnen sitzen, sind gewählt dazu, daß wir auch einmal eine Entscheidung treffen. Es wird uns nicht gelingen, das berühmte Sprichwort zu verwirklichen, allen Menschen recht getan ist eine Kunst, die niemand kann. Letztlich müssen wir halt doch zu einer Entscheidung kommen und die Diskussion muß einmal beendet werden. Ich bin dafür, daß wir lange diskutieren, aber irgendwann einmal muß eine Entscheidung getroffen werden, weil vom Diskutieren allein kann eine Gemeinde nicht leben. Es müssen Entscheidungen getroffen werden, die für die Menschen in der Stadt wichtig sind. Solche Entscheidungen werden zum Teil akzeptiert werden und zum Teil eben nicht. Wir werden es im wesentlichen ja so machen, wie es die Leute wollen, aber allen werden wir sicher nicht recht geben können.

Kollege Pimsl als zuständiger Referent dazu.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, Modelle, Überlegungen, Vorschläge, die noch dazu ohne Auftrag von privater Seite kommen, sind immer eine Angelegenheit und eine Möglichkeit, um die Fantasie anderer Mitbürger anzuregen und sich selbst Gedanken zu machen, wie man manche Lösungen vielleicht besser und möglichst in großem Einvernehmen mit allen Betroffenen durchführen kann. Diese Überlegung einer Abfahrtsrampe Zwischenbrücken hat zweifellos dazu beigetragen, daß die Fantasie der Bürger und auch der Mandatäre und Fachleute angeregt wird, um vielleicht eine bessere Lösung anzubieten als die hier schon vorgestellte und erwähnte unter Umständen ist. Eines kommt noch hinzu, Sie können gegenwärtig kaum eine Verkehrsregelung beschließen, wo nicht einerseits ganz energische Befürworter auftreten, eine solche Verkehrsregelung einzuführen, um spätestens bei Beschlußfassung mit gleicher Vehemenz energische Ablehnung zu erleben. Daraus dann etwas Vernünftiges zu machen, ist eine Kunst, die kaum jemand kann, die auch wir nicht beherrschen können. Es wird immer Interessen geben, die im privaten, beruflichen oder sonstigen Bereich liegen, wo sich jemand veranlaßt fühlt, gegen eine Maßnahme zu opponieren und sogar in der Form zu opponieren, daß man eine Bürgerinitiative ins Leben ruft, um sich Gehör zu verschaffen. Was ich allerdings nicht sehr verantwortungsvoll finde ist das, daß es offenbar immer mehr zum Stil einer Fraktion gehört, bei jeder Bürgerinitiative aufzuspringen um sich selbst dabei zu profilieren. Man kann ja sehr wohl sachlich gewisse Vorhaben diskutieren und seine Meinung abgeben, ohne sich deswegen zum Befürworter zu machen, weil man offenbar hofft, in dieser oder jener Frage, wenn man es nur halbwegs geschickt anstellt, politisch populär zu werden. Das ist offenbar derzeit die große Mode und ist, wie man sieht, mit einigem Erfolg begleitet. Er wird nur kein dauerhafter sein, wie ich meine, denn Verantwortung kann ja nicht so verstanden werden, sondern die ist zweifellos anders zu sehen.

Wir werden aber - ich möchte das hier bewußt vorbringen - in den nächsten 14 Tagen, nachdem die Bauarbeiten für heuer ziemlich beendet sein werden am Stadtplatz, wenn auch nicht vollständig zu Ende geführt, aber beendet werden. Aus der Überlegung heraus, daß in wenigen Wochen ja das Weihnachtsgeschäft anläuft und wir nicht haben wollen, daß durch die jetzt vorhandenen Behinderungen das fast unmöglich gemacht wird, haben wir uns gemeinsam entschlossen, diese Bauarbeiten auszusetzen und im Frühjahr bei sich bietendem Witterungszustand dann zu beenden.

Es werden aber trotzdem die Kurzparkzone, die Ladezone am Stadtplatz und die generelle Kurzparkzone am Ennskai durchgeführt werden, denn dem liegt ja ein Beschluß des Verkehrsausschusses zugrunde.

Ich möchte Sie auch, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, davon informieren, daß es zukünftig - meine Fraktion hat sich einhellig dazu bekannt, wie ich sie informiert habe, das möchte ich auch betonen - die Ausnahmen für die Mandatäre der Stadt während der Sitzungsdauer, auf verbotener Stelle mit ihrem Pkw parken zu dürfen, nicht mehr geben wird. Wenn wir im Einvernehmen mit der Bevölkerung und den Anrainern den Stadtplatz autofrei halten wollen, dann müssen auch wir uns zu dieser Regelung bekennen. Ich bitte um Verständnis, daß ich Sie ersuche, bei Sitzungen vor allem der Ausschüsse und des Gemeinderates sich so einzurichten zeitlich, daß Sie mit Ihrem Pkw nicht unbedingt am Stadtplatz und wenn, dann auf Kurzparkzonen so zu parken, daß Sie nach 1 1/2 Stunden ihr Fahrzeug wegbringen. Denn mit dem Uhrvorstellen wird es wahrscheinlich auf die Dauer auch nicht gehen, weil Überwachungsorgane unter Umständen dann dem Einhalt gebieten werden.

Aber ich glaube, Kolleginnen und Kollegen, ich sehe es schon aus dem Schmunzeln, da kommt schon heraus, na ja, es wird ja nicht so heiß gegessen werden, wie es hier vielleicht gemeint ist. Ich kann nicht - ich bin von der Polizei in dieser Richtung angesprochen worden - einen Beschluß, den wir hier getroffen haben, daß wir den Stadtplatz frei halten und das Chaos, das jetzt herrscht, beenden, - es ist ja nicht nur ein bauliches, sondern auch ein Verkehrschaos - daß wir uns dann

an jene Regeln halten, die wir selbst beschlossen haben. Wir dürfen nicht erwarten, daß der Bürger dafür Verständnis hat, wenn es nur 27 Parkplätze gibt am Stadtplatz und das sind noch dazu Kurzparkzonen, und wir dann 5, 6 oder mehr Stunden im Gemeinderat sitzen und unsere Fahrzeuge zum Gespött aller, die dann gestraft werden, straffrei dort parken. Dafür bitte ich um Verständnis, daß wir das nicht tun sollen und auch nicht tun dürfen. Ich bitte daher auch zukünftig, Ihr Fahrzeug, wenn Sie hereinfahren, so abzustellen, daß Sie kein Organstrafmandat erwarten müssen. Denn daß wir, so wie bisher das geduldet wurde, das so weitermachen, ist ausgeschlossen. Es spricht ja manches Mal wirklich sehr viel dafür, daß man ein Fahrzeug braucht. Es hat auch der Herr Bürgermeister - darüber bin ich froh - sofort kundgetan, wenn es notwendig ist, daß ein Gemeinderats- oder Stadtsenatsmitglied während einer Sitzung dringend ein Fahrzeug benötigt, soweit Dienstfahrzeuge vorhanden sind, diese zur Verfügung zu stellen. Ich glaube, Kolleginnen und Kollegen, das ist immerhin, wenn notwendig, eine Hilfestellung, die durchaus angenommen werden soll. Wenn wir uns danach richten, wird das sicher nicht unbedingt notwendig sein. Das als meine Schlußbemerkung zum Beitrag der FPÖ.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke auch Kollegen Pimsl als Referent. Ich glaube, daß man über die letzten Ausführungen nicht viel diskutieren muß. Es ist einfach notwendig, ein Beispiel zu geben, unsere Parkgewohnheiten werden sich genau so ändern müssen wie auch die Gewohnheiten jener, die hier beschäftigt sind, ob das Magistratsbedienstete oder Bankanstellte oder sonstige Leute sind. Es wird keine Ausnahmen geben, das darf ich sagen, das wäre ein Fehler. Ich weiß schon, daß es Probleme gibt damit, aber wir werden damit fertig werden müssen, genau so wie die anderen Steyrerinnen und Steyrer, die hier herinnen tätig sind.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Sitzung. Ich darf noch bekanntgeben, daß der Gemeinderat heute Beschlüsse des Stadtsenates im Gesamtausmaß von S 1,882.900,- zur Kenntnis genommen hat und daß bei den heutigen Verhandlungsgegenständen Beschlüsse im Ausmaß von S 29,959.300,- gefaßt wurden.

Ich danke für die Teilnahme und für die Mitarbeit. Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 17.55 Uhr

DER VORSITZENDE:
Bürgermeister Heinrich Schwarz e.h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

OAR. Walter Radmoser e. h.
Gerda Gugenberger e. h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Hermann Bachner e. h.
Franz Straßer e. h.